

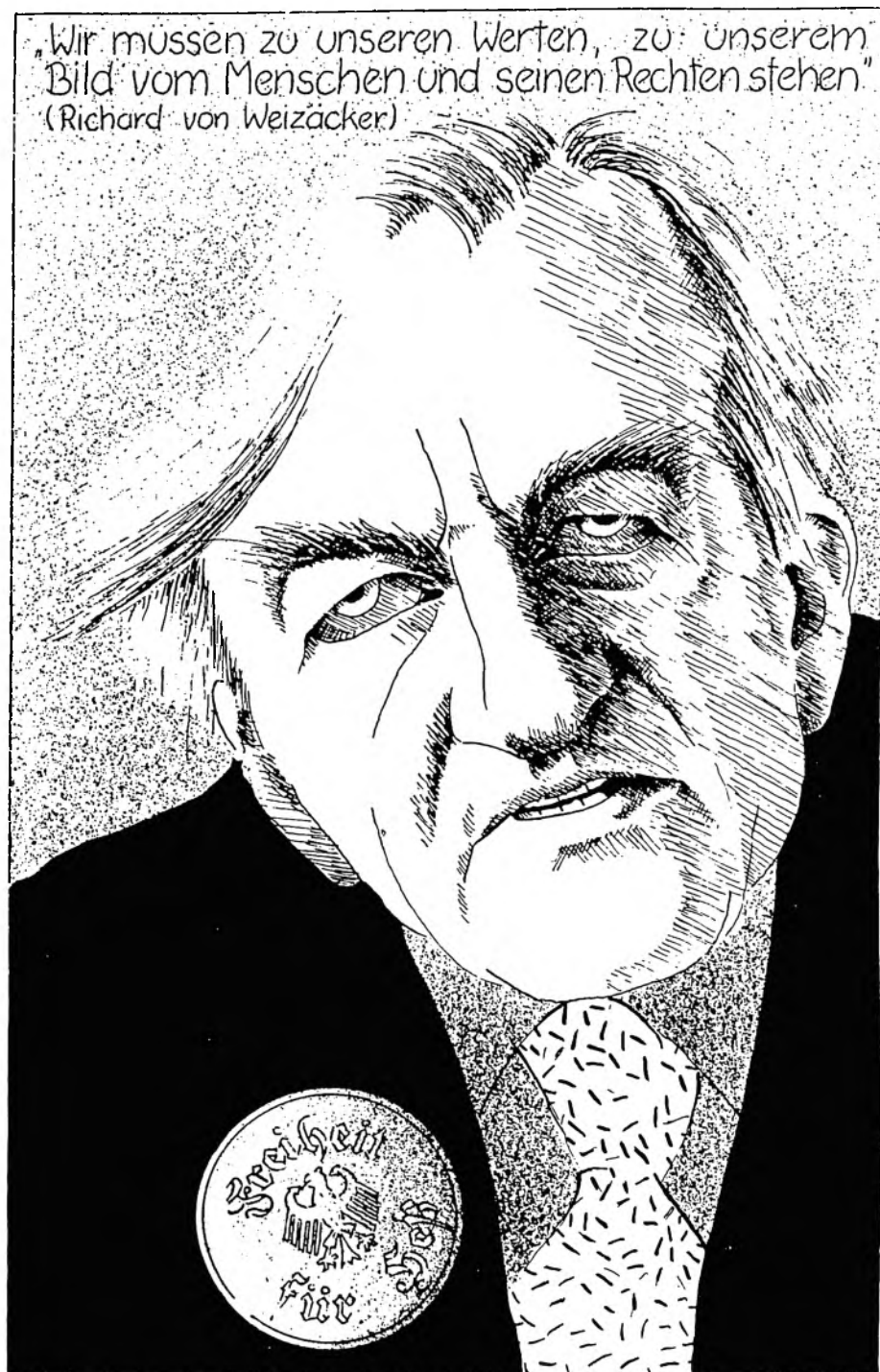
Politische Berichte



11. Januar 1986
Jg. 7 Nr. 1

G 7756 D

Preis:
2,50



Krankenhausfinanzierung: Abbau der Grund- und Regelversorgung, Rationalisierungsdruck verschärft Seite 8



Gemeinnützige Wohnungsunternehmen: Stoltenberg-Kommission empfiehlt schrittweise Auflösung Seite 10



Kampf gegen Isolationshaft in Freiburger Gefängnis: Nur geringe Unterstützung des Kampfes der Gefangenen Seite 29

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK - 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

Reaganomics: Die Spekulation gegen den Dollar wird stärker 4

Kommandeurstagung: Wie aus Menschen Soldaten machen? 7

Verfassungsschutz: CDU/CSU hetzen gegen die Grünen 7

Krankenhäuser: Abbau der Versorgung – Rationalisierung verschärft 8
Forderungen zur Gesundheitspolitik 9

Gemeinnützige Wohnungsunternehmen: Stoltenbergs Kommission empfiehlt Auflösung . 10
Auszüge aus dem Gutachten 11

Auslandsberichterstattung

USA: Von Carters "Menschenrechten" zu Reagans "internationalem Terrorismus" 12
US-Ansprüche im Nahen Osten ... 13

Jugoslawien: Streit um Wirtschaftspolitik 13

DDR: Höchste Leistungen für das Volk – von wem? 14

Kolumbien: Militärterror und "demokratische Öffnung" 14

Großbritannien: Ausgabenkürzungen für Krankenhäuser 15

Namibia: BRD knüpft an koloniale Traditionen an und plündert 15

Internationale Meldungen 16

Aus Parteien und Verbänden

Veröffentlichungen

Katholische Soziallehre als gewerkschaftliches Leitbild? 18
Wehner über SPD und Christentum 18
Schadstoffe und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz 18
Ächtung der Giftwaffen 18
Gesundheitsregeln und Gesundheitsschutz 19

Entgelttarifvertrag Chemie: Können die Kapitalisten die Löhne senken und stärker differenzieren? 19
Eingruppierung: analytisch oder summarisch? 20

Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten 21

informationen informationen informationen Januar 1986

Vom 11. bis 15. Februar 1986 wird Johnson Mlambo, der Vorsitzende des PAN AFRICANIST CONGRESS (PAC), zu einer Informationsreise in die BRD kommen. Der PAC ist eine Organisation der azanischen Befreiungsbewegung, die auch von der UNO und der Organisation der Afrikanischen Einheit OAU anerkannt wird. Die Rundreise soll mit einer Sammlung verbunden werden, die die Anschaffung notwendiger Büroeinrichtungen ermöglicht, um eine regelmäßige, unzensierte, allein vom Wunsch des azanischen Volkes nach Befreiung bestimmte Informationsverbindung zwischen dem südlichen Afrika und der BRD zu schaffen. Zur Unterstützung dieses Projekts sollen bis zum Abschluß der Rundreise 20000 DM gesammelt werden. Auf dem Spendenkonto sind bis zum 6. Januar 2260,- DM eingegangen.

Veranstaltungen mit dem PAC-Vorsitzenden finden statt am: Dienstag, den 11. Februar, in Hamburg

Folgende Komitees und Organisationen rufen zu der Veranstaltung auf und unterstützen die Spendensammlung: Arbeitskreis zur Unterstützung der unabhängigen schwarzen Gewerkschaften in Azania (Südafrika); Azanian Adhoc Committee; BWK; Freie Arbeiter Union/Rätekommunisten (FAU/R); GAL; GIM; Gruppe Junger Anarchisten (GJA); KPD; KPD(ML); Volksfront; AZADE (Frauengruppe)

Mittwoch, den 12. Februar, in Dortmund:

Im Kreuzsaal, An der Kreuzkirche, Kreuzstraße 61; 19.00 Uhr
Folgende Organisationen und Komitees rufen bisher zu der Veranstaltung auf und unterstützen die Spendensammlung: Südafrika-Komitee Dortmund; Akafrik Münster; BWK; KG (NHT); KPD; Volksfront

Freitag, den 14. Februar, in München

Samstag, den 15. Februar, in Stuttgart

Weitere Informationen sind über die Arbeitsgruppe zu erhalten, die von der gemeinsamen Vollversammlung der Leitungen bzw. Vertreter von AAU, BWK, FAU-HD (A), FAU/R, GIM, KG (NHT), KPD und PA zur Unterstützung der Rundreise gebildet wurde. Die Arbeitsgruppe ist zu erreichen über BWK, Kamekestr. 19, 5000 Köln 1, Tel. 0221 / 517376, KPD, Wellingshofer Str. 103, 4600 Dortmund 30, Tel. 0231 / 433691 – **Spendenkonto: R. Lötzer, BfG Köln, Kt.-Nr. 21 54424600 (BLZ 37010111)**

Antimperialistische Gruppen – Kongreß

Unter dem Titel "Antimperialistischer und antikapitalistischer Widerstand in Westeuropa" führen die Antimperialistischen Gruppen vom 31.1.86 bis zum 3.2.86 einen Kongreß in Frankfurt, Fachhochschule Nibelungenplatz, durch. Im Aufruf zu dem Kongreß schreiben sie u.a.:

"Es geht um die Organisation der internationalen Diskussion: ...

Der Austausch von Erfahrungen des Widerstands gegen die imperialistische Politik aus Krieg, Ausbeutung und Unterdrückung und die Vermittlung der unterschiedlichen Lage der Kämpfenden soll gemeinsame Prozesse möglich machen und den Zusammenhang der antimperialistischen und antikapitalistischen Bewegung hier und in Westeuropa vertiefen und weiterentwickeln.

Wichtig für diese Vorstellung waren

die Erfahrungen der letzten Jahre, besonders die während des letzten Hungerstreiks der Gefangenen aus der RAF und dem Widerstand im letzten Winter: Der gemeinsame Kampf von Guerrilla, Widerstand und Gefangenen, in dem die revolutionäre Front für viele greifbar geworden ist, und die starke internationale Mobilisierung ...

Aus dieser Erfahrung kommt das Interesse für eine bewußte und offene Auseinandersetzung über die authentischen Bedingungen in den jeweiligen Ländern und den Kampf, wie er sich in Westeuropa entwickelt hat:

Die Mobilisierung gegen den imperialistischen Krieg, konkret gegen die Stationierung, gegen die NATO und US-Kriegsbasen, gegen AKWs, WAAs, neue Technologie und Kriegsökonomie, gegen die Vernichtung von Lebensbedingungen und die Kämpfe gegen die Repression in den NATO-Staaten ..."

Die MLPD schreibt uns

Zu dem Artikel "Die MLPD will kandidieren – auf welcher Linie?", Politische Berichte Nr. 26/85, Seite 19, erreichte uns folgende Antwort, zu der wir uns in einer der nächsten Ausgaben äußern werden:

"In bezug auf euren Artikel in den Politischen Berichten Nr. 26/75 wollen wir euch sachlich darauf hinweisen, daß in bezug auf die nationale Frage natürlich weiterhin das Programm der MLPD uneingeschränkt gültig ist. Daß die Revisionisten die nationale Frage den Reaktionären überlassen haben, ist eine historische Tatsache, welche diese in ihrer revanchistischen Demagogie ausnutzen.

Wollt ihr dies bestreiten?

Anlaß für das internationale marxistisch-leninistische Tribunal am 15.3. 1986 ist übrigens nicht der Bundestagswahlkampf, sondern der 30. Jahrestag der revisionistischen Machtergreifung in der Sowjetunion und zahlreichen anderen ehemals sozialistischen Ländern. Wir hoffen, daß es nicht in eurer Absicht lag, diese ebenfalls unbestreitbare historische Tatsache den Lesern der Politischen Berichte zu verschweigen."

Freiheit für Heß – Freiheit für Symbol gegen Bolschewismus

Von Weizsäckers Fähigkeit, mit seiner Rede zum 8. Mai ein gemeinsames Nationalgefühl bei allen politischen Richtungen zu erwirken, führte dazu, daß die Rede zur Pflichtlektüre an den Schulen wurde. Wer darauf verwies, daß der Bundespräsident sich faktisch hinter das Motto der Schlesier stellte, machte sich unbeliebt. An Weihnach-

ten probte von Weizsäcker nun, wie belastbar die nationale Gemeinschaft sei. Er macht sich zum Sprecher für die Freilassung des greisen Rudolf Heß. Barmherzigkeit würde das Urteil über begangene Untaten nicht aufheben, sondern nur noch bekräftigen. Anschließend an die Forderung nach Freilassung von Hitlers Stellvertreter spricht von Weizsäcker von der Last der Teilung und daß es gilt, unseren Grundsätzen mit Vernunft und Humanität zu dienen. Die Abgrenzung zu faschistischen Organisationen wie der HNG, FAP und der Nationalen Front dient zur Unterstützung ihrer Ziele, der Wiederherstellung des großdeutschen Reiches. Heß wurde vom Nürnberger Gerichtshof wegen gemeinsamer Verschwörung und Verbrechen gegen den Frieden zu lebenslanger Haft verurteilt. Das sowjetische Mitglied des internationalen Militärgerichtshofes forderte dagegen für Heß ebenfalls die Todesstrafe. Er führte an, daß es die Mission von Heß bei seinem Englandflug 1941 war, durch einen zeitweiligen Frieden mit England den Krieg gegen die Sowjetunion zu erleichtern. Das Angriffsdatum stand bereits fest. Weiter, daß Heß neben Himmler maßgeblich für die Schaffung der SS- und Polizeiorganisationen, der Festlegung ihrer Aufgaben verantwortlich war, daß er das "Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre" unterschrieb sowie den Erlass "Über die Verwaltung der besetzten polnischen Gebiete", er also alles tat, Verbrechen gegen die Humanität und Menschlichkeit vorzubereiten. Die Freilassung von Heß steht für die Faschisten als "Symbol" dafür, den "Menschenrechten zum Recht verhelfen", für die Einheit des Westens gegen den Bolschewismus. Dem schließt sich von Weizsäcker an. – (düb)



In der "Welt" vom 30.12.1985 hat Kirchner, Hauptgeschäftsführer von Gesamtmetall, die Lohntarifbewegung 1986 eröffnet: Eine neue Niedriglohngruppe für Neueingestellte mit befristeten Arbeitsverträgen soll in den Tarif aufgenommen werden. Lohnflexibilisierung auch bei Einmalzahlungen und Urlaubsgeld: Sie sollen vom Unternehmenserfolg abhängig werden. Steinkühler hat für die IGM die Forderungen zurückgewiesen. Welche praktische Antwort gibt der IGM-Vorstand auf seiner Januar-Klausurtagung? – (rok)

Niedersachsen: Propagandaschwerpunkte der FAP 1985 22

Asyl: Sammellager durch neuen CDU-Landrat durchgesetzt 22

Schleswig-Holstein: CDU/FDP wollen Beseitigung staatlicher Versorgung 23

Neonazis: Milde Urteile für NPD-Mitglieder 23

Hamburg: Alleinerziehende Frauen: Ein Leben in Armut und sozialer Isolation 24

"Altes Kaufhaus": Renditeobjekt oder Sozialinvestitionen? 25

Chemische Industrie: Conti will 7-Tage-Woche 25

Maxhütte: Nicht profitable Betriebsteile werden abgestoßen 26
Maxhütte bestimmend für Region . 27

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung 28

Isolationshaft: Geringe Unterstützung des Kampfs der Gefangenen 29

Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge

"Enemy mine": Fremde christlich versöhnen zum Kampf gegen den wahren Feind 30

"Der Smaragdwald": Film gegen Umweltzerstörung und Völkermord 30

ARD: Prognose '85: Stimmungsmache 30

Pazifismus: Im Einklang mit der Natur für das Fortbestehen des Reiches 31

Verlagspolitik: Förderung von reaktionärer französischer Literatur 31

Berufsverbote: Grundlagen, Entwicklung und Anwendung 32

Spezialberichte

Antimperialismus / Antifaschismus: Es gibt nur eine Rasse: die Menschenrasse (PAC) – Christliches Abendland und Rassismus .. 34
Der gerechte Krieg – Rassistische Rechtfertigungen 38

Titelbild: Karikatur: sip, Göttingen

Reaganomics in der Krise

Die Spekulation gegen den Dollar wird stärker, die Propaganda für neue Lohnsenkungen auch

Auf den Devisenmärkten hat die Spekulation gegen den Dollar in den letzten Tagen weiter an Kraft gewonnen. Am vergangenen Donnerstag fiel der Kurs des Dollars an der Frankfurter Devisenbörse auf 2,44 DM. Ein Dollarkurs unter 2,40 DM bzw. unter 200 Yen gilt unter imperialistischen Devisenhändlern als "kritisch", weil dann der Abzug großer in US-Papieren angelegter Vermögen wahrscheinlich wird, was panische Dollarverkäufe auslösen könnte. Sowohl die D-Mark als auch der japanische Yen liegen jetzt gegenüber dem Dollar um ca. 28% höher als vor einem Jahr. Schon haben große US-Kapitalisten begonnen, Teile

ihrer in Wertpapieren angelegten Vermögen in ausländischen Papieren anzulegen. Zur gleichen Zeit versuchen die westdeutschen Kapitalisten, eine neue Propaganda für Lohnsenkung zu entwickeln. War vorher der hohe Dollarkurs und die "geringe Rendite" in der BRD das Argument, daß man den USA bei der Senkung von Lohnkosten und der Bekämpfung von Ansprüchen der Arbeiter nahefeiern müsse, so soll nun der sinkende Dollarkurs Vorwand für neuerliche Lohnsenkungen werden: Die Exporte seien gefährdet, und um sie zu verteidigen, müßten die Lohnkosten weiter sinken.

Devisenkurse zwischen imperialistischen Staaten folgen gewöhnlich dem Anstieg oder Rückgang des Exportüberschusses, den die Kapitalisten eines Landes auf den Märkten ihrer Rivalen erzielen. Steigt z.B. der Exportüberschuß westdeutscher Kapitalisten nach Frankreich, weil diese schlauer und erfolgreicher als ihre französischen Rivalen die Konkurrenz unter "ihren" Lohnabhängigen schüren, die Lohnkosten senken und das Arbeitstempo in Fabriken und Büros steigern konnten und deshalb ihre Waren billiger anbieten, so steigt für gewöhnlich auch die Nachfrage französischer Kapitalisten nach D-Mark, um diese westdeutschen Waren zu bezahlen. Der Kurs der D-Mark steigt, der des französischen Franc fällt.

Was der bürgerliche Sachverstand als nationalen Triumph ("D-Mark steigt!") feiert, ist so in Wirklichkeit ein Zeichen für schwere Niederlagen der Lohnabhängigen gegen die Kapitalisten des Landes, dessen Währung gerade im Kurs steigt. Folgerichtig wurde deshalb vor einem Jahr der Kursanstieg des Dollars als Zeichen schwerer Niederlagen der US-Lohnabhängigen

gegen ihre Kapitalisten und als "Triumphzug der Reaganomics" gewertet. Die Chrysler-Sanierung, Massenentlassungen und schwere Lohnsenkungen in vielen Betrieben, Verbot des Fluglotsenstreiks und Zerschlagung ihrer Gewerkschaft, das neuerliche Aufblühen von Heimarbeit markierten diesen Triumphzug der US-Bourgeoisie. Daß die USA zur gleichen Zeit bereits Defizite im Außenhandel hatten, tat dem keinen Abbruch. Vielmehr entfaltete sich nun, in der Erwartung, daß mit diesen Niederlagen der US-Lohnabhängigen auch die Kriegs- und Interventionsfähigkeit der USA zugenommen hätte, eine weltweite Spekulation auf das US-Rüstungsprogramm. Das US-Schatzamt bot immer neue Schuldpapiere zur Finanzierung des enormen Rüstungsplans an, und die Nachfrage nach diesen hochverzinsten Papieren trieb den Dollarkurs weiter in die Höhe.

Inzwischen mehren sich die Zeichen, daß der Fall des Dollarkurses der Vorbote einer Krise und schwerer Rückschläge der US-Finanzbourgeoisie gegenüber ihren imperialistischen Rivalen ist. Am 15.12. meldete der

"Außenhandelsdienst" der Bank für Gemeinwirtschaft: "Die Industrieproduktion (in den USA, d. Verf.) verharrte im Oktober auf dem Niveau von September. In diesem Monat wurde ein Rückgang von 0,1 Prozent gemeldet. Seit Beginn des Jahres 1984 sind die monatlichen Zuwachsraten gegenüber Vorjahresmonat von wenigen Ausnahmen abgesehen rückläufig. Ein ähnliches Bild ergibt sich bei der Kapazitätsauslastung, die im Juli/August 1984 ihren zyklischen Höhepunkt erreichte und seitdem um rund 2 Prozentpunkte auf zuletzt 80,2 Prozent zurückging."

In Teilen des Maschinenbaus und der metallverarbeitenden Industrie war die Produktion 1985 rückläufig. Für 1986 erwartet das US-Wirtschaftsministerium bei der Fertigung von Turbinen und Generatoren einen weiteren Rückgang um 31%, bei der Fertigung metallverarbeitender Maschinen um 13%. Lediglich bei Halbleitern (+28%), Computern (+23%), optischen Geräten und eng mit der Rüstung verbundenen Bereichen rechnet es mit einem Produktionsanstieg.

Beim privaten Konsum erwartet das

So viele Freunde hat Flick!

Bis heute hat Flick keine Entschädigung an überlebende Zwangsarbeiter gezahlt, die vor 1945 in den Flick-Werken wie Sklaven ausgebeutet wurden. Deshalb hat der frühere amerikanische Ankläger bei den Nürnberger Prozessen, Kempner, die Deutsche Bank im Dezember völlig zu recht aufgefordert, sie möge darauf hinwirken, daß Flick endlich zahlt. Das hat bei der Deutschen Bank und bei der CSU Empörung ausgelöst. Beide wollen an so was nicht erinnert werden, und schon gar nicht wollen sie zahlen. Der Sprecher der Deutschen Bank, Christians, wies die Forderung Kempners zurück. Als auch der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Berlins, Galinski, von Flick Entschädigungen verlangte, reagierte der CSU-Abgeordnete Fellner, jüdische Zwangsarbeiter hätten "weder eine rechtliche noch ei-

ne moralische Grundlage" für solche Forderungen. Er habe den Eindruck, "daß die Juden sich schnell zu Wort melden, wenn irgendwo in deutschen Kassen Geld klimpert." Um Flick zu helfen, ist die CSU sofort mit Antisemitismus zur Stelle. Die SPD will die Sache nun im Bundestag vorbringen. Ob Kohl für Flick auftritt?— (rül)

Die Post nun auch Strafkammer?

Ein "Untersuchungsführer" namens Belke von der Oberpostdirektion Münster hat vor kurzem vier Münsteraner, darunter ein DKP-Bezirksvorstandsmitglied, wegen Nichterscheinens vor einem Disziplinargericht der Post zu zweimal 150 DM, einmal 100 DM und einmal 50 DM Ordnungsstrafe verurteilt. Der Bundesdisziplinaranwalt hatte die vier als Zeugen benannt, die in einem Post-internen Disziplinarverfahren gegen ein vermutetes DKP-Mitglied dessen DKP-Mitglied-

schaft und Funktionen in der DKP bezeugen sollten. Die vier wurden, obwohl gar nicht bei der Post beschäftigt, vorgeladen und, als sie nicht erschienen, zu "Ordnungsstrafen" verurteilt. Damit maßen sich Schwarzschildings Staatsschutzfahnder bei der Post nunmehr auch Rechte einer Strafkammer an. Über den Widerspruch der vier "Zeugen" entscheidet demnächst das Bundesdisziplinargericht in Frankfurt (Quelle: UZ, 27.12.85— rül)

VW: Seat-Aufkauf kurz vor dem Abschluß

Als ersten Schritt zu einer bis 1990 geplanten Gesamtübernahme des spanischen SEAT-Konzerns wird VW eine Mehrheitsbeteiligung von 51% aufkaufen. Am 5./6. Dezember hielten sich zwei SEAT-Präsidenten zu Verhandlungen in Wolfsburg auf. Ergebnis: Sie wurden mit weiteren Forderungen von VW-Chef Hahn nach Ma-



Wenn das Defizit im US-Haushalt durch Ausgabenkürzungen beseitigt würde, sei die Produktion dieses M-1-Panzers gefährdet. So polemisierte im November das (halboffizielle) "National Journal" in den USA gegen die Forderung nach Senkung des Haushaltsdefizits. Ende Dezember verabschiedete der Kongreß den Etat '86— mit 281 Mrd. Dollar neuen Rüstungsausgaben.

Ministerium keinen Rückgang. Aber: Die Verschuldung der privaten Haushalte ist seit 1980 um 60% auf über 500 Mrd. Dollar gestiegen. Viele Lohnabhängige mußten 1985 erneut Lohnsenkungen hinnehmen. So lag der durchschnittliche Reallohn nach Angaben des US-Arbeitsministeriums Mitte 1985 6% niedriger als 1977. Auch die "Sparquote", d.h. der Anteil neuer Sparguthaben der privaten Haushalte am Bruttosozialprodukt, ist gesunken. Diese Sparquote lag in den USA lange zwischen 5 und 7%. Nun ist sie auf 1,9% gefallen. Laut "BfG-Außenhandelsdienst" ist das "der niedrigste Stand seit den frühen fünfziger Jahren". Wenn das Wirtschaftsministeriums dennoch keinen Rückgang beim Konsum erwartet, dann deshalb, weil es rechnet, daß die Prasserei der Kapitalisten und ihres

hochbezahlten Anhangs auch 1986 weiter zunehmen wird.

Zusätzlich versucht die US-Finanzbourgeoisie, die Vernichtung "alter", wenig profitabler Unternehmen und die Neuanlage von Kapital in "modernen", sprich: profitableren Bereichen, zu beschleunigen. 1985 gab es in den USA 2800 große Unternehmenskäufe. Oft versuchen selbst kleine Unternehmen, mit der Ausgabe hochverzinsten und kurzfristiger Schuldpapiere, sogenannten "Junk Bonds", große Unternehmen aufzukaufen, um sie dann zu liquidieren. Das Geschäft blüht, weil bei vielen Unternehmen der Verkauf ihres Land- und Rohstoffvermögens mehr einbringt, als der Erwerb der dafür erforderlichen Aktienmehrheit kostet. Unternehmen, deren Aktienkapital einen Kurswert von etwa 85 Milliarden Dollar hatte, sind auf diese

Weise schon 1984 vernichtet worden. 1985 hat diese Fusions- und Kapitalvernichtungswelle weiter zugenommen.

Zahlreiche Belegschaften werden durch diese Kampagne der Kapitalisten in verzweifelte Abwehrkämpfe zur Verteidigung ihrer Löhne, ihrer Schutzrechte und Versicherungsrechte gezwungen, ganze Regionen veröden, weil große Betriebe von heute auf morgen stillgelegt werden. Regierung und Großbanken fördern diese Fusionen und helfen mit, auf diese Weise den Druck auf die Lohnabhängigen weiter zu steigern. Als vor kurzem die Zentralbank ankündigte, sie wolle die Ausgabe von "Junk Bonds" für solche Aktionen künftig beschränken, mußte sie diese Ankündigung nach massiven Protesten des Weißen Hauses und zahlreicher Großbanken vorerst zurückziehen.

Die Anzeichen einer möglichen Krise haben auch die Abgeordneten des Kongresses davon abgehalten, das Defizit in dem von der Regierung vorgelegten Haushalt 1986 zu verringern. Zwar verabschiedete der Kongreß im Dezember ein Gesetz, das bis 1991 die Beseitigung des Defizits im Bundeshaushalt vorschreibt. In der US-Presse wird aber offen darauf hingewiesen, daß dieser Gesetzentwurf nur verabschiedet wurde, weil er für den Haushalt 1986 nur sehr geringe Kürzungen vorschreibt. Das kommt beiden großen Parteien gelegen, sind doch im nächsten September Wahlen zum Senat und Repräsentantenhaus. Erst danach muß der Haushalt 1987 verabschiedet werden, bei dem Steuererhöhungen oder schwere Kürzungen unvermeidbar werden.

Der Ende Dezember im Kongreß verabschiedete Haushalt '86 sieht daher erneut ein Defizit von 172 Mrd. Dollar vor. Seine Finanzierung dürfte

drid zurückgeschickt. Zum endgültigen Abschluß verlangt VW eine internationale Bankbürgschaft, die Offenlegung aller möglichen "verborgenen Verbindlichkeiten" und die Zusage von weiteren 2000 Entlassungen.— (chc)

SPD billigt Steuererhöhung für Ausländer

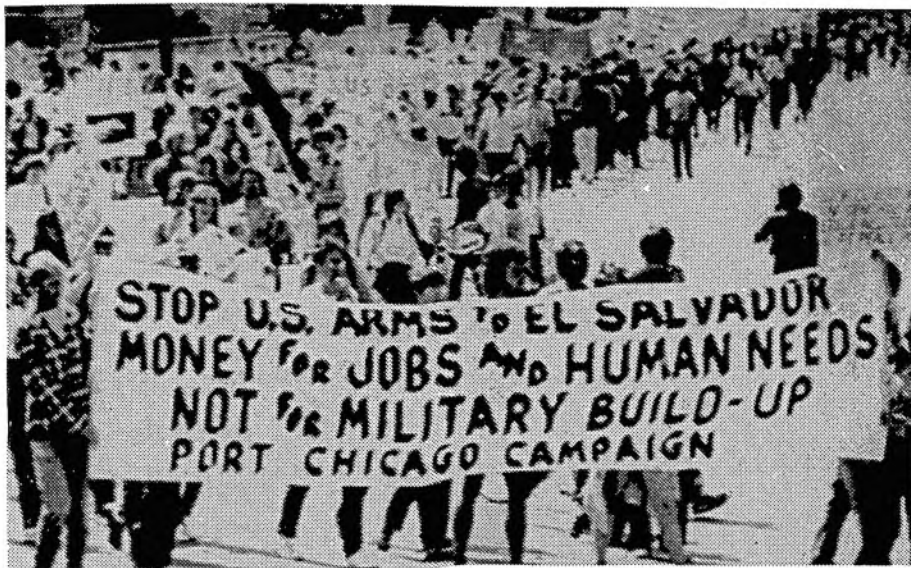
Mitte Dezember haben CDU/CSU, FDP und SPD einen Antrag der Grünen, die zum 1.1. in Kraft tretende Steuererhöhung für ausländische Lohnabhängige zurückzunehmen, abgelehnt. Die Steuererhöhung ist Teil von Stoltenbergs Steuerreform. Danach dürfen ausländische Lohnabhängige für im Ausland lebende Kinder keine Kinderfreibeträge mehr in Anspruch nehmen. Nach Schätzungen der Grünen müssen deshalb ca. 150000 ausländische Lohnabhängige mit 375000 Kindern im Ausland 390 Mio. DM Steuern im Jahr mehr zahlen als

bisher. Über die Begründung, mit der die SPD den Antrag der Grünen ablehnte, schreiben die Grünen: "Nach ihrer Meinung würde die Gewährung von gleich hohen Vergünstigungen für im Inland und im Ausland lebende Kinder eine ungerechtfertigte Begünstigung von Ausländerkindern darstellen, weil damit Kaufkraftunterschiede nicht berücksichtigt würden." Die Kaufkraft der Arbeiter in der Türkei ist so niedrig, daß viele hungern. Die SPD ist erbärmlich genug, das als Argument zu nehmen, um auch das Kindergeld für türkische Kinder zu verweigern.— (rül)

Sparkassen klagen gegen Kreditwesengesetz

120 Sparkassen und Gemeinden wollen beim Bundesverfassungsgericht gegen das neue Kreditwesengesetz klagen. Die Sparkassen verlangen einen sogenannten "Haftungszuschlag". Das neue Kreditwesengesetz beschränkt

die Kreditvergabe von Banken und Sparkassen, indem es— verglichen mit den ausgegebenen Krediten— ein höheres "Eigenkapital" der Banken und Sparkassen vorschreibt, als das alte Gesetz. Das ist eine Folge mehrerer Bankskandale, angefangen vom Zusammenbruch der Kölner Gerling-Bank 1974. Ein "Haftungszuschlag" ist eine fiktive Eigenkapitalerhöhung. Die Sparkassen begründen das frech damit, im Krisenfall würden ja die Gemeinden mit ihrem Vermögen für sie einspringen. Bisher erlaubt das Kreditwesengesetz nur den Genossenschaftsbanken einen solchen Zuschlag, deren "Genossen" im Krisenfall mit ihrem gesamten Vermögen haften. Genau das würde bei einem Erfolg der Sparkassen auch vielen Kommunen blühen, deren Sparkasse wegen riskanter Geschäfte in Schwierigkeiten kommt: Sie müßten haften, haften, haften, bis sie nackt und bloß dastehen.— (rül)



Die US-Arbeiterbewegung hat in den vergangenen Jahren schwere Niederlagen gegen die Kapitalisten hinnehmen müssen. Aber sie hat z.B. eine offene US-Intervention in Mittelamerika bisher verhindert. Links: Demonstration in Kalifornien gegen die US-Waffenlieferungen nach El Salvador, 1983. Rechts: "Wohnung" für Farmarbeiter in Florida.

nicht schwierig werden, da zahlreiche US-Kapitalisten ihre Profite wieder stärker in Staatspapieren anlegen wollen. Eine große Staatsanleihe, einen Tag nach der Verabschiedung des Haushalts aufgelegt, war noch am gleichen Tag verkauft.

Den imperialistischen Konkurrenten der USA, angeführt von der BRD und Japan, eröffnen sich mit dem Rückgang des Dollarkurses neue Möglichkeiten, um ihre Expansion zu beschleunigen. Schon in den vergangenen Monaten haben große US-Pensionsfonds Teile ihrer Wertpapiervermögen aus den USA abgezogen und in anderen Ländern angelegt. Das hat an den westdeutschen Börsen den Anstieg der Aktienkurse stark beschleunigt. Dauert diese Kapitalverschiebung aus den USA nach Westeuropa und Japan an, so werden die Aktienkurse weiter steigen. Das verschafft

z.B. den westdeutschen Kapitalisten die Möglichkeit, sich zusätzliches Risikokapital spottbillig zu beschaffen. Zum Beispiel die Deutsche Bank: Für ihre neuen Aktien erzielte sie im vergangenen November einen Kurs von 900%. Selbst eine Dividende von 20% auf diese neuen Aktien entspricht — berechnet auf das tatsächlich angenommene Kapital — einem Zins von gerade 2,2%. So billig konnten die westdeutschen Kapitalisten ihre Kassen schon lange nicht mehr füllen.

Um diesem Aufholen ihrer Konkurrenten begegnen zu können, haben die US-Kapitalisten deshalb ihrerseits mit einer neuen Lohnsenkungskampagne begonnen. Verlorene Märkte müßten zurückgewonnen, Amerika "reindustrialisiert" werden, lauten ihre Parolen. Insbesondere in der verarbeitenden Industrie seien die Löhne weiter viel zu hoch, deshalb sei dort

auch die Zahl der Arbeitsplätze trotz "Reaganomics" seit 1980 um 1,6 Mio. (auf unter 20 Mio.) zurückgegangen.

Die US-Arbeiterbewegung hat in den letzten Jahren viele Niederlagen gegen die Kapitalisten erlitten. Sie hat aber auch viele Erfahrungen, und alle antiimperialistischen Kräfte in den USA waren in den letzten Jahren stark genug, um z.B. eine offene US-Intervention in Nicaragua zu verhindern. Wenn diese Kräfte zumindest an einigen Punkten eine erfolgreiche Gegenwehr gegen die Angriffe der Kapitalisten organisieren können, so wäre das für die Arbeiterbewegung in Westeuropa und Japan eine große Ermutigung und Hilfe.

Quellenhinweis: Wall Street Journal, 2. und 3.1.; Business Week, Ausgaben seit Oktober; Handelsblatt, Ausgaben seit Dezember; BfG-Außenhandelsdienst vom 15.12.85 — (rül)

SPD-Gesetzentwurf: Mehr Rechte für Jugendvertretung

Die Bundestagsfraktion der SPD hat einen Gesetzentwurf vorgelegt. Das Problem ist, viele Auszubildende sind über 18 Jahre alt und können somit keine Jugendvertretungen mehr wählen. Die Anzahl ging von 12.000 im Jahr 1979 auf 7.000 bis 1984 zurück. Löblicherweise hat die SPD viele Forderungen der DGB-Jugend in den Gesetzentwurf aufgenommen. Einerseits soll eine Umbenennung in Jugend- und Auszubildendenvertretung vorgenommen werden, d.h. nicht nur Jugendliche bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres sind gemeint, sondern sämtliche Auszubildende bis zum 25. Lebensjahr. Das bedeutet einen großen Fortschritt. Andererseits soll es dann möglich sein, eine Jugend- und Auszubildendenvertretung zu wählen, selbst wenn kein Betriebs- oder Personalrat vorhanden ist. Dies ist insofern be-

deutsam, weil besonders in kleinen Handwerksbetrieben oft viele Auszubildende beschäftigt sind, aber seltener mehr als fünf erwachsene Beschäftigte, so daß kein Betriebsrat gewählt werden kann. Hier findet eine Stärkung der Rechte von Arbeitern und Angestellten statt. Deshalb ist der Entwurf unterstützenswert. — (bea)

CSU fördert Propaganda für BRD-Atomwaffen

"Einfach ausgedrückt, cruise missiles oder Pershing II einschließlich Sprengkopf in deutscher Hand." So hatte im Januar 1984 der Leiter der Einsatzabteilung beim Polizeipräsidium München und Major der Reserve Dr. Roland Koller in der "Europäischen Wehrkunde" die atomare Bewaffnung der BRD propagiert. Hinderliche Verträge der BRD wie den Atomwaffen-sperrvertrag könne man mit dem Verweis auf "die Lehre vom Wegfall der

Geschäftsgrundlage" umgehen. Inzwischen verschafft ihm auch die CSU Gelegenheit für öffentliche Auftritte. Ende Dezember trat Koller bei einer Veranstaltung des Wehrpolitischen Arbeitskreises der CSU in Ebersberg mit seinen Thesen auf. Die SPD verlangte eine Distanzierung der CSU von Kollers Thesen — die unterblieb. Wieso auch sollte sich die CSU von einem Ziel distanzieren, das die BRD in NATO und WEU seit Jahren verfolgt? — (rül)

Verteidigergespräche in Bruchsal abgehört

Seit 1981 verlangen die in Bruchsal inhaftierten politischen Gefangenen Roland Mayer und Günther Sonnenberg, daß die Gegensprechanlage in der Trennscheibenzelle beseitigt wird, weil darüber ein Mithören von Verteidigergesprächen möglich ist. Die Anstalt behauptete stets, die Anlage sei defekt. Die Rechtsanwälte

Kommandeurstagung

**Wie aus Menschen
Soldaten machen?**

Alle zwei Jahre findet die Tagung sämtlicher Kommandeure der Bundeswehr statt. In diesem Jahr fand das Treffen der Generäle und Obersten in Karlsruhe vom 17. bis 19. Dezember statt.

Generalinspekteur Altenburg und später auch Minister Wörner machten sich und den Militärs zunächst einmal Mut: Die Proteste gegen die öffentliche Zurschaustellung der Bundeswehr zum 30jährigen Bestehen seien gering ausgefallen, die Mehrheit der Bevölkerung stehe also hinter der Bundeswehr, wie man auch aus Umfragen wüßte. In der Tat wird die Erfahrung, daß die dreiste Jubelpropaganda der Bundeswehr nicht großem öffentlichen Protest ausgesetzt war und der Haushalt einigermaßen reibungslos im Bundestag verabschiedet wurde, die Armeeführung darin bestärken, ihre Kriegsplanungen in den nächsten Jahren ungerührt und sogar hitziger voranzutreiben.

Die unersättlichen Forderungen der Kommandeure nach Waffen wurden vom Generalinspekteur ungeduldig vorgetragen. Bei den Rüstungsschwerpunkten in der Vergangenheit sei versäumt worden, die Entwicklung der "Peripherie" (Munition, Führungs- und Aufklärungssysteme) zu fördern, womit die Wirkung der bestehenden Waffen verdoppelt werden könne. Der Verteidigungshaushalt 1986 weise schon in die richtige Richtung. Selbstbewußt kritisierte der General die Rüstungsindustrie: "Leider haben sich meine Zweifel an der Fähigkeit der Industrie, in absehbarer Zeit hochtechnologische Peripherie zu liefern, als

begründet erwiesen." Altenburgs Problem ist allein die Geschwindigkeit der weiteren Aufrüstung, keineswegs die Finanzierung, die er als gesichert voraussetzt.

Sorgen bereitet den Herren aber mehr noch das Menschenmaterial, und dies in zweierlei Hinsicht:

Damit Wörners Personalplanung für die Bundeswehr der 90er Jahre durchführbar ist, müssen in den kommenden Jahren aus jedem Rekrutenjahrgang höhere Freiwilligenanteile gezogen werden. Eine schwer lösbare Aufgabe, denn trotz der hohen Arbeitslosigkeit meldeten sich z.B. 1984 erheblich weniger freiwillig als 1983. Die zweite Schwierigkeit wird in der mangelnden Motivation der Wehrpflichtigen für ihren Dienst gesehen. Beide Erscheinungen widersprechen der zuvor großmäulig behaupteten Beliebtheit der Bundeswehr in der Bevölkerung.

Mehr Freiwillige kann man nur gewinnen, erklärt Wörner den Offizieren, wenn die Attraktivität der Streitkräfte gesteigert wird. In absehbarer Zeit wird daher wieder eine Verpflichtungsprämie eingeführt. Hauptsächlich aber gelte: "Kameradschafts- und Gemeinschaftserlebnisse in der Gruppe, persönlich erlebte Verantwortung für Menschen, Auftrag und Gerät; und nicht zuletzt müssen wir den Wert des Dienstes für die Gemeinschaft hochhalten." Ähnlich hilflos wie diese plumpen Lockmittel aus Machtverheißung, Faszination der Technik und alkoholfeuchter Kameraderie erscheinen die geforderten Anstrengungen zur Steigerung der Wehrpflichtigenmoral. "Es gibt nichts Wichtigeres für die Einsatzbereitschaft und Schlagkraft einer Armee als Einstellung, Geist und Haltung der Soldaten", ruft Wörner den Kommandeuren zu und fordert von ihnen Verbesserung des "menschlichen Klimas" und eine "sinn-

volle Dienstgestaltung". Von "Zuwendung zum Wehrpflichtigen" spricht Altenburg. Die Offiziere sollen sich also mit mehr eigenem Engagement um die Unterdrückung der Wehrpflichtigen kümmern. Die persönliche Angst der einzelnen Soldaten vor "ihrem Alten" in der Kaserne wie im Gefecht war schon immer ein wirksames Mittel, die Soldaten zum Kampf zu zwingen. Mit Begriffen wie Persönlichkeit und Kameradschaft (man weiß, daß auch Bestrafung Ausdruck kameradschaftlicher Zuwendung des Offiziers darstellt) wird diese Absicht vorgestellt. Darüberhinaus sollen die Offiziere verstärkt das Mittel des politischen Unterrichts sowie den Beistand der Militärseelsorger hinzuziehen, um die rechte Einstellung beim einfachen Soldaten zu erzielen.

Die Wehrpflichtigen haben allen Grund, sich vor der Zuwendung der Offiziere zu hüten und sich ihr zu entziehen.

Quellenhinweis: bw-aktuell 08.11.84, 23.12.85, Reden auf der Tagung veröffentlicht als Pressematerial vom BMVg 17.-19.12.85 - (jok)

Verfassungsschutz

**CDU/CSU hetzen
gegen die GRÜNEN**

Der Vizepräsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Pelny, enthüllte vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß zum Fall Tiedge, auf welchem Wege "Enthüllungen" über die Grünen in die Öffentlichkeit gelangten: Viermal habe sich der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Spranger, vom Verfassungsschutz Material über grüne Bundestagsabgeordnete zusam-

von beiden Gefangenen teilen mit: "Am 25.11. stellte RA Biskamp fest, daß diese Anlage sehr wohl funktioniert ... Den daraufhin erneut gestellten Antrag, diese Abhöranlage sofort zu entfernen, wies der Anstaltsleiter Preusker zurück, da die Anlage ... sich nicht zum Abhören eigne" - aber funktioniert. Die Rechtsanwälte gehen davon aus, "daß Verteidigergespräche in der Trennscheibenzelle in der VA Bruchsal tatsächlich abgehört worden sind bzw. abgehört werden. Dies um so mehr, da am 17.3.1977 die damaligen Justiz- und Innenminister des Landes Baden-Württemberg zu der ... Abhöraktion der Verteidigergespräche im 7. Stock der VA Stuttgart/Stammheim erklärten, sie würden in 'vergleichbaren Situationen in gleicher Weise' entscheiden." Der Justizminister des Landes, Eyrich, forderte während des letzten Hungerstreiks erneut die Kontrolle der Verteidigergespräche. - (uld)



Gegenüber dem Reichstag, wo früher die Kroll-Oper stand, soll das "Deutsche Historische Museum" zur "Präsentation großer Tradition dauerhafter Werte unseres Vaterlandes" (Kohl) mit 265 Mio. DM Bundesmitteln errichtet werden. Mit der geplanten "Akademie der Wissenschaften zu Berlin" zur "750-Jahr-Feier" geht es um "nationale Aufgaben von europäischem Rang". In einer Großen Anfrage im Bundestag weisen die GRÜNEN auf den Zusammenhang zum "Wiedervereinigungs-Gebot" des GG hin. - (haj)

menstellen lassen, darunter einmal für den Privatgebrauch des CDU-Abgeordneten Todenhöfer. Die GRÜNEN weisen in ihren Presseerklärungen darauf hin, daß die Erkenntnisse des Verfassungsschutzes sich dann jeweils bald in der Presse, z.B. in "Bild", wiederfanden — "Enthüllungen", die zu meist Bekanntes enthielten. Daß Teile der GRÜNEN aus der Studentenbewegung der 60er und 70er Jahre stammen, daß sie in kommunistischen Organisationen waren, daß grüne Rechtsanwälte Anhänger der RAF und der Bewegung 2. Juni verteidigten und daß solche Leute auch den Parlamentsfraktionen der GRÜNEN angehören — das alles sind bekannte Tatsachen, die von ihnen nicht geleugnet werden. Warum dann die "Enthüllungen" aus dem Bundesamt für Verfassungsschutz?

Das Bundesinnenministerium verbreitete im Anschluß an die Aussage Pelnys, die Verfolgung der GRÜNEN und ihrer Bundestagsabgeordneten durch den Verfassungsschutz sei notwendig, um den "extremistischen" Einfluß auf sie zu beobachten, solches geschehe schon lange. Die Absicht der Beobachtungstätigkeit des Verfassungsschutzes kann nur sein, das Material für eventuelle Verbotverfahren zu sammeln. Mit der periodischen Veröffentlichung dieser Schnüffelergebnisse durch Politiker üben diese Druck aus auf die GRÜNEN, um staatstragende Reuebekenntnisse zu erpressen und sie auf eine staatsreue Politik zu prügeln.

SPD und FDP trommeln gegen Zimmermann und Spranger — ohne jedoch eine einzige Forderung aufzustellen, die dem Verfassungsschutz und dem Bundesinnenministerium eine Schranke setzen könnte. Weder sollen die GRÜNEN Zutritt zur Parlamentarischen Kontrollkommission erhalten, die die Geheimdienste beaufsichtigt, noch haben SPD oder FDP irgendeine Forderung zum geplanten Gesetz über die Zusammenarbeit der Geheimdienste mit der Polizei und die Aufgaben der Geheimdienste geäußert, die den Geheimdiensten die Verfolgung von Parlamentariern und Parlamentsparteien verbieten würde. Daß der Verfassungsschutz künftig die Verfolgung der GRÜNEN unterlassen soll, verlangt keine Partei außer den GRÜNEN selbst. Im Gegenteil — CDU, CSU, FDP und SPD haben erklärt, daß sie an der Rechtmäßigkeit des Vorgehens von Spranger und Zimmermann keine Zweifel hegten. FDP und SPD kritisieren den Stil und hoffen auf Stimmen von der politischen Opposition. Dem Verfassungsschutz hat die Veröffentlichung seines Vizepräsidenten einen weitgehenden Freibrief eingebracht.

Quellenhinweis: Pressemitteilungen der GRÜNEN v. 17., 18., 19.12.1985; Kölner Stadtanzeiger vom 17.12.85 bis 4.1.86 — (uld)

Krankenhausfinanzierung / Pflegesatzverordnung

Abbau der Grund- und Regelversorgung — Rationalisierungsdruck verschärft

Von 1975 33,7% sind die Sozialausgaben in 1984 auf 32,3% am Bruttosozialprodukt (BSP) gesunken. Ein weiteres Absinken auf 29,2% im Jahre 1987 ist angepeilt (nach stat. Jahrbuch 84, Materialband zum Sozialbudget der Bundesregierung 83). Die Kosten für Gesundheit fielen von 1979 10,4% auf 1983 9,6% vom BSP. Was stieg, waren die Sozialabgaben/Lohnnebenkosten je Lohnabhängigen. Diese Kosten sollen "gedämpft" werden.

Krankenhausfinanzierung war in der BRD zu keiner Zeit kostendeckend geregelt. Mit dem Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) von 1972 und der dazugehörigen Bundespflegesatzverordnung (BPfIV) wurde ein sogenanntes "Selbstkostendeckungsprinzip" für die von einem "sparsam wirtschaftenden" Krankenhaus erbrachten Gesundheitsleistungen eingeführt. Die vorher jährlich notwendigen Bundeszuschüsse für entstandene Kostenunterdeckungen im Krankenhausbereich entfielen und wurden in erhöhten

Im Bereich des Krankenhausneubaus waren kurzzeitig Zugeständnisse aufgrund der total verrotteten baulichen Substanz gemacht worden: In der von der ersten SPD-Regierung vorgelegten Krankenhaus-Enquete von 1969 wurde festgestellt, daß mehr als ein Drittel aller planmäßigen Betten in Krankenhäusern standen, die älter als 50 Jahre seien.

Mit dem Krankenhaus-Neuordnungsgesetz von 1984 und der zum 1.1.1986 in Kraft tretenden neuen Bundespflegesatzverordnung wird die daraufhin verankerte Verpflichtung des Bundes, sich an der Finanzierung der Krankenhausinvestitionen zu beteiligen (derzeit rd. 950 Mio. jährlich), jetzt ebenso aufgehoben wie die Bedarfsplanung nach bundeseinheitlichen Kriterien und Zielgrößen.

Über jetzt mögliche Investitionsverträge zwischen Krankenkassen und Krankenhausträgern soll diese Lücke wiederum über die Pflegesätze geschlossen werden.



Mit neuen Technologien alle Rationalisierungsreserven ausschöpfen und unter christlichem "Tendenzschutz" durchsetzen.

Pflegesätzen ideologisch nutzbar gemacht. Gleichzeitig wurden die bis 1972 angefallenen Zuschuß-Defizite in Höhe von rd. 20 Mrd. DM so ebenfalls auf die Kassen verlagert.

Die Kosten"explosion" war durch die Finanzierungsneuregelung gezündet und nahm immense Ausmaße an, nachdem durch die Renten Anpassungsgesetze von 1977/78 und das Ehrenberg'sche Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz in großem Umfang Finanzierungsleistungen für die Gesundheitsversorgung der Rentner aus der bankrottgewirtschafteten Rentenversicherung auf die Krankenversicherung verlagert wurden.

Das Prinzip der Kostenerstattung wird ersetzt durch eine vorab auszuhandelnde (auch für einen Zeitraum von mehreren Jahren mögliche) "Entgeltvereinbarung", was die Möglichkeit von "Gewinnen" und Verlusten für die Krankenhausträger eröffnen soll. Ein "Wagniszuschlag" (für z.B. Änderungen der Personalkosten oder sonstige — auch unvorhersehbare — Kostenänderungen) bietet eine solche "Gewinn"möglichkeit.

Während die Verluste weiterhin grundsätzlich vom Krankenhaus zu tragen sind, gilt dies für "Gewinne" nicht. Hier brauchen die Krankenkassen nur die Rationalisierungsgewinne

Forderungen zur Gesundheitspolitik

Mit der gesetzlichen Neuordnung der Krankenhausfinanzierung ist es der Reaktion gelungen, über die auf eine "Finanzfrage" reduzierte politische Auseinandersetzung, einen weiteren Abbau der allgemeinen Gesundheitsversorgung einzuleiten. Die Umwandlung von öffentlichen Krankenhäusern in Kliniken für Langzeitkranke steht bevor. Im Zuge der "Humanes-Sterben"-Diskussion werden bereits reine Sterbekliniken ins Gespräch gebracht.

Ein an den Interessen der Lohnabhängigen ausgerichtetes Gesundheitswesen ist von der Reaktion in der BRD von Anfang an verhindert worden. 1953 wurde der Aufbau eines Betriebsgesundheitswesens eingefroren, um die Entstehung von Betriebsambulanzen zu verhindern. Zwei Jahre später wurde das Kassenarztmonopol festgeschrieben, so daß bis heute verhindert wurde, daß über Krankenhausambulanzen das kollektive Wissen des medizinischen Personals allgemein zugänglich genutzt werden kann.

Eine einheitliche Kontrolle und Planung des Gesundheitswesens ist nicht gesetzlich geregelt. Durch das KHNG werden jetzt die letzten Planungsvorgaben aufgegeben.

Es ist nötig, die Struktur des Gesundheitswesens generell anzugreifen. Gewerkschaftliche Beschlüsse und Forderungen fortschrittlicher und sozialistischer Organisationen können genutzt werden. — (frw)
DGB-Grundsatzprogramm '81: ... ist eine regionale Selbstverwaltung des Gesundheitswesens durch die Versicherten, die Beschäftigten im Gesundheitswesen und

Vertreter der Gebietskörperschaften anzustreben ... Um eine bessere Gesundheitsversorgung der Bevölkerung sicherzustellen, fordern die Gewerkschaften die Errichtung von ambulanten Gesundheitszentren ... Die Krankenhäuser sind an der ambulanten Versorgung zu beteiligen ...

ÖTV-Gesundheitsperspektiven '77: Intensivierung der Vorsorge und Früherkennung (im Krankenhaus) und Einbeziehung in die ambulante Versorgung ... (es) bietet dafür gute Voraussetzungen, weil es bereits heute interdisziplinär angelegt ist und über ein breites Spektrum an sozialen und Medizinalfachberufen verfügt ...

14. o. IG-Metall-Gewerkschaftstag: Die gesetzliche Krankenversicherung muß — unter Aufgabe der unsinnigen und unsolidarischen Gliederung — zu einer selbstverwalteten Institution der Gesundheitssicherung umstrukturiert werden ... Bis zur Realisierung dieses Zieles ist ein einheitliches Mitgliedschafts-, Beitrags-, Leistungs- und Kassenarztrecht zu schaffen ... Die aus der unterschiedlichen Risikostruktur resultierenden Belastungsunterschiede in der Beitragszahlung sind durch einen Finanzausgleich (gegebenenfalls kassenübergreifend) zu beseitigen ...
BWK-Broschüre "Der soziale Rechtsstaat": Die Sozialversicherungen müssen wieder zu Organen der Versicherten werden; die Vertretungskörperschaften sind ausschließlich von den Versicherten zu wählen; es muß eine einheitliche Sozialversicherung geschaffen werden ... Die Vertretungsorgane der Sozialversicherung müssen auch die gesetzliche Befugnis haben, im Rahmen des Arbeits- und Unfallschutzes und der betrieblichen Gesundheitsfürsorge tätig zu werden und damit die Ursachen von



Wäscherei: schon 60% privatisiert

Berufskrankheiten, Frühinvalidität usw. wirksam bekämpfen zu können ...

Zeitung "Demokratisches Gesundheitswesen", Thesen eines Seminars: ... Vergesellschaftung der Pharma- und Geräteindustrie ... Vereinheitlichung der gesetzlichen Krankenversicherung, progressive Beitragsstaffelung ... Beseitigung des 'Monopols' der niedergelassenen Ärzte auf ambulante Behandlung ... Stärkung des öffentlichen Sektors; Wegfall des 'Tendenzschutzes' für konfessionelle Krankenhäuser ...

DKP zum Gesundheitswesen: ... Organisatorische und finanzielle Förderung von Gemeinschaftspraxen ... Sicherstellung der ambulanten Versorgung besonders in unterversorgten Gebieten durch den Aufbau eines Netzes an Polikliniken, Ambulatorien und Praxen in öffentlicher Trägerschaft oder durch die gesetzlichen Krankenkassen ...

im jeweiligen Krankenhaus belassen, die zur weiteren Intensivierung und Rationalisierung verwendet werden. Es können die "Gewinne" auch als Prämien an die Beschäftigten ausbezahlt werden. — Die private Roland-Klinik in Bremen hat jetzt schon eine Lösung gefunden: in eigenen Ferienhäusern können Beschäftigte verbilligten Urlaub in Österreich machen.

Der bisherige "pauschalierte Pflegesatz" wird aufgelöst und neben einem "allgemeinen Pflegesatz" werden zusätzlich "besondere Pflegesätze" (z.B. für Schwangere, Querschnittgelähmte, psychisch Kranke, Krebskranke, chronisch und Langzeitkranke) sowie "Sonderentgelte" (z.B. für Herzoperationen, Organübertragungen oder Nierensteinzertrümmerung) eingeführt. Über "abweichende Vereinbarungen" sollen "Modellvorhaben" gefördert werden, die z.B. mit der Dauer der stationären Behandlung abnehmende Pflegesätze oder Festprei-

se für bestimmte Operationen (z.B. 2 500 DM für eine komplette Blinddarmoperation) festlegen.

Durch die "leistungsbezogenen" Pflegesätze werden die Kranken aufgeteilt und selektiert. Das Kosten-Nutzen-Rechnen wird weiter verschärft. Ersatzkassen und private Krankenversicherungen werden von "pauschalen" — durch Arbeit und Verschleiß entstandenen — Krankheitskosten entlastet. Die Umkehrung der Forderung nach einer Einheitsversicherung scheint gelungen.

Ziel der neuen Regelungen ist, den Boden für ein rein nach "privatwirtschaftlichen Regeln" ausgerichtetes Gesundheitssystem zu bereiten. Privatisierung von "gewerblichen Krankenhausbetriebsteilen" (Küche, Wäscherei, Reinigungsdienst u.ä.) soll zur Regel werden. In den privat nicht so lukrativen Bereichen soll über "Zwischenbetriebsvergleich", "Transparenz der Pflegesätze" (in Verpfle-

gung und Unterkunft; Pflege; ärztliche und sonstige medizinische Versorgung) und "verursachungsgerechte Pflegesätze" das jeweils niedrigste Versorgungsniveau zur verbindlichen Norm erklärt werden.

Die in öffentlicher Hand betriebenen Krankenhäuser sollen, wenn sie nicht als Konkursmasse für private und konfessionelle Krankenträger enden wollen, ebensolche Arbeitsbedingungen wie unter dem christlichen "Tendenzschutz" einführen bzw. ihre Leistungen ebenso wie die privaten Krankenhäuser auf Kosten der Grund- und Regelversorgung reduzieren und sich auf Teilbereiche spezialisieren. Allgemeine Krankenhausversorgung für alte, im Arbeitsleben verschlissene Menschen soll der Vergangenheit angehören.

Quellenhinweise: BWK-Nachrichtendienst 05 Nr. 44 + 52; demokratisches gesundheitswesen 6 + 10/85; Dr. med. Mabuse Nr. 37 + 39 — (frw)

Gemeinnützige Wohnungsunternehmen:

Stoltenberg-Kommission empfiehlt schrittweise Auflösung

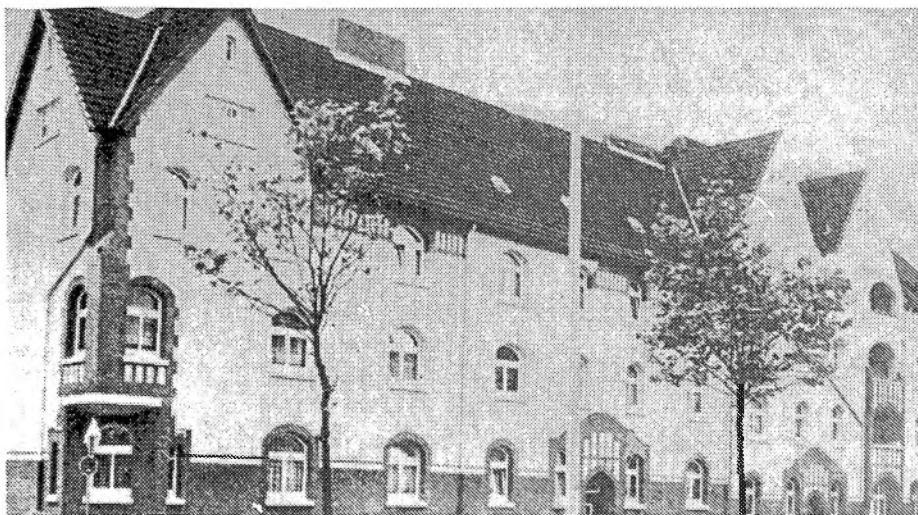
Gleich nach den Bundestagswahlen 1983 setzte Finanzminister Stoltenberg eine Kommission zur Überprüfung gemeinnütziger und genossenschaftlicher Wohnungsunternehmen ein. Die privaten Haus- und Grundbesitzer starteten gerade ihre Lügenkampagne über 1 Mio. leer stehende Bauherren- und Sozialwohnungen. Die Presse trieb ihre Hetze über Bereicherung in der Neuen Heimat auf den Siedepunkt. Der Deutsche Industrie- und Handelstag verlangte ein Ende staatlicher Förderung des Mietwohnungsneubaus, eine gezieltere Wohneigentumsförderung für Billighäuslebauer und Gebrauchtwohnungskäufer sowie die Abschaffung von Steuerbefreiungen, Preis-, Vermögensbindungen und Standards im gemeinnützigen Wohnungswesen.

Die Kapitalisten wollten mehr Haushaltsmittel für Rationalisierung und Technologie-Transfer, Waren- und Kapitaloffensive. Ihr bestbezahltes Personal und schwerverdienende Selbständige wollten sie weghaben von Steuererminderung in Bauherrenwohnungen u.a.; die sollten nun direktes Anlagekapital freisetzen. Mieter mit mittleren Einkommen vor allem in Sozialwohnungen sollten unter der Drohung entbundener, steigender Mieten stärker ins Sparen fürs Eigenheim oder Wohnungskauf gedrängt werden; alles zur weiteren "Vergrößerung der Kapitalmärkte". Für Sozialwohnungsmieter mit niedrigem Einkommen sahen die Kapitalisten die Alternative vor: Hungern für die steigende Miete, zusammenrücken und/oder raus in die letzten Schweineställe und Asyle. Die Kapitalisten verlangten nach einer gigantischen Umschichtung der Lohnabhängigen entsprechend der Lohnspaltung und sich ausdehnender Armut.

Bauminister Schneider hat diesen Forderungen mittlerweile entsprochen: Die Förderung von Mietwohnungsneubau ist bis auf die süddeutschen Ballungsräume eingestellt. Eine mit Familienzuschlägen aufgeputzte Wohnungseigentumsförderung tritt 1987 in Kraft. Es konnte keine Frage sein, zu welchem Ergebnis die Regierungskommission über das gemeinnützige Wohnungswesen kommen würde.

Die Kommission empfiehlt die weitgehende Aufhebung des Sozialen Wohnungsbaus (Thesen 4, 11, 14). Hierzu kommt die durch platte Wiederholung der Lüge vom ausgeglichenen Wohnungsmarkt. Dabei war bereits 1983 erhoben, daß nur ca. 145000 Sozialwohnungen kurzfristig leerstanden. Das waren 0,6% aller 26 Mio. Räum-

lichkeiten oder 0,9% aller 15,5 Mio. Mietwohnungen. Ferner war gesichertes wissenschaftliches Erkenntnis, daß von einem gut durchmischten Wohnungsmarkt erst bei einem Überangebot von 10% gesprochen werden könnte. U.a. deswegen finden heute folgende Lohnabhängige kaum Angebote: Alleinstehende in und nach der Ausbildung; unstet Beschäftigte; wegen Arbeitslosigkeit oder anderweitiger Arbeitsaufnahme wechselnde Haushalte; junge und ausländische Familien. Die Schwierigkeiten anderer Lohnabhängiger, nach dauernden Lohnsenkungen, Steuer- und Gebührenplünderungen, Kürzungen der Sozialeinkommen u.ä. eine angemessene Wohnung zu finden, hat schon lange niemand mehr untersucht. Sie alle werden von der Kommission aufmerksam als "gewisse Kreise" registriert,



Kieler Genossenschaftswohnungen: Wer kein Eigenheim oder Mietwohnungskauf zusammensparen kann, soll sich wenigstens für Genossenschaftsanteile krummlegen. Wohnraumversorgung wird ausschließlich abhängig von der Möglichkeit zur Eigentumsbildung.

ihre tatsächlichen Ansprüche aber weggeschoben; die Ärmsten hingegen werden von ihr ausdrücklich als "Unangepaßte" für vogelfrei erklärt.

Folgerichtig bestätigt die Kommission den reaktionären Kurs der Förderung von Häuslebauern und Wohneigentumsumwandlung gerade im Sozialwohnungsbestand. Sie fordert nicht bloß die Abschaffung der Steuerbefreiungen der Gemeinnützigen in Höhe von 1 Mrd. DM, sondern die Überführung ihres Wohnungsbestandes in einen völlig liberalisierten Markt (Thesen 7, 13, 14). Dazu wird mit einer anderen Platttheit gearbeitet. Die Gemeinnützigen werden als lästige Konkurrenten privater Bauträger ausgemacht. Das aber waren sie bereits 1949 bei Planung des Systems des Sozialen Wohnungsbaus. Von Anfang an

wurden in diesem System private Grundeigentümer aus den alten Mittelklassen, freie Wohnungsunternehmen, Verbände, Kirchen oder Kommunen neben den aus der Deutschen Arbeitsfront entflochtenen ehemaligen gewerkschaftlichen und gemeinnützigen Unternehmen zur Vermögensbildung durch Steuern angestoßen. Der ganzen Kapitalistenklasse wurde so der Bau fehlender Wohnungen passend zum Arbeitsmarkt in Zeiten der Wiederherstellung internationaler Konkurrenzfähigkeit abgenommen; mit wachsenden Reallöhnen Anfang der 60er Jahre und ersten Verwertungskrisen überschäumenden Kapitals entdeckten Banken und Versicherungen diesen Markt als Anlagesphäre; so wuchsen die ausschließlich auf Wohnungs- und Städtebau verpflichteten Gemeinnützigen zu einem Marktanteil von 4,6 Mio. Wohnungen, davon 2,3 Mio. preisgebundenen Sozialwohnungen mit vergleichsweise guten Standards. Untere Lohngruppen und Arme, die als einst dringend benötigte Arbeitskräfte hier unterkamen, sollen noch mehr hin- und hergeschoben wer-

den können oder sind bereits für den Arbeitsmarkt überflüssig. Alle Ansprüche an die Wohnraumversorgung sollen weg. Das bedingt die Aufhebung des Status der Gemeinnützigen und einen Hebel zur Verschleuderung ihrer Bestände. Die Kommission findet ihn in der Drohung der Nachversteuerung von Anfang an bei Unbotmäßigkeit.

Wirklich neu ist an diesen Vorschlägen nur einer: Für die von Umwandlung und Verdrängung betroffenen unteren Lohngruppen und Ärmern empfiehlt sie erhöhte Wohngeld- und Sozialhilfezahlungen. Trotz der von den Kapitalisten gewollten Umschichtung und Aufspaltung der Lohnabhängigen ergäbe das ungeahnte Möglichkeiten für reaktionäre Manöver mit allerlei christlicher Fürsorge in Ländern und Gemeinden. — (ped)

Auszüge aus den Ergebnissen des Schneider/Stoltenberg-Gutachtens

1. Die Unabhängige Kommission, eingesetzt von den Bundesministern Stoltenberg (Finanzen, CDU) und Schneider (Bau, CSU), hatte den Auftrag, "gutachterlich zu der Frage Stellung zu nehmen, ob die derzeitigen gesetzlichen Aufgaben, die von der Bund-Länder-Kommission für Wohnungsgemeinnützigkeitsrecht vorgesehenen Aufgaben und die tatsächliche Geschäftsabwicklung der gemeinnützigen Wohnungs- und Siedlungsunternehmen ... besondere steuerliche Vergünstigungen rechtfertigen". Dabei waren "... u.a. allgemein wirtschaftspolitische – insbesondere wettbewerbspolitische – Gesichtspunkte zu berücksichtigen".

2. Die Anerkennung als gemeinnütziges Wohnungsunternehmen ... beschränkt diese Unternehmen (im folgenden als GWU abgekürzt) ... in der Preisgestaltung. Sie unterwirft diese gleichzeitig einer Baupflicht, einer Vermögensbindung und einer staatlichen Aufsicht und verlangt von ihnen, den betreuten Personenkreis offenzuhalten.

3. Die Kommission kommt zu dem Ergebnis, daß der unternehmerische Tätigkeitsbereich steuerpflichtiger und steuerfreier Wohnungsanbieter bei wirtschaftlicher Betrachtung deckungsgleich ist ... GWU dürfen zwar ausschließlich "Kleinwohnungen" errichten, verwalten, veräußern und betreuen ... Darunter fallen (aber) beinahe alle in der Nachkriegszeit errichteten Wohnungen.

4. Die Steuerbefreiungen der GWU – es handelt sich im wesentlichen um die Befreiung von der Gewerbe-, Vermögens- und Körperschaftssteuer – sind Lenkungs-normen. Sie dienen der Lenkung des Wohnungsmarktes. Solche Steuervergünstigungen fallen unter den Oberbegriff der Steuervergünstigungen ... Zweck der Steuerbefreiungen der GWU war es, den Bau preiswerter und gesunder Wohnungen für "breite Schichten der Bevölkerung" zu fördern.

5. Jedoch ... Der Zweck der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft wird heute auf der Grundlage anderer Gesetze erfüllt. Der Sicherung des Baus gesunder Wohnungen dienen heute das Raumordnungsgesetz, das Bundesbaugesetz, die Baunutzungsverordnung, das Städtebauförderungsgesetz und die Landesbauordnungen. Der Bau preiswerter Wohnungen wird auch durch das II. Wohnungsbaugesetz durch Einsatz öffentlicher Mittel zur Eigentumsbildung, Übernahme von Bürgschaften, Maßnahmen zur Baukostensenkung und Grundsteuervergünstigungen gefördert. Hinzu kommen die in Steuergesetzen vorgesehenen Abschreibungsvergünstigungen.

6. Auch wohnungspolitische Gesichtspunkte zwingen nicht zu einer Änderung dieser Folgerungen. Vergleicht man die Anzahl der Wohnungen mit der Anzahl der Haushalte, so kann die Wohnungsversorgung ... als im Ganzen recht gut bezeichnet werden ... Nicht bestreitbaren Schwierigkeiten bestimmter Kreise, sich mit geeigneten Wohnungen zu versorgen, kann weit wirksamer durch Wohngeld und Sozialhilfe begegnet werden.

7. Da die Steuerbefreiungen der GWU zur Zweckerreichung nicht erforderlich sind, sind sie in ihrer Wirkung gegenüber den steuerpflichtigen Anbietern ein unverhältnismäßiges Mittel ... Die Wettbewerbsverzerrungen können sich insbesondere im Bauträgergeschäft auswirken.

10. Dem Vorschlag der Bund-Länder-Kommission, den von den GWU betreuten Personenkreis künftig durch noch zu bestimmende Einkommensgrenzen einzuschränken und darüber hinaus die GWU gesetzlich zu verpflichten, mit der Gemeinde Verträge über die Wohnraumversorgung sogenannter Problemgruppen abzuschließen,

vermag die Kommission nicht zu folgen ... bedürftigen Mietern kann man am besten durch Wohngeld oder Sozialhilfe helfen. Was den Kreis der sozial Unangepaßten betrifft, so ist es nach Auffassung der Kommission keine soziale Maßnahme, diesen Kreis den GWU aufzuzwingen. Es ist nicht richtig, daß die Versorgung dieses Personenkreises dem historischen Auftrag der GWU entspricht. Es dient nicht dem Gemeinwohl, wenn Menschen ... die nicht selten die gemieteten Wohnungen verwahrlosen lassen oder ruinieren, den Mietern zwangsweise assoziiert werden, die entsprechend dem Gemeinnützigkeitsgedanken oder dem Genossenschaftsgedanken zusammenleben ... Die Befreiungen der GWU können (durch die Bund-Länder-Kommission) auch nicht damit gerechtfertigt werden, daß sie die GWU befähigen können, eine behutsame Mietpreispolitik der steuerpflichtigen Wohnungsanbieter zu beeinflussen. Es ist grundsätzlich unzulässig, innerhalb eines Wirtschaftszweiges eine Gruppe von Konkurrenten zu subventionieren, damit diese die Vergünstigungen zur Konditionenunterbietung einsetzen, und die übrigen Konkurrenten in Zugzwang zu setzen ... Die Steuerbefreiungen der GWU können danach auch nicht dadurch gerechtfertigt werden, daß künftig ... das Prüfungswesen effektiver gestaltet und Verstöße geahndet werden (sollten).

13. Für die Überführung von GWU in die Steuerpflicht sind zusätzliche gesetzgeberische Maßnahmen nicht erforderlich. Die steuerpflichtig werdenden Unternehmen haben nach § 13 KStG Anfangsbilanzen zu erstellen, in denen die Wirtschaftsgüter mit den (heutigen) Teilwerten anzusetzen sind ... die Kommission hält es nicht für zulässig, den GWU bei ihrer Entlassung aus der Gemeinnützigkeit einen Ausgleichsbetrag für erlangte Vorteile aufzuerlegen oder eine Nachversteuerung durchzuführen. Sie hält eine ... abweichende Regelung nicht für gerechtfertigt.

14. Die Kommission hatte nicht den Auftrag zu prüfen, ob flankierende Maßnahmen hinsichtlich aller noch bestehenden Mietpreis- und Belegungsbindungen geboten sind. Die Kommission empfiehlt jedoch, die noch bestehenden Mietpreisbindungen und Wohnungsbelegungsrechte abzubauen und durch eine Verbesserung des Wohngeldgesetzes und der sozialhilferechtlichen Vorschriften zu ersetzen.

15. Nach Auffassung der Kommission ist eine Sonderbehandlung geboten für Wohnungsbaugenossenschaften und -vereine, die sich darauf beschränken, Wohnungen ausschließlich zur Vermietung an ihre Mitglieder zu errichten. Derartige Körperschaften sind bereits jetzt ... von der Körperschaftssteuer befreit ... Auch heute hat das genossenschaftliche Wohnen insbesondere noch für Bezieher niedriger und mittlerer Einkommen seine Bedeutung als Garant für dauerhaft gesichertes, günstiges Wohnen. Die Kommission tritt für eine Gleichbehandlung des individuellen Wohnungseigentums und des genossenschaftlichen Wohnungseigentums andererseits ein. Wer ein Haus baut oder eine Eigentumswohnung erwirbt, braucht künftig den Nutzwert nicht mehr zu versteuern. Dann bedeutet es aber eine Diskriminierung des Genossenschaftswohnens, wenn eine Steuer auf Einkommen und Vermögen erhoben wird, weil sich Bürger zu einer Wohnungsbaugenossenschaft zusammenschließen ... Die Befreiung von der Körperschaftssteuer diene schließlich auch der Vereinfachung ..., da für Wohnungsbauvereine, deren Geschäftsbetrieb sich auf die Wohnungsbauvermietung an Mitglieder beschränkt, das gleiche gilt wie für Wohnungsbaugenossenschaften, müssen auch diese Vereine von Steuern befreit werden.

Quellenhinweis: Gutachten zur Prüfung der steuerlichen Regelungen für gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsunternehmen, Wilhelm Stollfuß Verlag Bonn, August 1985, Seiten 141–151.

USA-Außenpolitik

Von Carters "Menschenrechten" zu Reagans "internationalem Terrorismus"

US-Präsident Reagan hat den CIA ermächtigt, geheime Pläne zum Sturz des Regimes von Ghaddafi in Libyen in die Tat umzusetzen, berichtet die "Washington Post" am 3. Januar 1986 unter Bezug auf informierte Regierungsquellen. Die Operation sei zunächst darauf gerichtet, "Ghaddafis subversive und terroristische Pläne zu stören, ihnen zuvorzukommen und sie zu vereiteln". Zweitens könne sie vielleicht Ghaddafi in auswärtige Abenteuer oder ein terroristisches Komplott locken und einer wachsenden Zahl von Ghaddafi-Gegnern im libyschen Militär eine Chance geben, "die Macht zu ergreifen" oder einen von Ghaddafis Nachbarn, z.B. Algerien oder Ägypten, eine Rechtfertigung liefern, "Ghaddafi militärisch zu antworten". Der CIA solle Oppositionsgruppen in Nordafrika und im Nahen Osten unterstützen. Nach viereinhalb Jahren wirkungsloser politischer und wirtschaftlicher Sanktionen gegen Libyen und Hilfe für libysche Exilpolitiker sei die Regierung zum Schluß gekommen, daß "Ghaddafi eine solche Bedrohung für US-Interessen sei", daß geheime Aktionen unternommen werden müssen.

Mit Bezug auf Außenminister Shultz und CIA-Direktor Casey sei der geheime Plan darauf ausgelegt, den "Terrorismus zu stoppen" und nicht die Ermordung Ghaddafis zu unterstützen. Eine Regierungsverordnung, von Reagan unterzeichnet, verbietet US-Behörden direkte oder indirekte Beteiligung an Attentatsplänen. Regierungsquellen sagen, daß ohne Zweifel Reagan, Shultz und Casey gern Ghaddafis Sturz sähen und glauben, daß "eine Unterstützungsoperation von einigen Millionen Dollar über ein drittes Land die Art von anti-terroristischer Operation ist, die sicher und legal unternommen werden kann". Weiter wird in dem Artikel über eine streng geheime, 29-seitige, "Einschätzung der Verwundbarkeit" unterrichtet, verfaßt vom CIA mit Datum vom 18. Juni 1984, die zu dem Schluß kommt, daß nur der Sturz Ghaddafis eine Änderung bringen könne, daß unzufriedene Elemente im Militär sofort zu Versuchen angestachelt werden sollten und Exilgruppen eine Kampagne zu Sabotage- und Gewaltakten beginnen könnten, wenn sie genügend Unterstützung erhielten.

Das Ziel solcher regierungs-offiziellen Texte ist, die öffentliche Meinung auf die Durchsetzbarkeit derartiger Aktionen zu testen. Es gab keinen öffentlichen Aufschrei in der "liberalen Presse", beklagt die sozia-

listische Zeitschrift "The Guardian". In der "New York Times" vom 13. November 1985 werden in einem Bericht aus Paris "westliche Nahost-Diplomaten und -Experten" zitiert, die meinen, der Plan sei nicht durchführbar. Die Exilgruppen verlören an Glaubwürdigkeit, wenn sie sich mit dem CIA einließen. Algerien habe die letzte Woche abgelehnt, an einem amerikanischen Komplott gegen ein arabisches Land teilzunehmen und habe seine Solidarität mit dem libyschen Regime bekundet. Die Militärregierung im Sudan habe gerade ein Verteidigungsabkommen mit Libyen abgeschlossen. Trotz starker Spannungen zwischen beiden Ländern sei der ägyptische Präsident Mubarak für keine auswärtigen Abenteuer gegen Libyen zu haben und sei jetzt nach der Entführung des ägyptischen Flugzeugs (mit den Achille Lauro-Entführern) durch US-Militärjets nach Italien noch weniger geneigt, an von den USA gelenkten Subversionen teilzunehmen. Auch die gespannten tunesisch-libyschen Beziehungen gäben nichts her, weil Reagan gerade mit der Be-

Diplomaten, verbiete eine amerikanische Regierungsverordnung direkte oder indirekte amerikanische Teilnahme an Mordversuchen." Soweit die "liberale" "New York Times".

Es ist kein Zufall, daß die Erörterung über die Pläne der Regierung der USA gegen die Regierung Libyens in der Sprache und Gedankenwelt der Agenten- und Maffiakrimis geschrieben wird. In dem Artikel der "Washington Post" wird noch aus einem Sonderbericht zitiert, Titel: "Libyens Ghaddafi: eine Herausforderung für die Vereinigten Staaten und die westlichen Interessen". Danach stellt Ghaddafi Geld, Waffen, eine Operationsbasis, Reisehilfen oder Training für etwa 30 aufständische radikale oder terroristische Gruppen. Wo immer in der Welt gehijackt, gekidnappt, gemordet oder sonstwas wird, Ghaddafi steckt gewiß dahinter. Er ist der Schinderhannes des Nahen Osten.

Sofort nach Amtsantritt 1981 hat Reagan dies bekämpft als "internationalen Terrorismus" und eine Politik von gezielter Wirtschaftsbestrafung als einen Schwerpunkt seiner Regierung bezeichnet. Der ehemalige Außenminister Alexander Haig begründete die Ersetzung von Carters "Menschenrechte" als obersten Gesichtspunkt amerikanischer Außenpolitik mit der ihm eigenen Geistes-schärfe: weil "der Terrorismus der



Nach einem der vielen Sandstürme säubern Arbeiter die Pipelines der Erdölalagen des libyschen Gialo-Feldes.

wunderung für den Luftangriff Israels auf das PLO-Hauptquartier in Tunis alles Geschirr zerdeppert habe. Niger und Tschad im Süden kämen auch nicht in Frage wegen innerer Unruhen. Marokko habe 1984 ein Abkommen für eine Union mit Libyen abgeschlossen, und das Abkommen sei für beide Seiten nützlich. Abschließend heißt es, "die Diplomaten sagten, es würde schwierig sein, Oberst Ghaddafi zu töten, da er dicht mit ostdeutschen Sicherheitsgarden umgeben sei. Außerdem, sagten die

Gipfel der Menschenrechtsverletzung sei." Gleich 1981 wurde eine Kampagne gegen Ghaddafi angekurbelt. Das Magazin "Time" bringt am 21. Dezember 1981 eine "Ghaddafi-Story" auf der Titelseite, in der berichtet wird von "hinreichenden Gründen zu glauben", daß Ghaddafi die Ermordung von Reagan und weiteren hohen Regierungspersonen der USA angeordnet habe. "Anti-Terrorismus"-Politik bleibt an oberster Stelle bis heute. 1984 wird eine neue "Anti-Terrorismus"-Politik festgelegt, die vorsorg-

liche Eingriffe beinhalten soll. 1985 wird ein Gesetz für internationale Zusammenarbeit zwischen den "demokratischen Staaten" verabschiedet und Waffenhilfe bei der Terrorismusbekämpfung gefordert. Der Präsident hat Handel mit Libyen oder mit einem anderen Land vermieden, das Terroristen oder terroristische Organisationen unterstützt oder beherbergt.

Reagans Politik im Nahen Osten ist die Umsetzung der Carter-Doktrin mit schärferen Mitteln. Carter erklärte 1980, daß "jeder Versuch einer auswärtigen Macht, Kontrolle über die Region des syrischen Golfs zu erlangen, als einen Angriff auf die lebenswichtigen Interessen der USA betrachtet wird". Offiziell war mit der auswärtigen Macht die Sowjetunion gemeint. Inoffiziell war jedoch klar, daß hier der Unabhängigkeitskampf arabischer Staaten die Interessen des US-Kapitals in gleicher Weise bedroht und dementsprechend als Machenschaft einer auswärtigen Macht er-

klärt wird. Kritiker in den USA bezweifelten, wie die ursprüngliche Doktrin in der Praxis erhalten werden könne. Carters Antwort war das Konzept der "schnellen Eingreiftruppe". Für die Unterdrückung von sozialen Unruhen in der Region gibt es zwei Konzepte: Aufbau von "stabilisierenden Regimes", also Hilfssheriffs der USA in Israel, Ägypten, Jordanien und/oder die vorbeugende Invasion, kreiert von Kelly, Befehlshaber der "schnellen Eingreiftruppe", d.h. Invasion noch vor einer erfolgreichen Subversion. Die vorbeugende Invasion braucht noch eine Rechtfertigung. "Menschenrechts"-Gesäusel ist dafür nicht gut geeignet, weil allgemein bekannt ist, daß Revolutionen sich gerade gegen die brutale politische Unterdrückung entwickeln. Aber Terrorismus kann man immer schreien, wenn es nicht ganz gewaltlos vonstatten geht. So dient die Terrorismuskampagne auch dazu die Solidaritätsbewegung des gewaltfreien



Reagan vor der Rechtsanwaltsvereinigung 1985: "Die Führer terroristischer Staaten – Nicaragua, Libyen, Nordkorea und Iran sind die seltsame Ansammlung von Geisteskranken, Abschaum und dreckigen Kriminellen seit dem Dritten Reich".

Herrschaftsansprüche der USA im Nahen Osten

Carters Doktrin von 1980 ist nicht etwas wirklich Neues, sondern ein Nachbeten der Truman-Doktrin von 1947.

Nach dem zweiten Weltkrieg stand die USA als die ökonomische Vormacht der kapitalistischen Welt da. Es war unbedingt notwendig, einen offiziellen Rahmen zu schaffen, um die Sicherheit von Geldanlagen auf den Zukunftsrohstoffmärkten zu garantieren und um im Lande die Unterstützung des Volkes für eine Politik von Wirtschaftshilfe und militärischer Intervention zu mobilisieren.

Unvergleichbar mit 1947 ist die heutige weltpolitische Lage der USA, global wie regional. Sie ist nicht mehr absolut, was der Version von 1980 einen Schuß Unkalkulierbarkeit verleiht. Grundlegender ist der Niedergang der US-Hegemonie über die kapitalistische Weltwirtschaft. Die Anteile der USA am Weltmarkt für produzierende Güter sind gegenüber dem japanischen und europäischen Konkurrenten seither beständig gefallen.

Der Dollar, Instrument und Wahrzeichen der US-Vorherrschaft, ist in seiner Stellung als Weltreservewährung ganz entschieden untergraben worden. Die US-Wirtschaft ist in einem Ausmaß wie nie zuvor in modernen Zeiten in Abhängigkeit von internationalen Märkten für Importe, Exporte und Investitionen. Sie ist daher empfindlicher für Entwicklungen außerhalb der direkten Kontrolle des US-Kapitals.

Die nackten ökonomischen Triebkräfte für die imperialistischen Ansprüche wurden schon schon 1947 aus

der ersten Version der Rede des damaligen US-Präsidenten Truman gestrichen und durch Teile gegen die Sowjetunion ersetzt.

1980 begründete US-Präsident Carter seine Doktrin mit angeblichen Absichten der Sowjetunion in der Nahost-Region. Sein Kriegsminister Brown bestätigte kurz darauf, daß jede "internationale und ökonomische Störung" gemeint ist und in seinem Jahresbericht 1981 heißt es, "jede Unterbrechung (des Flusses) von Waren und Dienstleistungen könnte sehr schwerwiegende Auswirkungen auf die US-Wirtschaft haben."

In der Nachkriegszeit bildeten Investitionen in der Ölindustrie des mittleren Ostens den Kern der Stellung der USA in der Weltwirtschaft. Im Zeitraum 1966 bis 1975 machten sie 3 % aller Direktinvestitionen aus, brachten jedoch 20 bis 25 % des Einkommens aus Direktinvestitionen im Ausland. Die durchschnittliche Gewinnrate aus Mittel-Ost-Investitionen war etwa 60 %. Während sie bei den übrigen Auslandsinvestitionen bei 12 % lag. Darüber hinaus, die Profite der US-Ölgiganten in Europa und in der Welt hängen vom Mittel-Ost-Öl ab, wie auch die Prosperität der großen Industrieländer, was die hauptsächlichlichen Investitionsobjekte und Handelspartner der US-Konzern sind.

Dazu kommen noch die Waffengeschäfte der USA. Von 1970 bis 1975 verkauften US-Firmen jährlich durchschnittlich für 3,2 Mrd. US\$ Waffen in den mittleren Osten, mehr als in den 15 Jahren davor zusammengekommen. Von 1975 bis 1979 waren es schon 8,9 Mrd. US\$ pro Jahr.

Widerstandes in den USA und Europa mit den revolutionären Befreiungsbewegungen zu neutralisieren.

Quellenhinweis: Merip-Report, September 1980 – (ger, her)

(Aus aktuellem Anlaß erscheint der angekündigte Artikel zur Verschuldung der Dritten Welt in 02/86. – sie)

Jugoslawien

Streit um Wirtschaftspolitik

Erhebliche Meinungsverschiedenheiten sind in den letzten Monaten zwischen der Regierung Jugoslawiens, vertreten durch Milka Planinc, und den Parteiorganisationen offen ausgetragen worden. Es geht darum, ob die Entschuldung des Landes und die schrittweise Sanierung der Wirtschaft weiterhin zu Lasten der Arbeiter und Bauern gehen soll. Nach Reallohnneinbußen von über 30 % in den letzten Jahren und der ständig steigenden Inflation nahmen die Streiks im Sommer 1985 zu (wir berichteten).

Nach Freigabe aller Preise zu Beginn des Jahres 1985 als Folge der Wirtschaftsreform stiegen v.a. die Preise für die wichtigsten Konsumgüter – Nahrungsmittel, Kleider, Möbel, Haushaltsmaschinen – bis zu 50 % an. Ebenso führte die Schließung unrentabler Betriebe – ebenfalls als Folge der Wirtschaftsreform, die die Wirtschaft insgesamt "marktgerecht" gestalten sollte – zum Anstieg der Arbeitslosen auf fast 15 % der arbeitsfähigen Bevölkerung.

Die Parteiorganisationen forderten nun auf Druck der Basis, v.a. auf Druck der streikenden Arbeiter, einen

erneuten Preisstopp. Vorgetragen wurde diese Forderung im Dezember durch das Staatspräsidium.

Frau Planinc drohte nun mit ihrem Rücktritt als Staatspräsidentin, sollte ihre Wirtschaftspolitik im Ganzen nicht angenommen werden. Ihr Rücktritt wurde vom Staatspräsidium nicht akzeptiert, dies könnte aber nur aus taktischen Gründen geschehen sein, da ihre Amtszeit am 15. Mai 1986 sowieso ausläuft. Zwar konnte in ihrer Amtszeit die Auslandsverschuldung leicht gesenkt werden und mit Hilfe verschiedener Umschuldungsmaßnahmen Zeit zur Sanierung der Wirtschaft gewonnen werden. Erkauft wurde dies aber durch strenge Auflagen des IWF, die u.a. zur Preisfreigabe und damit zur Erhöhung der vorher schon zweistelligen Inflation und zum Abbau einer Reihe von Sozialleistungen im Selbstverwaltungssozialismus führten. Es mehren sich nun – v.a. in den unteren Partei- und Gewerkschaftsgremien – kritische Stimmen, v.a. was die enge Zusammenarbeit mit dem IWF anbetrifft.

Gefordert wurde in Reden und Aufsätzen einiger bekannter Parteimitglieder, sich zusammen mit den anderen hochverschuldeten Ländern gegen die strengen Auflagen des IWF zu wehren und dessen Bedingungen nicht mehr zu akzeptieren. Gewarnt wird vor jeder weiteren Senkung des Lebensstandards, die zu noch größerer Entfremdung zwischen den Arbeitern und der Regierung führen muß. Immer wieder wird betont, man wolle nicht "polnische Zustände" heraufbeschwören.

Quellenhinweis: Handelsblatt vom 2.12.85, "Danas", Dez. 1985. – (lsc)

DDR

Höchste Leistungen für das Volk – von wem?

Im Frühjahr 1986 findet der XI. Parteitag der SED statt. "Mit höchsten Leistungen den XI. Parteitag vorbereiten" ist beherrschender Tenor der Vorbereitungen dafür, der auch von den Gewerkschaften unterstützt wird – z.B. durch den vom FDGB organisierten Wettbewerb unter der Losung "Hohes Leistungswachstum durch steigende Arbeitsproduktivität, Effektivität und Qualität – Alles für das Wohl des Volkes und den Frieden". Das Ziel der Erhöhung des Wirkungsgrads der lebendigen Arbeit verbirgt jedoch unterschiedliche Interessen.

In der Begründung der Wirtschaftsstrategie der SED heißt es richtig: "Zu den Hauptfaktoren zur Steigerung der Arbeitsproduktivität gehört vor allem das hohe Bildungsniveau der Facharbeiter." (1) Hier wurden Fortschritte erzielt. Der Anteil der Un-

und Angelernten bei den Berufstätigen ging z.B. von 59,6 % (1962) auf 19,8 % (1980) zurück. Auch der Anteil schwerer körperlicher Arbeit reduzierte sich in den Jahren 1971 bis 1975 nach Umfragen bei 30 % der Produktionsarbeiter. Etwa 47 % der Arbeiter und 37 % der Genossenschaftsbauern schätzten 1977 ein, ihre Arbeit sei in den letzten fünf Jahren interessanter und vielseitiger geworden. (2) In diesen Zahlen erscheint jedoch auch die andere Seite. 1980 immer noch fast 20 % Un- und Angelernte, laut Plan hätten es noch 16 % sein sollen. Dazu kommt, daß das Qualifikationsniveau offenbar zunehmend in Widerspruch zur gesellschaftlichen Arbeitsteilung gerät. Rund 30,9 % der Facharbeiter in bezirksgeleiteten Berliner Betrieben waren laut Untersuchungen 1983 nicht ihrer Ausbildung entsprechend eingesetzt, jeder siebte war höher, jeder vierte war niedriger qualifiziert. Bei rund 40 % der industriellen Arbeitsplätze besteht zwischen vorhandener und genutzter Qualifikation keine Übereinstimmung. (3) Trotzdem gibt es keine Stimmen, die für eine Verschlechterung oder Verlangsamung in der Ausbildung der Arbeitskraft sprechen und auch keine Anzeichen für eine solche Entwicklung.

Die Erhöhung der Arbeitsproduktivität durch zunehmende Technisierung und Automatisierung der Produktion ist jedoch offensichtlich nicht nur oder auch nur hauptseitig auf die Befreiung der Arbeit ausgerichtet. Bei den nicht produktiv arbeitenden Teilen des Volkes befördert sie das Interesse, Höchstleistungen von den Arbeitern für die schnellere Befriedigung der eigenen Bedürfnisse zu fordern. So hat Erich Honecker z.B. hervorgehoben, daß es darauf ankommt, die moderne Technik im Dreischichtregime zu nutzen. (4) 1962 arbeiteten 62 % der Produktionsarbeiter in der Industrie einschichtig, 19,1 % dreischichtig. 1982 waren es bereits entsprechend 58,1 % und 29,1 %. Außerdem heißt es, daß in den Zweigen der Leichtindustrie, der Lebensmittelindustrie und der Nahrungsgüterwirtschaft "viele tausende Produktionsarbeiter", größtenteils Frauen, Fließbandarbeit verrichten und der Anteil dieser Arbeiten in den letzten Jahren (bis 1980) weiter gestiegen ist. (5)

Anmerkungen: (1) Unsere Wirtschaftsstrategie, Reihe ökonomie aktuell, Dietz Verlag 1982, S. 25, (2) Körperliche und geistige Arbeit im Sozialismus, Hrsg. Autorenkollektiv, Dietz Verlag 1980, (3) Diskussionsergebnisse zum Thema "Revisionistische Länder/Sozialismus" der AGs der gemeinsamen VV, S. 17, (4) Unsere Wirtschaftsstrategie, vgl. (1), S. 48, (5) Körperliche und geistige Arbeit im Sozialismus, vgl. (2), S. 198 – (doz)

Kolumbien

Militärterror und "demokratische Öffnung"

Kolumbien "im Teufelskreis der Gewalt", "im Schatten des Bürgerkriegs", so und ähnlich überschreibt die bürgerliche Presse ihre Berichterstattung über dieses im Norden Südamerikas gelegene Land mit seinen 30 Mio. Einwohnern. Mit dem Regierungsantritt des konservativen Präsidenten Betancur 1982 und mit seiner Politik der "nationalen Versöhnung" hatten die in- und ausländischen Kapitalisten die Hoffnung verbunden, nach und nach mit den seit bis zu 30 Jahren kämpfenden sechs Guerillaorganisationen aufräumen zu können, die von den Militärs selbst mit brutalstem



Arbeiter kämpfen für Arbeitsverträge und Mindestlöhne

Terror nie besiegt wurden. Immerhin stehen für die Imperialisten vielversprechende Ausbeutungsverhältnisse auf dem Spiel. Die Rendite für Auslandsinvestitionen lag in den letzten Jahren mit 14 % über der weltweiten von ca. 10 %.

Betancur gelang es, die außenpolitische Isolierung Kolumbiens durch Beitritt in die Blockfreien-Bewegung, durch Aktivitäten in der Contadora-Gruppe und durch diplomatische Kontakte zu Kuba und zur Sowjetunion weitgehend zu überwinden. Seine angekündigten politischen und sozialen Reformen fanden internationale Zustimmung, selbst bis in die Reihen der revolutionären Kräfte Kolumbiens hinein. Auf das Amnestiegesetz Betancurs reagierten die Guerillaorganisationen gespalten. Fünf von sechs Organisationen schlossen mit der Regierung einen Waffenstillstand; zwei von ihnen gründeten Wahlparteien. Gleichzeitig beschloß die Regierung, die Guerillabekämpfung zu verschärfen. Der Spaltung der Guerilla sollte ihre Zerschlagung folgen. Für die Modernisierung der Armee und die Reorganisation der Nationalpolizei wur-

den 1,4 Mrd. DM bereitgestellt und sechs weitere Divisionen zur Guerillabekämpfung eingesetzt. Die konterrevolutionären Truppen zählen fast 300 000 Mann. Der Wehrdienst für Bauern wurde geändert. Sie werden am Wochenende und in der Freizeit dienstverpflichtet und gelten als normale Soldaten. Im ganzen Land herrscht der Ausnahmezustand. Viele Regionen unterliegen der Militärverwaltung und -gerichtsbarkeit. Paramilitärische Organisationen ermordeten ca. 100 entlassene politische Gefangene.

Am entschiedensten kritisierte die ELN Verhandlungen mit der Regierung. Sie erklärte, daß es in der Geschichte Kolumbiens über 60 Amnestien gab, und daß es solange keinen Frieden geben kann, "solange das Volk unter Repression, unter Armut, Hunger leidet". Die größte Organisation, die kommunistische FARC, spaltete sich. Die Mehrheit schloß Ende 1985 als einzige einen weiteren Waffenstillstand mit der Regierung. Alle anderen nahmen den bewaffneten Kampf wieder auf. Obgleich die FARC-Mehrheit – wie die KP – ein Bündnis mit Teilen der "fortschrittlichen, liberalen Bourgeoisie" gegen die reaktionären, militaristischen Kräfte sucht, schließt sie eine Wiederaufnahme des Kampfes nicht aus, zumal sie ihre Kämpfer nicht entwaffnet und die Kampfgebiete nicht geräumt hat.

Nun mehrten sich Stimmen von einflußreicher Seite, Betancur noch vor den Präsidentschaftswahlen Mitte 1986 durch vorgezogene Neuwahlen oder durch Machtübernahme der Militärs abzulösen, da ihm die "Befriedung der Gewalt" nicht gelungen sei. Zudem nimmt der Widerstand des städtischen Proletariats gegen die Abwälzung der Krisenlasten und der Militärausgaben zu. Der Regierung steht eine zweite Front bevor.

Quellenhinweise: Lateinamerika-Nachrichten, Latin America Weekly, NZZ, versch. Ausg. – (sie)

Großbritannien

Ausgabenkürzungen für Krankenhäuser

Ein Milchwagenfahrer aus Birmingham erlitt schwere innere Verletzungen bei einem Verkehrsunfall und mußte neun Stunden warten, bevor das Good Hope Krankenhaus ihn aufnahm – die Verwaltung versuchte, ihn wegen Überfüllung in einem anderen Krankenhaus unterzubringen, das lehnte den Patienten ab, weil es über schlechte Unfallausstattungen verfügt. Solche Meldungen häufen sich in der britischen Presse. Die rapide Verschlechterung der Gesundheitsversorgung ist das Ergebnis der Gesundheitspolitik Margaret Thatchers, die drei

Ziele hat:

- drastische Senkung der Ausgaben,
- "Privatisierung" im Gesundheitswesen,
- und die Ausweitung der Privatversicherung als Unterminierung der einheitlichen, staatlichen Krankenkasse (NHS).

In England allein warten fast 700 000 Patienten auf Operationen, bei nicht dringlichen Eingriffen können diese Wartezeiten über ein Jahr betragen.

Im letzten Haushaltsjahr 1984/85 hat die Regierung die laufenden Ausgaben für Krankenhäuser und Vorsorgeprogramme erstmals direkt gekürzt (um 0,1%), in den vier Jahren davor waren die Ausgaben nur zwischen 0,2% und 2,5%, also weit unter der Inflationsrate, erhöht worden. Zwar stiegen die Ausgaben für neue Krankenhausbauten und Renovierungen stärker, aber was nützen wenige neue Krankenhäuser, wenn in den bestehenden kein Personal vorhanden ist.

Im Bezirk Greenwich z.B. in Südostlondon muß die Verwaltung des Gesundheitsdienstes zwischen 1984 und 1993 die Ausgaben laut Budget um

15% (also 1,5% im Jahresschnitt) senken. Das heißt z.B., die Zahl der Krankenhausbetten wird von 1 611 auf 1 400 gesenkt, bei einer Bevölkerung von z.Zt. 214 600 mit wachsender Tendenz. Eine örtliche Entbindungsklinik wurde geschlossen, das Seelenteckrankenhaus im Bezirk wird ebenfalls zugemacht, 260 Beschäftigte entlassen. Das Krankenhaus St. Nicholas, in dem vor allem gebrechliche Alte behandelt werden und das über einen großen Stamm von Patienten im Ambulanzbereich verfügt, soll ebenfalls geschlossen werden. Es liegt im ärmsten Bezirk von Greenwich. Die Patienten sollen künftig im Londoner Innenstadtkrankenhaus St. Thomas behandelt werden, mit der Bahn 50 Minuten entfernt.

Inzwischen wächst der Anteil der privaten Krankenkassen. Im Jahr 1984 wurden bereits 7% (827 Mio. Pfund) aller Ausgaben im Gesundheitswesen privat gezahlt (verglichen mit weniger als 3% 1978), dabei 15% bis 20% aller Nicht-Notfalloperationen. Ohne Wartezeiten, natürlich.

Quellenhinweis: Labour Research, versch. Ausgaben, u.a. 12/85 – (hef)

Namibia

Die BRD knüpft an koloniale Traditionen an und betreibt die Plünderung der Reichtümer

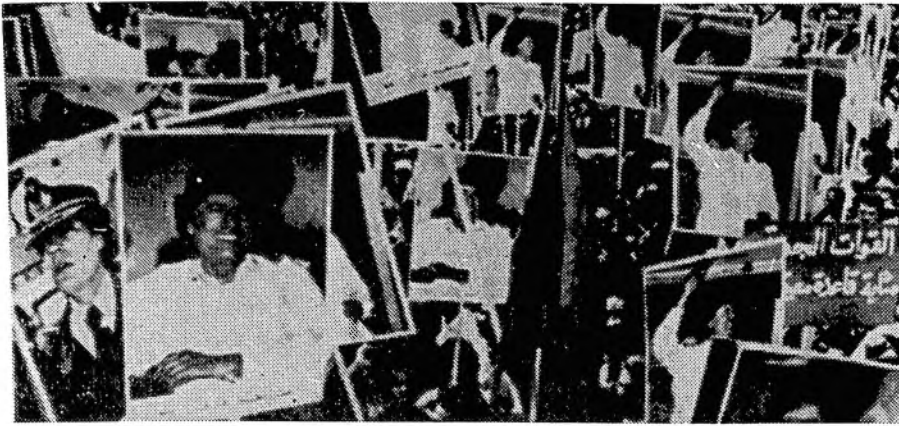
Offiziell unterstützte bislang jede Bundesregierung die UNO-Beschlüsse über die Dekolonisierung Namibias, tatsächlich hat aber das Wirken der BRD in den vergangenen Jahren nicht dazu beigetragen, daß Namibia sich unabhängig und selbständig machen konnte. Stattdessen mehrten sich die Anzeichen, daß die Bundesregierung die von CDU- und CSU-Politikern proklamierte "besondere Verantwortung" für Namibia in einer Weise über-

nimmt, die direkt anknüpft an die kolonialen Traditionen in "Deutsch-Südwest".

Im Dezember 1984, nur wenige Monate, nachdem der südafrikanische Staatspräsident Botha mit EG-Staaten über eine europäische "Friedenstruppe" für Namibia verhandelt hat, reisten zwei Bundeswehroffiziere "privat" nach Namibia. Sie konnten mit Unterstützung der südafrikanischen Armee die militärischen Sperr-



Feiern des 19. Jahrestages des Beginns des bewaffneten Widerstandes der SWAPO in Katutura (Windhuk), die von der SWANU, dem Damara-Rat und weiteren Organisationen der politischen Opposition unterstützt wurden.



Während der letzten Tage demonstrierten Zehntausende von Libyern (Bild) gegen die Kriegsdrohungen und -vorbereitungen der USA und Israels gegen Libyen. In einer Resolution stellten sich die 22 Mitgliedsstaaten der Arabischen Liga am 5. Januar in Tunis hinter Libyen. Darin sicherten sie Libyen volle Unterstützung bei der Abwehr jeglicher ausländischer Aggression zu. Zudem verurteilte der Arabische Rat den Staatsterrorismus Israels gegen das palästinensische Volk. Ein entsprechender Antrag war von Syrien und Libyen eingebracht worden. Ab Montag, dem 6.1.86 werden die 45 Staaten der Islamischen Konferenz in Marokko ebenfalls über die Bedrohung Libyens beraten. — (sie)

Italien: Inflationszuschläge neu geregelt

Nach zahlreichen Streiks hat sich der Industriellenverband zum Jahresende der für den öffentlichen Dienst zuvor vereinbarten Neuregelung der Inflationszuschläge angeschlossen. Die Industriellen, die den betreffenden Tarif im Juni gekündigt hatten, haben zwar von ihrer ultraharten Haltung Abstriche machen müssen. Aber die Neuregelung bedeutet für die Lohnabhängigen doch eine Verschlechterung. Künftig wird nur für die ersten 58000 Lire (850 DM) des Lohns die Teuerung voll durch die Zuschläge ausgeglichen — dies ein Erfolg für die unteren Lohngruppen —, für den Rest aber nur zu 25%. Auf den Durch-

schnittslohn bezogen sinkt der "Deckungsgrad" der Zuschläge von 60 auf 51%. — (ulg)

Palästina: Hungerstreik ausgesetzt

Nach rund drei Wochen ist der Hungerstreik der palästinensischen politischen Gefangenen in nahezu allen israelischen Gefängnissen ausgesetzt worden, mit dem sie eine Verbesserung der unhaltbaren Haftbedingungen forderten. Die israelischen Behörden haben Verhandlungen in Aussicht gestellt und zugegeben, daß die Lebensbedingungen in den Gefängnissen im Prinzip verbesserungswürdig seien. Ihr ernsthafter Verhandlungswille wird von palästinensischer Seite aber bezweifelt. — (bar)

Indien: Wahlen im Bundesstaat Assam

Am 22.12.1985 gewann in Assam eine regionale Partei (Der Rat des Assamesischen Volkes — AGP) die Wahlen. Bislang war stets die Kongress-I-Partei, die die Zentralregierung stellt, als Sieger hervorgegangen. Die AGP wird von Studenten angeführt, die seit fünf Jahren massiv gegen die Einwanderung von Bewohnern Bangladeshs nach Assam agitieren. Diese Partei vertritt Interessen der "Hochkastigen". Ein anderes Wahlbündnis (Vereinigte Front der Minderheiten — UMFPLN) wurde nach der Kongress-I-Partei nur dritte Kraft. Sie lehnt ein von Ministerpräsident R. Gandhi geschlossenes Abkommen mit der assamesischen Unionsregierung ab, das vorsieht, daß alle "Fremden", die vor dem



1.1.1966 eingewandert sind, volle Bürgerrechte erhalten. Nach dem 24.3.1971 Eingewanderte müssen zehn Jahre auf ihr Stimmrecht warten. Wer später eingewandert ist, wird ausgewiesen. Bei den vorauszusehenden Konflikten kann die "Wahniederlage" Gandhi nur recht sein. (Bild: Teepflückerin in Assam) — (cog)

gebiete im Norden des Landes besichtigen, die sonst für Ausländer und Namibianer verboten sind. Auf eine Kleine Anfrage der Grünen erklärte die Bundesregierung, daß gegen solche Reisen keinerlei Bedenken bestünden.

Im Juni 1985 setzte die südafrikanische Regierung zum zweiten Mal eine namibische Übergangsregierung ein, die Regierung der "Vielparteienkonferenz", die aus den Vertretern der "Demokratischen Turnhallenallianz", Abspaltungen von den Befreiungsorganisationen SWAPO und SWANU und der Nationalen Partei der Weißen besteht. Die Regierung soll für alle internen Belange Namibias zuständig sein, Militär und außenpolitische Vertretung behält die Republik Südafrika, in ihren Befugnissen gleicht die "Regierung" den Homeland-Regierungen in Südafrika. Bei den Feiern zum Amtsantritt dieser Marionettenregierung, die vollständig von der Republik Südafrika abhängig ist, waren zwar

keine offiziellen Regierungsvertreter der BRD anwesend, stattdessen aber "private" Vertreter von CDU, CSU, FDP und SPD, u.a. der Präsident des Bundesverfassungsgerichtes Zeidler für die SPD und Mitglieder der Bundestagsfraktionen der drei anderen Parteien. Über diesen Besuch berichtete die Zeitung "Namibia Nachrichten", die in Windhuk erscheint: "Der gegenwärtige Dritte Mann der Bundesrepublik, der Präsident des Bundesverfassungsgerichtes Zeidler, stand schräg rückwärts hinter von Hassel (CDU, d. Verf.) gestaffelt, als letzterer betonte, daß man eben nicht in privater Eigenschaft, sondern als Vertreter eines breiten Spektrums der deutschen öffentlichen Meinung, vier Parteien repräsentierend, anwesend sei." Im Frühjahr 1985 hatte der damalige Sprecher des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages, Dr. Werner Marx, in einem Interview in den "Berichten aus Namibia" erklärt, die BRD

unterstütze eine Übergangsregierung in Namibia, solange diese Regierung nicht einseitig die Unabhängigkeit Namibias proklamiere und keine internationale Anerkennung verlange. Die Anwesenheit der Parteienvertreter bedeutet die halboffizielle Anerkennung der Marionettenregierung — entgegen den UNO-Beschlüssen. Mit der Vergabe von Entwicklungshilfe aus dem BRD-Haushalt — 1985 10,28 Millionen DM — hat die Bundesregierung einen weiteren Schritt zur offiziellen Anerkennung der Marionettenregierung getan.

Die Vielparteien-Regierung hat einen Verfassungsausschuß eingesetzt, dessen jetzige Mitglieder sich im Mai 1985, d.h. bevor sie in den Ausschuß berufen wurden, zu einem Ausbildungsseminar bei der Konrad-Adenauer-Stiftung in der BRD einfanden. Nach einem Bericht des "Namibian" vom 6.12. wird sich der Ausschuß bei der Ausarbeitung einer Verfassung für

China: Regierung sagt Preisstabilisierung zu

Die Regierung der VR China hat die für 1986 vorgesehenen Preiserhöhungen gestoppt und Maßnahmen zur Preisstabilisierung zugesagt. U.a. sollten die Wohnungsmieten und die Preise für Gas, Wasser und Strom erhöht werden, wie auch von der Weltbank gefordert. Die Freigabe der Preise für Nahrungsmittel – ausgenommen Getreide und Öl – und anderer Konsumgüter Anfang 1985 hatte nach offiziellen Angaben zu Preissteigerungen zwischen 11 und 20% geführt. – (wom)

Frankreich: Arbeitszeit-flexibilisierung verschoben

Das in erster Lesung von der französischen Nationalversammlung angenommene Gesetz (Einführung einer Jahresarbeitszeit, s. PB 25/85) wird wahrscheinlich nicht mehr vor den Präsidentschaftswahlen im März '86 verabschiedet. Die französische Regierung wollte ursprünglich eine außerordentliche Nationalversammlung einberufen, um das Gesetz auch gegen Widerstände der kommunistischen Abgeordneten im Senat durchzuziehen. Dieser Plan ist nun offensichtlich aufgegeben. Die PC und die Gewerkschaft CGT sehen dies als "Niederlage" der Regierung und als Erfolg des Kampfes der Lohnabhängigen und der Mehrheit der Gewerkschaften. Auch die Gewerkschaft FO bekräftigt die Ablehnung des Gesetzes, während die CFDT an dessen Befürwortung festhält. Ob der Optimismus der französischen Kommunisten berechtigt ist, wird sich spätestens nach den Wahlen zeigen, denn klar ist, daß sowohl die Sozialisten als auch die (noch) oppositionelle Rechte an den Plänen zur Neuregelung der Arbeits-

zeit – und damit auch dem Ziel, "... Entscheidungen des Staates auf die Sozialpartner" abzuwälzen, um die flexiblen Arbeitszeiten direkt in den einzelnen Betrieben durchzusetzen – festhalten. – (sur)

China: Nach Ernterückgang neue Subventionen

Nach kontinuierlichen Steigerungen der Getreideproduktion in den letzten Jahren fiel die chinesische Getreideernte 1985 auf 380 nach 407 Mio. t 1984. Ursache: Nach den Landwirtschaftsreformen können die Bauern weitgehend anpflanzen, was sie wol-

len. Der Getreideanbau bringt aber weniger Profit als z.B. der Baumwollanbau oder das ländliche Nebengewerbe. Auf dem "kleinen Parteitag" der KPCh im Herbst 1985 hatte deswegen das Politbüromitglied Chen Yun davor gewarnt, daß die marktwirtschaftlichen Reformen in der Landwirtschaft die Getreideproduktion untergraben. Jetzt hat die KPCh Düngemittelsubventionen für den Getreideanbau sowie weitere Zuschüsse für Getreideproduzenten beschlossen, die von der immer mehr expandierenden ländlichen Industrie aufgebracht werden sollen. – (wom)



Südafrika/Azania: Alle schwarzen Arbeiter in den öffentlichen Diensten und bei den Provinzregierungen – einschließlich der ungelerten Krankenhausbeschäftigten – erhalten rückwirkend ab 1. November zwischen zehn und 50 Prozent höhere Löhne. Die Lohnerhöhung gilt auch für Tagelöhner. Diese Erklärung gab die zuständige Behörde nach Verhandlungen mit den unabhängigen Gewerkschaften GAWU, BHAAWO und SABMAWU ab. Die unabhängige Schwarze Gewerkschaft im Gesundheitswesen und angeschlossene Bereiche (BHAAWO) erklärte, die Lohnerhöhung sei das direkte Ergebnis des Streiks von 900 Beschäftigten und Lernschwestern und -pflegern im Baragwanath-Krankenhaus Anfang November in Soweto. Die Krankenhausleitung hatte während des Streiks zunächst 1700 Beschäftigte des Krankenhauses entlassen und einige Hundert verhaften lassen, sie mußte sie aber Ende November wieder einstellen. (Bild: Streik der städtischen Arbeiter 1980) – (uld)

Namibia orientieren an der westdeutschen Verfassung, dem Südafrikanischen Präsidialrat und den "weiten" Richtlinien der UNO-Deklaration 435, die freie Wahlen und eine eigene Verfassung für Namibia vorsieht. Das widerliche Geschäft, diese Verfassung vom Geruch des Kolonialismus und der Reaktion zu befreien, betreiben dabei der SPD-Bundesverfassungsrichter Zeidler sowie der Kölner Staatsrechtler und SPD-Mitglied Kriele, die beide bei den Vorbereitungen für den Verfassungsausschuß mitwirkten.

Selbst wenn die BRD-Imperialisten mit dieser Politik den bewaffneten Kampf der SWAPO und den politischen Widerstand der anderen Befreiungsorganisationen in Namibia nicht brechen können – die Unabhängigkeit Namibias wird auf jeden Fall weiter hinausgezögert. Und diese Hinauszögerung gibt den Konzernen und Banken aus den imperialistischen Ländern Gelegenheit, die Reichtümer Namibia

bis zur Erschöpfung zu plündern oder zu pfänden.

Seit 1980 besitzt die Dresdner Bank 51% der Anteile der SWABANK, eine der fünf größten Banken Namibias, und nimmt mit ihrer Kreditpolitik direkten Einfluß auf den völlig überschuldeten Haushalt Namibias. Knapp die Hälfte des namibischen Haushalts, der überwiegend Polizeiaufgaben und einen Verwaltungsapparat für die sogenannte ethnische Selbstverwaltung finanziert, stammt aus Krediten, die weitgehend über Südafrika gemanagt werden. Ein unabhängiges Namibia wird eine Zins- und Schuldenrechnung von den ausländischen Banken präsentiert bekommen, die das Land von vornherein als bankrott erscheinen läßt. Das britische Diamantenmonopol De Beers hortet derzeit Diamanten im Wert von 6,3 Mrd. DM. Der Hauptteil dieser Diamanten stammt aus Namibia, die namibische Tochtergesellschaft hat Anweisung, "soviel

wie möglich aus dem Boden rauszuholen, bevor ein Wechsel der Regierung eintritt" (1). Die Rössing-Mine, an der die westdeutsche Urangesellschaft beteiligt ist, arbeitet trotz nachlassender Nachfrage auf Hochtouren. Die Betreiber schätzen, daß die Mine bereits zu Beginn der 90er Jahre erschöpft sein wird, und nicht, wie zunächst geplant, im nächsten Jahrtausend. Die Fischgründe vor der Küste Namibias sind binnen fünf Jahren vollständig überfischte worden, so daß die Fangergebnisse im letzten Jahr weniger als ein Drittel des Jahres 1980 betragen.

(1) Zitiert nach Materialien zur Öffentlichen Anhörung der Grünen "Bundesrepublik Deutschland und Namibia, Stand der Beziehungen und Perspektiven für die Unabhängigkeit". Weitere Quellenhinweise: Facts and Reports, Ausgaben F, J, L, U, Y, Z 1985; Informationsdienst Südliches Afrika Nr. 5/85 – (uld)

* Veröffentlichungen *

Katholische Soziallehre als gewerkschaftliches Leitbild?

"Die Gewerkschaften der Zukunft werden zunehmend heterogen zusammengesetzte Interessengemeinschaften innerhalb unserer pluralistischen Gesellschaft sein", schreibt Döding, Vorsitzender der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, angesichts eines sinkenden Arbeiteranteils und versucht eine "mitgliederorientierte Interessenpolitik" zu entwickeln, "die den gesamtwirtschaftlichen Interessen Rechnung trägt". Ins Auge fällt, daß der gewerkschaftliche Kampf gegen Niedriglöhne, die im Bereich NGG nicht selten sind, auf der Strecke bleibt. Der Verfasser geht zwar davon aus, daß "immer noch viel zu viele Arbeitnehmer ihren Arbeitstag bei ungünstigen Zeiteinteilungen, Streß, Monotonie und Zerstückelung der Arbeitsabläufe verbringen müssen", aber die Entwicklung einer "qualitativen Tarifpolitik" unter der Losung "Freizeit statt Erschwerniszuschläge", ohne die Lohnansprüche der schwer Arbeitenden und gering Verdienenden zu formulieren, trägt gerade den Interessen letzterer nicht Rechnung. Positiv ist anzuführen, daß von Döding die Arbeitszeitflexibilisierung samt flexible Teilzeitarbeit, Kapovaz und Job-Sharing als Unternehmerstrategie angegriffen, der Blümsche AZO-Entwurf abgelehnt und eine gesetzliche 40-Stundenwoche eingefordert wird. Einen bitteren Beigeschmack erhalten Dödings, Ausführungen insbesondere durch seinen ständigen Rückgriff auf die katholische Soziallehre und einen "ökonomischen Humanismus" als Begründungszusammenhang. (G. Döding, Die neuen Aufgaben der Gewerkschaften, Verlag Bonn Aktuell, Sept. 85, 19,80 DM — mio)

H. Wehner über SPD und Christentum

Da die SPD verstärkt hervorhebt, daß gerade mit christlicher Begründung es richtig sei, SPD zu wählen, hat die im letzten Jahr erfolgte Herausgabe von Schriften, Reden und Interviews Herbert Wehners "zum Verhältnis Sozialdemokratie und Kirchen" eine aktuelle politische Funktion: "Nächstenliebe" contra Entwicklung der politischen Organisation von Klasseninteressen der Arbeiterklasse, als Beitrag für Raus Politik des "Versöhnens". Welch bedeutende Rolle die "Neuorientierung der Sozialdemokratie" im Verhältnis zu Kirche und Religion nach 1945 hatte, um sozialistische Positionen praktisch und theoretisch beseitigen zu helfen und die reformistische Verankerung der SPD zu vertiefen, machen Wehners Berichte klar.

Erfahrungen mit der faschistischen

Diktatur anführend und antikommunistisch gerichtet gegen "Illusionen über die Diktatur des Proletariats" hatte der damalige SPD-Vorsitzende Schumacher sich nach 1945 gegen sozialistische Bindungen der SPD gewandt und die Bergpredigt als eine Quelle für die Politik der SPD eingeführt. Wehner, der 1943, nach seinem Austritt aus der KPD, wieder Mitglied der Kirche geworden war, danach der SPD, und der, wie er erklärte, zeit seines Lebens sich von der Bergpredigt leiten ließ, begann mit anderen eine "Grundsatzarbeit", die sie auf das Godesberger Programm (1959) hinführten. Wehner betonte dabei ein Ziel, daß die SPD keine "Weltanschauungspartei" mehr sein solle, sondern eine Partei, in der mit verschiedenen Begründun-



H. Wehner dankte dem Kanzlerkandidaten der SPD, J. Rau, nachdem dieser in Ahlen sein Programm des "Versöhnens" vorgetragen hatte.

gen für politische Forderungen eingetreten werden könne. Damit war vom Programm-Fundament her verworfen, daß die Arbeiterbewegung aus der historisch-materialistischen Analyse die politischen Zielsetzungen festlegt. Über die programmatische Betonung der christlichen Ethik als eine der Wurzeln der Sozialdemokratie gelang der SPD, Teile der "Mittelschichten" als Wähler zu gewinnen, konservative Bindungen der Kirchen zu lockern. Mit dem süßlichen Kleister der "Nächstenliebe" trachtete die SPD danach, die Gegensätze in der Klassengesellschaft zuzukleben. Mit einer christlichen Nächstenliebe, die für die Rechte der Deutschen unter dem "bolschewistischen Unrechtsregime" eintreten müsse, argumentierte H. Wehner gegen die völkerrechtliche Anerkennung der DDR und gegen die Anerkennung der polnischen Grenzen. (H. Wehner, Christentum und Demokratischer Sozialismus. Beiträge zu einer unbequemen Partnerschaft; Hrsg.: R. Reitz; Dreisam Verlag, Freiburg 1985; 28 DM — gba)

Schadstoffe und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz

Wer eine Übersicht über die gesetzlichen Bestimmungen, Rechte der Gewerkschaften und Betriebsräte sowie die Rolle der Berufsgenossenschaften bei der Arbeit mit gesundheitsschädlichen Stoffen sucht, findet in der vorliegenden Studie nützliche Hinweise. Sie stellt kritisch die staatlich erfaßten und festgelegten Grenzwerte über Schadstoffkonzentration dar, skizziert den Arbeitsschutz in den Betrieben und die Rolle und Aufgabe der Arbeitsmediziner in der BRD und vergleicht die westdeutschen Normen und Methoden mit dem Vorgehen in anderen europäischen Staaten, den USA und der UdSSR. Zwei Dokumenten-Anhänge enthalten die entsprechenden westdeutschen Gesetze, Positionen und Forderungen aus dem DGB und statistisches Material, sowie eine Adressen- und Zeitschriftenliste für die aktuelle Information. Die Studie ist im Auftrag des Öko-Instituts Freiburg verfaßt und bietet Anhaltspunkte für ein gemeinsames Vorgehen von Gewerkschaften und Grünen. (Fritz Kalberlah, Acht Stunden täglich, Schadstoffe und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, Öko-Institut Freiburg, Dreisam-Verlag 1983, 7,80 DM — uld)

Ächtung der Giftwaffen

Unter dieser Forderung sind einige Referate zu einem Taschenbuch zusammengefaßt, die im November 1984 auf dem Kongreß "Verantwortung für den Frieden" gehalten wurden. Die Verfasser sind Naturwissenschaftler, Gewerkschafter und Juristen mit ziemlich unterschiedlichen politischen Interessen. Einig sind sie sich darin, daß sie biologische und chemische Waffen als inhuman ablehnen. Überzeugend sind die Passagen des Büchleins, in denen biologische und chemische Waffen als Massenvernichtungswaffen denunziert und das völlige Verbot ihrer Herstellung, Lagerung und ihres Einsatzes gefordert wird. Die Wissenschaftler weisen auch nach, daß das von den "Abrüstungsexperten" der NATO in den Vordergrund geschobene "Problem der Kontrolle der Nichtherstellung" dieser Waffen lösbar ist.

Welche Interessen dafür verantwortlich sind, daß die westlichen Imperialisten mit der Produktion von binären chemischen Kampfstoffen beginnen, die sich vom Anwender erheblich leichter handhaben lassen als die bisherigen Kampfstoffe, oder warum sich auf dem Gebiet der BRD die größte Dichte von Giftwaffen befindet, muß der Leser sich leider im wesentlichen selbst zusammenreimen. Einige Aufsätze geben dafür jedoch nützliche Hinweise. So werden zum Beispiel die gängigen Anschul-

digungen, die Sowjetunion würde biologische Waffen produzieren und weitergeben, schlüssig widerlegt. Welchen militärischen Wert Giftwaffen haben, ist umstritten. Einige Aufsätze weisen jedoch darauf hin, daß die deutschen Imperialisten im ersten Weltkrieg Giftgas eingesetzt haben, um den festgefahrenen Stellungskrieg wieder in einen Bewegungskrieg umzuwandeln. Diese Absicht sei gescheitert. Militärischen Nutzen könnten Giftwaffen nun allerdings neuerlich im Rahmen des "air-land-battle-Konzepts" für Schläge in die Tiefe des feindlichen Raumes entfalten.

(Dosch/Herrlich (Hrsg.), Ächtung der Giftwaffen – Naturwissenschaftler warnen vor chemischen und biologischen Waffen, Fischer Taschenbuch 4 268; 7,80 DM – clm)

Gesundheitsregeln und Gesundheitsschutz

Mit diesem Titel gibt die Gesellschaft für Arbeitsschutz und Humanisierungsforschung eine Studie zur Verbesserung der gewerkschaftlichen Aktivitäten zu Bildschirmarbeitsplätzen heraus. Eine der Stärken der Studie ist dabei, daß nicht nur die Arbeit am Bildschirmgerät selbst in die Untersuchung einbezogen ist, sondern der Zusammenhang zum EDV-System hergestellt ist und damit der gesamte Arbeitsablauf, wie z.B. das Tempo oder der Aufbau der Bildschirmdialoge, in die Untersuchung einbezogen ist.

Ausgangspunkt ist eine Darstellung der rechtlichen Möglichkeiten der Betriebsräte bei der Gestaltung von Bildschirmarbeitsplätzen. Die gesundheitlichen Auswirkungen werden im Einzelnen untersucht. Vorgestellt werden Ergebnisse zur Beanspruchung der Augen, des Stütz- und Bewegungsapparates, Beanspruchung der Psyche, Unter- und Überforderungen, Mehrfachbelastungen und Langzeitfolgen. Darauf aufbauend wird von der Verfasserin ein Regelwerk zur Veränderung und Weiterentwicklung bestehender DIN-Normen, Regeln der Sicherheitstechnik und gesetzlicher Verordnungen entwickelt. Mit einer Prüfliste für Arbeitsplatzbegehungen soll Betriebsräten abschließend ein Planungsinstrument zum Arbeitsschutz bei Bildschirmarbeitsplätzen in die Hand gegeben werden.

Dem Anspruch der Studie, einen Beitrag zur "Erarbeitung und Erprobung verbesserter gewerkschaftlicher Strategien in der Betriebspolitik, in der Tarifpolitik und Gesellschaftspolitik" zu leisten, wird sie damit aber nur sehr begrenzt gerecht. (Annegret Köchling, Bildschirmarbeit – Gesundheitsregeln und Gesundheitsschutz, Reihe Hans-Böckler-Stiftung Wissenschaft im Arbeitnehmerinteresse Bd. 3, Bund-Verlag, 24,00 DM – ull)

Entgelttarifvertrag Chemie

Können die Chemiekapitalisten Lohnsenkung und stärkere Differenzierung durchsetzen?

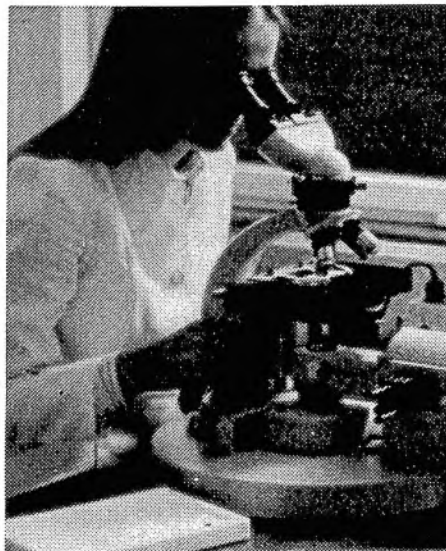
Seit nunmehr fünf Jahren verhandelt die IG Chemie-Papier-Keramik mit dem Bundesarbeitgeberverband Chemie (BAVC) über die Einführung eines bundesweit geltenden Entgelttarifvertrags für die chemische Industrie. Der Entgelttarifvertrag soll die bisher in getrennten Lohn- und Gehaltstarifverträgen geltenden Kriterien einer getrennten Bewertung und Eingruppierung von Arbeitern und Angestellten aufheben. Gegenwärtig gibt es z.B. in Niedersachsen vier Lohngruppen, je acht kaufmännische und technische Gehaltsgruppen sowie fünf Meistergruppen, insgesamt also 25 verschiedene Lohn- und Gehaltsgruppen. Diese sollen nach dem Verhandlungsvorschlag der IG Chemie in zwölf Entgeltgruppen zusammengefaßt werden nach einem summarischen Bewertungssystem (siehe Kasten). Die Chemiekapitalisten verfechten inzwischen einen Tarifvertragsentwurf mit 13 Entgeltgruppen. Zunächst hatten sie 20 Gruppen vorgeschlagen. Die nächste Verhandlung wird am 9. Januar stattfinden, also nach Redaktionsschluß.

Neben der "Durchsetzung eines tarifrechtlich einheitlichen Arbeitnehmerbegriffs" geht es der IG Chemie insbesondere darum, daß Arbeiten mit gleichwertiger Berufsausbildung oder gleichartiger Tätigkeit gleich entlohnt werden. Dies ist gegenwärtig bei Facharbeitern/Handwerkern mit dreijähriger Ausbildung einerseits und Kaufleuten oder Technikern mit dreijähriger Ausbildung andererseits überhaupt nicht der Fall. Dieser "Verzahnungsbereich" ist das Kernstück des Entgelttarifvertrags. Er steht ge-

genwärtig zur Debatte. Dabei handelt es sich um tarifliche Einkommensunterschiede von zwischen ca. 600 und über 1000 DM, die allerdings über das Zulagenwesen beim effektiven Bruttolohn oft geringer sind.

Auch die Chemiekapitalisten sind mit den gegenwärtigen Lohn- und Gehaltsgruppen nicht zufrieden. Während sie bei der Arbeitszeit schon weitgehende Flexibilisierungen, wie beispielsweise Schichtarbeit rund um die Uhr, erreicht haben, ist ihnen der Rahmen der Lohngruppen sowohl quantitativ (zwischen vier und sieben je nach Bezirk – z.B. in Niedersachsen vier Lohngruppen zwischen 11,94 DM und 13,71 DM) als auch qualitativ zu eng und hinderlich. Bei schneller Veränderung einer flexibel ausgerichteten Produktion sollen immer die entsprechend qualifizierten, möglichst "angemessen" niedrig bezahlten Arbeitskräfte an der jeweils entsprechenden Stelle im Produktionsablauf eingesetzt werden. Die traditionellen Prämienformen reichen dafür nicht aus; sie sind nicht mehr in der Lage, den für eine optimale Kapitalverwertung notwendigen Arbeitskräftebedarf zu sichern, da die in ihnen enthaltenen Größen nicht in ausreichendem Maß den Arbeits- und Qualitätsanforderungen zuzuordnen sind. Hohes Maß an Unübersichtlichkeit und entsprechende Schwierigkeit in der Personal- und Personalkostenplanung sind zwangsläufige Folgen. Stärkere Differenzierung und Flexibilisierung sind Ziele der Chemiekapitalisten.

Die IG Chemie schreibt in der "gewerkschaftspost" vom Dezember 1985 zu den Verhandlungen am 12.11.85:



Vergleichbare Tätigkeiten, z.B. nach gleichlanger Ausbildung, sollen zukünftig in einer Entgeltgruppe zusammengefaßt werden.

"Es gab weitere Annäherungen in der Definition und Beschreibung und der Einordnung der bisherigen Lohn- und Gehaltsgruppen in die neu zu schaffenden Entgeltgruppen." Eine solche positive Wertung überrascht (sie scheint der Feder des IG-Chemie-Tarifexperten Mettke entsprungen, der den Entgelttarif als sein "Lebenswerk" betrachtet), denn die Chemiekapitalisten scheinen sich einen möglichen Kompromiß wie folgt vorzustellen:

1. Die Facharbeiter sollen nur einen Teil der geforderten Erhöhung des Tariflohns (zumeist Absicherung der höheren Effektivlöhne) bekommen. Bei den Facharbeitern findet zudem ein starker Differenzierungsprozeß statt. "Zwischengruppen" und "Berufsanfängergruppen" als Aufspaltung des Entgelts für Facharbeiter (E 5) lehnte die IG Chemie bisher ab. Hier sind Zugeständnisse im Gespräch. Die höchste für Facharbeiter zu erreichende Entgeltgruppe (E 7) soll nach Vorstellungen des BAVC neben Laboranten nur für Meß- und Regeltechniker und bei dreijähriger Berufsausbildung plus am Arbeitsplatz benötigter Fremdsprache (also Facharbeiter/Handwerker ausgeschlossen) zu erreichen sein.

2. Entsprechend sollen Angestellte in den Gruppen K₃, T₃, K₄, T₄ (bei z.B. acht Gehaltsgruppen wie in Nds.) eine Gehaltssenkung kassieren, da sich Facharbeiter/Handwerker und Kaufleute/Techniker mit dreijähriger Ausbildung nach Vorstellung der Chemiekapitalisten sozusagen auf der Mitte der bisherigen tariflichen Differenz treffen sollen. Neueinstellungen würden diese Gehaltssenkung sofort spüren, die bisher in K₃/T₃/K₄/T₄ Eingruppierten nach einer sog. Besitzstandswahrung und Anrechnung auf die Tarifierhöhung der nächsten Jahre erst etwas später. In diesem Bereich würde es sich um Gehaltssenkungen von ca. 300 bis 500 DM handeln.

3. Die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen sollen im Rahmen des Entgelttarifs nicht erhöht werden, sondern stagnieren. Durch Anhebung der Facharbeiterlöhne würde die Spanne der unteren Löhne und Gehälter zum "Ecklohn", die die IG Chemie in den siebziger Jahren durch Beseitigung der "Leichtlohngruppen" verringern konnte, wiederum erheblich steigen. Außerdem wollen die Chemiekapitalisten im Bereich der "Angelernten" und "Ungelernten" stärker differenzieren. Hier bestehen gegenwärtig in Niedersachsen drei Lohngruppen, in anderen Tarifbezirken vier. Nach dem Vorschlag des BAVC sollen es in Zukunft fünf (!) Entgeltgruppen unterhalb des Facharbeiters mit dreijähriger Ausbildung sein.

Zeigen schon die drei aufgeführten Punkte, daß sich die IG Chemie für das Linsengericht eines "tarifrechtlich

einheitlichen Arbeitnehmerbegriffs" und höheren tariflich abgesicherten Facharbeiterlöhnen keinesfalls auf einen Tarifkompromiß mit obigen Verschlechterungen einlassen darf, so kommt noch folgendes hinzu:

Es ist inzwischen zu erwarten, daß ein möglicher Abschluß des Entgelttarifs im Rahmen eines "Pakets" zu einer wesentlich niedrigeren Tariflohnerhöhung im Sommer 1986 führen würde, als es die Lebensumstände der meisten Chemiebeschäftigten erfordern und es die Rekordgewinne und die wirtschaftliche Situation der Chemiekonzerne realistisch und auch durchsetzbar erscheinen lassen. Dann hätten insbesondere die unteren Einkommensgruppen "für den Entgelttarif" eine weitere Reallohnsenkung kassiert.

Wir wollen es an dieser Stelle nicht versäumen, noch einmal auf die Äuße-

rung des "Tarifexperten" Mettke vom Juli 1985 hinzuweisen, wo er in einem Streitgespräch mit FDP-Haussmann seine Bereitschaft erklärt hatte, einem niedrigen Sondertarif für Arbeitslose zuzustimmen, wenn diese nach einer bestimmten Frist auf normale Lohngruppen angehoben würden. Mettke steht gegenüber unteren Gewerkschaftsebenen zu dieser Äußerung, was auf eine Basis im Hauptvorstand schließen läßt. Jüngst hat Kirchner vom Bundesarbeitgeberverband Gesamtmetall diesen Vorschlag aufgegriffen. Ein solcher Niedrigtarif bleibt weiter im Gespräch und erfordert Wachsamkeit. Beschlußfassungen für kräftige Lohnerhöhungen in 1986 könnten da vielleicht vorbeugen. Quellen: Diverse Materialien der IG CPK; Nachrichtenheft des BWK "Chemische Industrie und andere" Woche 42 und 46/85; — (mio, edr)

Eingruppierungsmerkmale: analytisch oder summarisch?

Bei der Einführung neuer Lohngruppen (Entgeltgruppen) ist eine entscheidende Frage, nach welchen Merkmalen eingruppiert wird. Das Kriterium in den zuletzt abgeschlossenen Tarifverträgen ist die "Analytische Arbeitsplatzbewertung". Dies gilt für den ersten Entgelttarifvertrag im Bereich der IG CPK bei der ESSO AG in Hamburg von 1975 ebenso wie für das Hoechst Monatslohnsystem von 1974.

Grundlage bildete der 1967 abgeschlossene Lohnrahmentarifvertrag I in Baden-Württemberg, der jetzt erneut zur Verhandlung ansteht. Grundgedanke dabei ist es, die Entlohnung an den Anforderungen und Belastungen der Arbeit auszurichten, den Arbeitsplatz in seine einzelnen Abläufe angeblich wissenschaftlich zu zerlegen, die 'analytisch' festgelegten Arbeitswertgruppen nach Können, Belastung, Verantwortung, Umgebungseinflüssen unterschiedlich hoch zu gewichten, wobei z.B. 'Verantwortung' hoch, 'schwere Arbeit' und 'Dreck' niedrig eingestuft sind. Fällt nun durch Rationalisierung oder Automatisierung ein Merkmal weg, weil beispielsweise ein Aufzug oder ein Rechner eingesetzt wird (subjektiv gesehen die Arbeit vielleicht nerviger macht), hat dadurch der Arbeitsplatz weniger Arbeitswerte und wird folglich geringer eingestuft.

Diese Tatsache hat selbst den IG-Metall-Funktionär Steinkühler zu kritischen Überlegungen gegenüber seinem "Jahrhundertergebnis Lohnrahmen I" bewegt. Auch bei Arbeitswissenschaftlern ist inzwischen anerkannt, daß weder Höhe der Anforderungen noch Belastungen oder

Verantwortung wissenschaftlich exakt gemessen werden können. Damit dürfte auch ihr Versuch gescheitert sein, die Arbeit des Menschen "als Naturwissenschaft" zu betreiben mit dem Ziel, die Ergebnisse der Lohneingruppierung unangreifbar zu machen.

Die Erfahrungen mit der Analytischen Arbeitsplatzbewertung haben bei der Diskussion in der IG CPK um einen Entgeltrahmentarifvertrag dazu geführt, sich für das summarische System auszusprechen (Beschluß auf dem Gewerkschaftstag 1984). Danach sollen für die Eingruppierung bei Arbeitern ebenso wie bei Angestellten die Merkmale 'auszuübende Tätigkeit, erforderliche Qualifikation, Berufserfahrung, psychische und physische Belastung' summiert werden. Der gewerkschaftliche Vorschlag für die Entgeltgruppe 7 sieht z.B. folgendermaßen aus:

"Arbeitnehmer, die Tätigkeiten verrichten, für die eine über Entgeltgruppe 5 hinaus zusätzliche Berufserfahrung von drei Jahren notwendig ist, oder Arbeitnehmer, die über die Entgeltgruppe 5 (dreijährige Berufsausbildung) Spezialkenntnisse erworben haben, oder Arbeitnehmer ohne eine entsprechende fachgerechte Berufsausbildung, die aufgrund mehrjähriger Erfahrung eine vergleichbare Tätigkeit ausüben."

Weil sich die Bezahlung bei einem solchen Vorschlag auch an Kenntnissen und angeeigneter Erfahrung des Arbeiters orientieren würde, könnten z.B. bei Arbeitsplatzveränderungen Abstufungen im Lohn zumindest auf direktem Wege nicht vorgenommen werden. Die Entgeltgruppen würden durchlässiger nach oben. Höhere Entgeltgruppen wären auch ohne abgeschlossene Berufsausbildung zu erreichen.

Skin-Heads ermorden türkischen Arbeiter

Hamburg. Mehr als 20 Skin-Heads haben am 21.12. einen türkischen Arbeiter gejagt, vor ein Auto getrieben und anschließend so brutal zusammengeschlagen, daß er einige Tage später im Krankenhaus starb. Auch nach diesem zweiten von Skin-Heads begangenen Ausländermord in Hamburg bestreiten die bürgerlichen Parteien unisono den rassistischen, ausländerfeindlichen Charakter dieser Organisation, deren Mitglieder in Hamburg teilweise mit der neofaschistischen FAP (Freiheitliche deutsche Arbeiterpartei und Nachfolgeorganisation der verbotenen ANS/NA) identisch sind. Speziell diese Skin-Head-Gruppe terrorisiert seit mehreren Jahren ausländische Jugendliche in Wandsbek und Billstedt. Verschiedene türkische Vereine und Organisationen in Hamburg verweisen in einer gemeinsamen Erklärung darauf, daß dieser Mord das Ergebnis der staatlicherseits betriebenen Ausländerpolitik ist, verlangen u.a. von den Gewerkschaften ein entschiedenes Vorgehen gegen Rassismus und rufen zusammen mit dem Deutsch-Ausländischen Aktionsbündnis (DAAB) zu einer Demonstration am 11.1. auf. — (mek)

Aktionen für Boykott südafrikanischer Waren

Frankfurt. Bereits am 5.11.85 hatte der Vorstand der HBV-Bezirksverwaltung Frankfurt an die Lebensmittelhandelsketten SCHADE, REWE und coop die Aufforderung gerichtet, den Verkauf südafrikanischer Waren einzustellen. Die betreffenden Geschäftsführungen lehnten vor allem mit dem Hinweis auf Verbraucherswünsche ab; die Kunden wünschen eben südafrikanisches Frischobst im Winter. An diesem Argument ansetzend begann die Evangelische Frauenarbeit mit Unterschriftensammlungen vor den Filialen von coop und SCHADE. Vor und in den Geschäften wurden Kunden auf die Verhältnisse in Südafrika angesprochen. Die Kunden reagierten aufgeschlossen, und viele erklärten durch Unterschrift ihre Bereitschaft, auf südafrikanische Waren zu verzichten. Der Schwerpunkt des angestrebten Boykotts liegt auf Frischwaren, da Konserven in der EG nicht mehr nach Herkunftsländern ausgezeichnet werden müssen. Die Aktionen sollen mit einer "Boykottwoche" Ende April einen Höhepunkt erreichen. Bis zum 16. Juni (10. Jahrestag des Schüleraufstandes von Soweto) werden Unterschriften gesammelt und dann den Geschäftsleitungen der Handelsketten übergeben. Die Frankfurter Aktionseinheit gegen Apartheid unterstützt die Aktionen mit einem Materialblatt, in dem ausführlich auf Anti-Boykottargumente eingegangen wird. — (thz)



Aichach. Rund 4000 Leute aus dem Landkreis Aichach-Friedberg demonstrierten vor dem Sitz der Regierung von Schwaben in Augsburg gegen die CSU und den Müllunternehmer Mannert. Die Transparente: "Hat Mannert die Regierung von Schwaben gekauft?", "Mannert im Land ersetzt die würgende Hand", "Freies Gift für freie Bürger", "Jedem Politiker eine Villa am Müllberg". — (dil)

Einigung gegen Kandidatur von Faschisten wächst

Kiel. In Kiel haben sich gegen eine mögliche Kandidatur der "Kieler Liste für Ausländerbegrenzung" oder anderer Faschisten zu den Kommunalwahlen zwei Aktionsbündnisse gebildet: die Initiative "Inländer – Ausländer", in der Teile der SPD, die GRÜNEN, die DKP und ihr nahestehende Kräfte und die Volksfront zusammenarbeiten, sowie die antifaschistische Aktionseinheit aus Arbeitskreis Asche-Prozeß, Autonomer Gruppe, BWK, FAU/R, ID Nord, KB, KPD und Volksfront. Einigkeit besteht bei beiden Aktionseinheiten in den Forderungen, eine Kandidatur von Faschisten zu verhindern und faschistische Organisationen aufzulösen. Die Initiativen "Inländer – Ausländer" planen eine Veranstaltung "KLA ins Rathaus? – Wir sagen Nein!" mit Schwerpunkten "Rassismus in Deutschland – historische Erfahrungen" und "Juristische Möglichkeiten gegen KLA und Neonazis", die antifaschistische Aktionseinheit ruft zu einer Demonstration am 30. Januar auf. — (hap)

Totalverweigerer Christoph Rosenthal erneut verurteilt

Elmshorn. Christoph Rosenthal, Totalverweigerer und Mitbegründer der "Initiative gegen die Wehrpflicht", ist vom Landgericht Itzehoe zu einer Gesamtstrafe von neun Monaten auf Bewährung wegen Fahnenflucht und fortgesetzter Gehorsamsverweigerung verurteilt worden. R. weigerte sich, der Einberufung in die BW Folge zu leisten und stellte sich dann im Rahmen einer Demonstration. In der Kaserne verweigerte er wochenlang den Gehorsam. Es folgte zunächst eine Verurteilung wegen Fahnenflucht zu acht Monaten. Kurz darauf wurde R. wegen "ernsthafter Gefährdung der militärischen Ordnung" aus der BW

entlassen. In einem weiteren Verfahren wegen Gehorsamsverweigerung wurde er zu 12 Monate auf Bewährung verurteilt. Das Landgericht senkte die Strafe auf neun Monate R. will Revision einlegen, weil er eine Doppelbestrafung wegen ein und derselben Gewissensentscheidung nicht hinnehmen will. — (thb)

Bauplatzbesetzung in Wackersdorf

Regensburg. Die Besetzung des WAA-Bauplatzes in Wackersdorf ab dem 14.12. dauert knapp 2 Tage, dann räumt die Polizei, nimmt 170 fest (Nötigung, Widerstand, Körperverletzung) und macht bei 869 Personalienfeststellung und erkennungsdienstliche Behandlung. Die GRÜNEN kündigen Anzeige an gegen den Einsatzleiter der Polizei wegen Körperverletzung im Amt. Innenminister Hillermeier veranlaßt disziplinarrechtliche Maßnahmen gegen den SPD-Landrat Schuirer wegen "grob verunglimpfenden Vorwürfen" gegen die bayerische Regierung in seiner Kundgebungsrede. Auf dem Bauplatz werden Baufahrzeuge blockiert, Baumstämme vernagelt (erschwert das Fällen) und Reifen von Polizeiautos beschädigt. Am 21.12. vorläufige Einstellung der Rodung. Besetzer errichten ein neues Hüttendorf. Vom 24.12. bis zum 1.1. sind zwischen 3000 und 5000 Menschen auf dem Platz. Bis zum 2.1. sind 1037 Personen vorübergehend festgenommen worden. Am 4.1. demonstrieren Platzbesetzer in einem Autokonvoi zu dem Amberger Gefängnis um die Freilassung von zwei Verhafteten zu erreichen. Einige von Ihnen besteigen dabei die Mauer des Gefängnishofes. Die Polizei nimmt am Gefängnis und beim Abmarsch der Demonstration mehr als 100 fest wegen "versuchter Gefangenbefreiung". Für den 7.1. hat die DWK die Fortsetzung der Rodungsarbeiten angekündigt. — (uth)

Niedersachsen

Rassismus und Revanchismus Propagandaschwerpunkte der FAP 1985

Braunschweig. Zur Verhinderung der Zunahme von Terroraktionen der faschistischen Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei im Hinblick auf die nds. Landtags- und Kommunalwahlen 1986 und ihrer Äußerungen über Funk und Fernsehen, stellten die Grünen im Dezember im nds. Landtag den Antrag, die "Voraussetzungen für ein Verbot der FAP mit dem Ziel zu prüfen, eine Entscheidung des Bundesrates herbeizuführen, beim Bundesverfassungsgericht einen Antrag auf Entscheidung zu stellen, ob die FAP verfassungswidrig ist". Heraus kam eine einstimmige Überweisung des Antrags an den zuständigen Ausschuß und eine Debatte, die der CDU Gelegenheit gab zu verkünden, der "Links-extremismus" sei in Verbotsüberlegungen einzubeziehen, zumal der

können wir verzichten – auf Schlesien nie", versuchten sie Kohls Rede auf dem "Schlesiertreffen" zu stören. Reaktionen des Publikums: "Gut wenn die Jungs Druck machen" bis "rauschschmeißen" (TAZ). Veranstaltet wurde die Propagandaaktion von der mit der FAP verbundenen "Volkstreuen Außerparlamentarischen Opposition (VAPO)"-Norddeutschland (Sitz Hannover). Zum Anlaß für Flugblattaktionen vor allem bei Veranstaltungen von "Vertriebenenverbänden" nahm die FAP auch den 8. Mai: "Kapitulation feiern – nein danke ... 40 Jahre Vertreibung und Landraub ... Teilung und Zerstückelung ... Besatzung und Fremdherrschaft". Eigene paramilitärische Aufzüge zu "Heldengedenkstätten" wie in Hannover-Herrenhausen verschafften ihnen zusätzliche

vember 1984 bestehenden FAP-Landesverband Niedersachsen in Hannover, deren erster Gründungsversuch im Juli 84 von einer breiten antifaschistischen Aktionseinheit verhindert werden konnte, wurden bisher weitere "Gau" in Uelzen, Göttingen, Hameln-Pyrmont, Ostfriesland und Wolfsburg gegründet.

Intensiviert wurde die Zusammenarbeit vor allem mit der paramilitärischen "Wiking Jugend", deren Bestehen laut Kühnen einen FAP-Jugendverband ersetzt. Gemeinsam treten sie als Schutztruppe bei faschistischen Veranstaltungen oder als Stoßtrupp gegen "alles was links ist" auf. Zuletzt traten sie zur von Antifaschisten verhinderten "Heldenehrung" der SS-HIAG am "Volkstrauertag" in Essel in Aktion. Die FAP stellt sich bewußt in die Tradition der SA. Dementsprechend führt sie paramilitärische Terroraktionen gegen Linke und Ausländer durch. Ohne inhaltliche Auseinandersetzung mit den ideologischen und propagandistischen Schwerpunkten der FAP werden solche Aktionen fälschlicherweise zur alleinigen Begründung von Verbotsforderungen. Dabei geraten Faschisten wie die NPD als scheinbar "gemäßigt" aus dem Blickfeld. Eine Möglichkeit, dieser Tendenz entgegenzuwirken, bietet die Kampagne der nds. Volksfront "Verbot jeglicher faschistischer Propaganda und Organisationen" zu den nds. Landtagswahlen 1986. – (jus)

WIR FORDERN:

**Abzug aller
fremden
Soldaten mit
ihren
Waffenarsenalen
aus den
deutschen
Teilstaaten
VIERZIG JAHRE
DANACH!**

FREIHEITLICHE DEUTSCHE ARBEITERPARTEI (FAP)



FREIHEITLICHE DEUTSCHE ARBEITERPARTEI (FAP)

Asylpolitik

**Sammellager durch neuen
CDU-Landrat durchgesetzt**

Elmshorn. Obwohl vom Pinneberger Kreisausschuß (CDU, SPD, FDP) am 10.3.82 ein Beschluß gefaßt wurde, sich um "geeignete Objekte" zu bemühen, ist dieser der einzige Kreis in Schleswig-Holstein, der die Sammellagerkonzeption des Landes bis vor kurzem nicht durchsetzen konnte. Nachdem das Kieler Sozialministerium die Standortsuche seit April forcierte, konnte der neue Landrat Alwes (CDU) jetzt gestützt auf den Kreistagsbeschluß vom 18.9.85 durch eine geheime Blitzaktion einen 10-Jahres-Mietvertrag mit dem Hamburger Jugendheim in Voßloch abschließen. Bei den vorherigen Standortauseinandersetzungen konnten die Gemeindevertreter in Moorege durch eine Nutzungsänderung des Wohnheims der Nordmarkwerke und in Halstenbek durch Druck auf den Anbieter der Landarbeiterkaserne, den Baumschulkapitalisten Pein, das Sammellager verhindern. Allerdings begründet und begleitet von ausländerfeindlichen und rassistischen Parolen.

Diesmal ist der Anbieter die Hansestadt Hamburg, und im Flächennut-

FAP-Propaganda anläßlich des "Schlesiertreffens" in Hannover im Juni 1985.

Neofaschismus "immer noch das kleinere Übel" sei. Es wurde nicht über Rassismus, Volksgemeinschaft und großdeutsche Kriegstreiberei debattiert, obwohl gerade das die ideologischen und propagandistischen Schwerpunkte faschistischer Organisationen wie der FAP sind. Die Tätigkeiten der FAP in Nds., seit der Mitgliedschaft Kühnens und anderer ehemalige ANS/NA-Anhänger, geben ausreichend Anlaß zu solcher Auseinandersetzung.

Die FAP nutzte alle möglichen Gelegenheiten zur Propagierung revanchistischer Großdeutschlandpläne. Besondere Vorbereitung ließen auch diese Faschisten dem "Schlesiertreffen" angedeihen. Flugblatt- und Plakataktionen rund um Hannover "gegen den Verzicht auf das deutsche Schlesien"; mit Transparenten und Parolen "Rot Front verrecke" und "Auf Kohl

Öffentlichkeit.

Rassismus propagiert die FAP-Frauenorganisation "Deutsche Frauenfront (DDF)" durch die "Reinhaltung des deutschen Blutes – gegen Ehen mit Ausländern". Zur Gründung der Ortsgruppe Hannover im April 85 verteilte sie in der Innenstadt Flugblätter gegen "die Verseuchung von Kindern durch Umweltschmutz und Mischehen". "Ausländer raus – unsere Jugend ist arbeitslos", "Deutsche Arbeitsplätze für deutsche Arbeitnehmer" (Bundestagswahlkampfparole der NPD 1976) und "Ausländer raus aus deutschen Schulen" sind rassistische Parolen der FAP. Sie werden in Form von Aufklebern und Plakaten schwerpunktmäßig in den "Gauen" verteilt. Ausgehend von Osnabrück, dem ersten "Gau" oder "Kreisverband" in Niedersachsen und dem seit No-

zungsplan ist es als Beherbergungsbetrieb ausgewiesen. Wichtig für das Zuschlagen des Landrats war aber auch der Kreistagsbeschluß vom 18.9. Die CDU stimmte mit ihrer absoluten Mehrheit den Antrag der SPD, kein Sammellager im Kreis zu errichten, nieder. Dabei verwies sie auf das sozial-liberale Asylverfahrensgesetz, und die SPD lieferte auch noch Argumentationshilfe. Den Einwand der SPD, in einer Massenunterkunft entwickelten die Asylbewerber kein Eigentumsdenken gegenüber ihrem Wohnobjekt, ergänzte die CDU – dies sei auch nicht notwendig, da durch das beschleunigte Verfahren 90% sowieso wieder zurückgeschickt werden. Demagogisch auch der Vergleich der FDP, die die isolierte Lage des Lagers als dezentrale Unterbringung verteidigte. Ärgerlich für die Kreisreaktion ist aber diesmal, daß die Gemeinde gegen das Sammellager protestiert, weil in das für 25 Jugendliche eingerichtete Haus 60 Asylsuchende rein sollen.

Es hat sich jetzt in Elmshorn ein Arbeitskreis gebildet, in den die DDF, FDF, Volksfront, das Ausländerprojekt und die WGE zusammen die rassistische Ausländerpolitik angreifen. Durch Unterstützung der Argumente, die im Interesse der Asylbewerber von der Gemeinde vorgebracht werden, sollen weitere Forderungen zur Verbesserung der Lage der Asylbewerber in die Auseinandersetzung gebracht werden. – (arr)

Wahlen Schleswig-Holstein CDU/FDP wollen Beseitigung staatlicher Versorgung

Kiel. CDU und FDP haben für die Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein am 2.3.1986 ihre Programme veröffentlicht. Brutal und offen sagen sie darin, wofür sie in den Wahlen ein Mandat erhalten wollen. Sie verlangen offensiv, daß Ansprüche an die staatliche und vor allem kommunale Versorgung zusammengestrichen oder ganz beseitigt werden. Die FDP will, "öffentliche Dienstleistungen, wo immer möglich und sinnvoll, von privaten Unternehmen durchführen lassen". Als wichtiges Beispiel erwähnt sie, daß Krankenhauspfllegesätze und Krankenhausfinanzierung so gestaltet werden sollen, daß private Häuser damit konkurrieren können. Sie fordert, daß private Krankenhäuser staatlich finanziert werden.

Statt Behandlung in Krankenhäusern, statt würdige Unterbringung in Altenheimen, statt Bereitstellung von Kinderkrippen und Kindergärten sollen die Leute "in die Lage versetzt werden, sich nach Kräften selbst zu helfen." Dafür will die CDU das "Soziale Bürgerprogramm" ausbauen. Mit diesem Programm hat die Landesre-

gierung schon jetzt einen großen Teil der Versorgung, der Pflege, Unterbringung, Betreuung und Beratung auf die ambulante Ebene abgeschoben. 1986 wird es um drei Millionen DM auf acht Millionen DM angehoben und soll 1987 auf zwölf Millionen DM aufgestockt werden. 1986 ist allein der Posten der Gemeindekrankenpflege, Hauspflege und Sozialstationen um eine Million DM angehoben worden. Arbeiten sollen so auf kostenloser Basis geleistet werden. "Hilfen durch Angehörige, Nachbarn und freie Träger haben Vorrang vor staatlichen Maßnahmen", steht dazu im CDU-Programm. Ziel ist die Umwandlung von Ansprüchen der Lohnabhängigen auf kommunale Versorgung in private Armenfürsorge.

Die so eingesparten Mittel wollen CDU und FDP dafür nutzen, "ein wirtschaftsfreundliches Klima in unseren Gemeinden" herzustellen. Sie versprechen, erschlossene Industriegebiete "unter zumutbaren Ansiedlungsbedingungen anzubieten" (CDU). Die FDP bietet an, "die wettbewerbsverzerrende und wirtschaftsfeindliche Gewerbesteuer ... schrittweise zu verringern und letztlich durch eine gerechte Besteuerung zu ersetzen".

Wieso sind CDU und FDP trotz dieser Zumutungen für die Lohnabhängigen in ihren Wahlaussagen relativ sicher, daß diese durch die Wahl bestätigt werden? Sie setzen auf die Stärkung des Eigentumsgedankens. Beide Parteien legen großen Wert darauf, "Existenzgründungen" zu erleichtern und durch "Mittelstandsförderungsprogramme" die Bindung dieser Schichten an das Eigentum zu festigen. An Stelle von sozialem Wohnungsbau will die CDU durch Förderung kostengünstiger Einfamilienhäuser "in Selbsthilfe" Bezieher niedriger Einkommen den Weg zum Eigentum eröffnen.

Vor allem die CDU propagiert "Sicherheit" und "Heimat". Sie will sich auf die Mobilisierung von Bundeswehr, Polizei, Freiwillige Feuerwehr und den zahlreichen Heimatvereinen stützen. – (kaq, clm)

Neonazis

Milde Urteile für NPD-Mitglieder

Bielefeld. Nach siebentägiger Gerichtsverhandlung wurden am 19.12. die beiden Neonazis Schönborn und Schubert durch das Bielefelder Landgericht zu 60 bzw. 40 Tagesstrafen verurteilt. Das Urteil aus der ersten Instanz wurde damit bestätigt. Das Gericht lehnte es ausdrücklich ab, die Bewährung gegen Schubert aus einem anderen Verfahren aufzuheben. Beide hatten ein

VVN-Mitglied brutal zusammengeschlagen, als es eine Versammlung der Jungen Nationaldemokraten in Gütersloh beobachten wollte. Bereits ein halbes Jahr vorher hatte ihm Schönborn – damals Kreisvorsitzender der JN, heute stellvertretender Kreisvorsitzender der NPD – angedroht, sein Kopf werde rollen. Das VVN-Mitglied hatte nämlich für mehrere Monate bei der JN zum Schein mitgearbeitet, um Informationen über deren Treiben zu bekommen. Dreh- und Angelpunkt der Anklage war die Aussage des VVN-Mitgliedes. Ansonsten gab es keine



Hetzpropaganda der JN.

Belastungszeugen. Dagegen standen die beeideten Aussagen von mehreren JN-Mitgliedern. Zur Verteidigung der JNler waren die Rechtsanwälte Rieger und Wormelstorf ange-reist. Rieger, der auch den ehemaligen ANS-Chef Kühnen verteidigt hat, ist ein bekannter Rassist und Revanchist. Er ist stellvertretender Vorsitzender der "Aktion Oder-Neiße" sowie Vorsitzender der "Gesellschaft für biologische Anthropologie", die vor allem den Rassismus propagiert. In seiner Verteidigung versuchte er – gestützt auf die Aussagen der JNler – die Anklage des VVN-Mitgliedes als frei erfunden darzustellen. Es ginge dem VVN-Mitglied als fanatischem Kommunisten darum, so auch der Angeklagte Schönborn, eine "Hetzkampagne gegen mich und die JN in Gang zu setzen, um mich wirtschaftlich zu ruinieren". Das Gericht und auch der Staatsanwalt zeigten durchaus hier und da Verständnis für die Faschisten, indem sie ihnen bei dem Angriff auf das VVN-Mitglied die Absicht unterstellten, sich gegen eine linke Übermacht wehren zu wollen. Da die "Übermacht" so offensichtlich nur aus einer Person bestand, mußte das Gericht wohl oder übel die Urteile bestätigen. – (roh).

Hamburg

Alleinerziehende Frauen: Ein Leben in Armut und sozialer Isolation

Hamburg. Die "Hamburger Leitstelle Gleichstellung der Frau" hat im Dezember 1985 eine Untersuchung "Alleinerziehende Frauen in Hamburg" veröffentlicht. Grundlage bildete der Mikrozensus 1982, eine Umfrageaktion in Hamburg Nord und zahlreiche Gruppengespräche.

In Hamburg zieht jede 6. Mutter ein oder mehrere Kinder unter 18 Jahre allein groß gegenüber jeder 10. im Bundesdurchschnitt. Ca. 60% dieser Frauen sind geschieden, je 20% verwitwet oder ledig.

Drastisches Kennzeichen der Lage der alleinerziehenden Frauen ist ihre Armut. "Der Betrag, den 81,3% der von uns befragten Frauen insgesamt monatlich zur Verfügung haben (sei es

mit Kindern: 38,5%, Bundesdurchschnitt: 33,3%). Ein Großteil der Frauen findet auch nach nur kurzfristigem Ausscheiden aus dem Beruf nur schlechter qualifizierte und schlechter entlohnte Arbeit. Un- und angelernte Frauen haben in Hamburg kaum noch Chancen auf einen Ganztagsarbeitsplatz, sie sind zunehmend in Teilzeitarbeit und/oder ungeschützte Arbeitsverhältnisse abgedrängt. Der Bericht zur Teilzeitarbeit: "Für die große Mehrheit der alleinerziehenden Frauen ist dies (Teilzeitarbeit, d. Red.) allerdings keine Alternative. Sie brauchen eine Situation, in der sie die Sicherung ihres Lebensunterhaltes durch Vollzeiterwerbstätigkeit vereinbaren können mit denen einer ent-

materielle Not noch zusätzlich. "Ich hab auch meine Interessen, aber ich kann sie mir nicht leisten." Der Sozialhilfesatz schließt Teilnahme am sozialen Leben sowieso aus, erst recht einen Kinobesuch, Kurzurlaub oder das Bezahlen eines Babysitters, wenigstens ab und zu. Gerade einmal im Monat kommen die befragten alleinerziehenden Sozialhilfeempfängerinnen durchschnittlich abends aus dem Haus.

Im Vergleich der Verteilung der gezahlten Mieten alleinerziehender Frauen mit Hamburger Haushalten insgesamt haben Alleinerziehende höhere Mietbelastungen. Ein hoher Prozentsatz dieser Frauen lebt in Stadtrand siedlungen mit wenigen Einkaufsmöglichkeiten, schlechten Verkehrsverbindungen, kaum Kneipen, Kino usw.

In Hamburg sind letztes Jahr mehrere Babys ausgesetzt worden, zwei sind verhungert, weil ihre alleinstehenden Mütter durchgedreht sind. Bürgerliche Psychologen nennen das "unerklärlichen Ausfall des Mutterinstinkts" und schreien nach dem Ausbau der Spitzeltätigkeit des Sozialamtes.

Die Leitstelle kommt in ihrem Bericht zu dem Schluß: "Alleinerziehende sollten als eine mögliche Form der Familie anerkannt werden, die sowohl Frauen als auch Kindern Entwicklungsmöglichkeiten bietet, die nicht besser oder schlechter sind als die, die Familien mit beiden Eltern ermöglichen." In einem Forderungskatalog verlangt die Leitstelle u.a.:

- Erhöhung sowohl der Regelsätze als auch der Sonderleistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG);
- Einführung einer Kleidergeldpauschale anstelle von Einzelanträgen;
- keine Anrechnung des Kindergeldes auf BSHG-Leistungen;
- Erhöhung des Anspruches auf Kinderpflegegeld für Alleinerziehende auf mindestens 10 Arbeitstage;
- bessere Anpassung der Organisation von Schulen und Kindertagesheimen an die Bedürfnisse von Alleinerziehenden;
- Fortzahlung von Sozialhilfe für Alleinerziehende bei Umschulungsmaßnahmen etc.

Der Bericht vertritt die Interessen alleinerziehender Frauen. Ein "Sonderförderungsprogramm" erscheint aber völlig überflüssig. Soweit das Programm, Erleichterungen bei der Kinderbetreuung fordert, umfaßt es die Interessen aller lohnabhängigen Frauen, soweit es um Leistungen nach dem BSHG geht, ebenfalls. Eine grundsätzliche Verbesserung der materiellen Lage alleinerziehender Frauen ist sowieso nur möglich im Rahmen gewerkschaftlicher Kämpfe um Anhebung der Frauenlöhne.

Quellenhinweis: "Alleinerziehende Frauen in Hamburg", Berichte und Dokumente Nr. 737 v. 16.12.85 – (mek)



als Erwerbseinkommen, Unterhalt, Sozialhilfe oder als Kombination dieser verschiedenen Einkommensquellen), liegt in nächster Nähe zum Sozialhilfesatz bzw. deckt sich damit" (Bericht, S. 3). So haben 37,7% aller alleinerziehenden Frauen weniger als 1200 DM monatlich zur Verfügung. Und – entgegen der bürgerlichen Propaganda von der "Ungerechtigkeit" beim Unterhaltsgesetz – erhalten nur 40% aller Alleinerziehenden überhaupt Unterhalt für sich und/oder ihre Kinder, die Leistungen der Unterhaltsvorschußkasse schon eingerechnet. Auch durch Lohnarbeit verdient die Hälfte aller alleinerziehenden erwerbstätigen Frauen nicht oder nur wenig mehr als ihnen an Sozialleistungen sowieso zustehen würde. Dabei ist die Erwerbsquote der alleinerziehenden Frauen mit 65,4% extrem hoch (Hamburger Durchschnitt bei Frauen

lastenden, das heißt verlässlichen und qualitativ gut gestalteten Kinderbetreuung." (Bericht, S. 13)

46,5% aller alleinerziehenden Haushalte erhalten Sozialhilfeleistungen, 24% müssen ausschließlich davon leben. "Ich habe gemerkt, daß dieses materiell nicht abgesichert sein unheimlich auf das Lebensgefühl drückt." "Es ist wirklich traurig, wenn einem so vorgerechnet wird, wieviel man Essen und Trinken darf." "Ich mag nicht mal um ein größeres Kinderbett fragen, obwohl die Kleine gar nicht mehr ausgestreckt darin liegen kann. Ich mag nicht fragen."

Die meisten alleinerziehenden Frauen fühlen sich sozial isoliert. Nach Lohnarbeit, Kinderbetreuung und Haushaltsführung fehlen ihnen Zeit und Kraft für andere Interessen. Bei den Frauen, die ausschließlich von Sozialhilfe leben müssen, isoliert die

"Altes Kaufhaus"

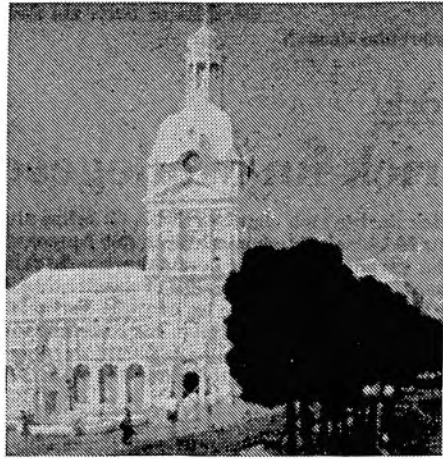
Renditeobjekt oder Sozialinvestitionen?

Mannheim. Mitten im Stadtzentrum befindet sich auf dem Quadrat N 1 ein Parkplatz, darunter ein Zivilschutzbunker mit 1600 Plätzen. Bis 1943 stand hier das barocke "Alte Kaufhaus". Zweimal fanden seither Architektenwettbewerbe für eine Neubebauung mit entsprechend hochdotierten Preisen statt – bis am 20. 12. 1983 der frischgebackene Oberbürgermeister Widder (SPD), nachdem insgesamt schon 20 Mio. DM auf N 1 verpulvert waren, den Gemeinderat den Abbruch der Planungen für ein Stadthaus mit Stadtbücherei beschließen ließ, "im Hinblick auf die seit Jahren angespannte Haushaltslage".

Am 16. 12. 1984 ließ sich Widder dann in seiner pogrammatistischen Etschredede mit dem Versprechen vernehmen, mit allen Kräften die Voraussetzungen dafür zu schaffen, "daß auf dem Grundstück N 1 das alte Kaufhaus in seiner von den Bomben zerstörten Gestalt wieder aufgebaut werden wird" als Bauwerk mit "vorwiegend kommerziellen Nutzungen", das hauptsächlich von privaten Bauherren errichtet wird. Mittlerweile hatte sich nämlich eine "Bürgeraktion Altes Kaufhaus e.V." gegründet, eine vereinstümelnde Pressure-group, in deren Hintergrund bisher nicht öffentlich bekannte Investoren vermutet werden dürfen.

Als nun im Frühjahr 1985 die Landesregierung ein "Stadtqualitätsprogramm" für die Stadtkreise und Oberzentren auflegte zur "Steigerung der Urbanität und Attraktivität der großen Städte, Stärkung ihrer Wirtschaftskraft und Stärkung ihrer zentralen Funktion", beschloß der Gemeinderat auf Widders Vorschlag die Bewerbung um Gelder für N 1 als gemischt Öffentlich/privates Büro/Laden-Gebäude. 40 Mio. DM sagte die Landesregierung inzwischen zu – mit der Auflage, daß die Stadt aus ihren "leeren Kassen" mindestens 60 Mio. DM selbst dazuinvestiert.

Opposition regt sich: Die Grünen haben im Gemeinderat beantragt: "Die Maßnahmen werden zu einem Großteil auch auf die Stadtteile bzw. Außenbezirke erstreckt". Als zentrale Maßnahmen fordern die Grünen: ÖPNV-Ausbau, Radwegenetz, Modernisierung von Einfachstwohnungen, Bürgerhäuser, ein Bodensenstiegelungsprogramm, Lärmschutzmaßnahmen, Spielplatzsanierungen, Baumpflanzungen in der Innenstadt, Verkehrsberuhigte Zonen. Für N 1 fordern sie "Anlage eines kleinen Stadtparks mit Wasserfläche". Eine von den Grünen initiierte Unterschriftensammlung stellt u.a. fest: "Diese Absicht des Gemeinderates widerspricht den



Kommerzielle "Barockkommode" (Modellfoto) auf den N 1-Platz oder einen "Froschteich"?

Absichten des DGB Mannheim, Bau-Investitionen jetzt primär in den Umweltschutz fließen zu lassen ... In einer Situation knapper Finanzen müssen wir uns entscheiden, was dringender ist. Der Wunsch einer gutbürgerlichen Schicht nach einem Stück Vergangenheit oder die Wünsche anderer Schichten, die mehr Lebensqualität an ihrem Wohnort fordern. Wir fordern den Gemeinderat auf, seinen Beschluß zu N 1 zu revidieren und vorrangig über Investitionen im Umweltschutz und sozialen Bereich zu verhandeln."

Die DKP äußert sich im gleichen Sinn; eine Entfaltung der oppositionellen Kräfte scheint an diesem nicht unwichtigen Punkt möglich. – (tht)

Chemische Industrie

Conti-Vorstand bereitet 7-Tage-Woche vor

Hannover. Mitte November erschienen die hannoverschen Tageszeitungen mit Überschriften wie "Conti plant: Sonnabend und Sonntag arbeiten", den Arbeitern war davon nichts bekannt. Der Vorstand dementierte, es seien nicht die inländischen Werke gemeint, aber Nachdenken müsse doch erlaubt sein!

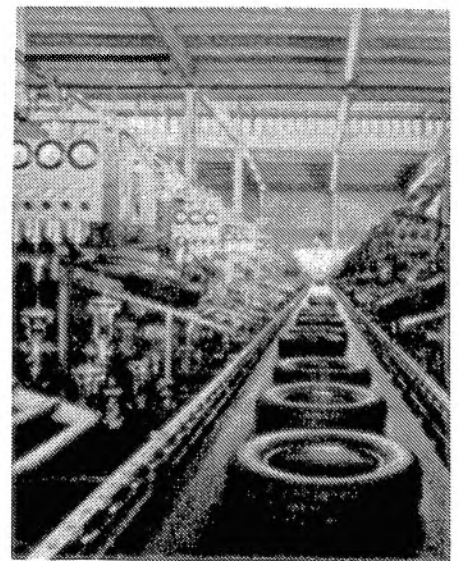
Gegenwärtig wird bei der Continental AG mit 15 500 Beschäftigten in drei Schichten an fünf Tagen gearbeitet. Im Conti-Konzern mit insgesamt 31 900 Arbeitern und Angestellten wird im Luxemburger Werk an sieben Tagen und in dem französischen Werk in Saargemünd an sechs Tagen gearbeitet. Als ersten Erfolg kann der Vorstand bereits verzeichnen, daß ab 1. Januar dieses Jahres im Werk Uniroyal Aachen die Frühschicht auch jeden Samstag antreten muß.

Auf den Betriebsversammlungen Anfang Dezember hat der Vorstand die Ausweitung der Arbeitszeit keineswegs im wesentlichen mit

zusätzlichen Arbeitskräften begründet, sondern: Der Umsatz der Conti-AG ist 1985 gegenüber dem Vorjahr um 13 Prozent gestiegen (bei in etwa gleicher Anzahl von Arbeitern und Angestellten). Für 1986 ist eine Steigerung von 9 Prozent geplant. Vor allem im Bereich der Reifenindustrie sind die Kapazitäten aber bereits jetzt mehr als voll ausgelastet. Der Vorstand plane Investitionen von 300 Mio. DM. Da mehr aus finanziellen Gründen nicht möglich sei, müsse "ruhende Kapazität" genutzt werden. Sonst tut es die Konkurrenz, während so Arbeitsplätze sicherer werden.

Durchsetzen will der Vorstand vollkontinuierliche Schichten offensichtlich mit Hilfe der Salami-Taktik. Erst ausgelöst durch die Presse eine breite Debatte, dann Abwinken, denn es soll nicht in ganzen Werken auf einen Schlag die Arbeitszeit ausgedehnt werden. Anfangen will der Vorstand in den Bereichen, wo die größten Engpässe existieren, wobei einiges dafür spricht, daß diese Engpässe gezielt herbeigeführt werden, indem notwendige Maschinerie nicht gekauft wird. Sicher ist auch, daß nicht gleich 21 Schichten gearbeitet werden, sondern erst 16 oder 17. Gleichzeitig wird bereits seit Monaten in vielen Bereichen samstags "auf freiwilliger Basis" gearbeitet.

Dieser Taktik der Geschäftsleitung setzt der Betriebsrat keinen Widerstand entgegen, wenn der Gesamtbetriebsrat an der Einführung der Samstagsarbeit in Aachen entscheidend kritisiert, daß damit erklärtermaßen keine Neueinstellungen vorgenommen werden! Ohne die Unterstützung des Betriebsrates wird es für die Beschäftigten schwierig, gegen die Pläne vorzugehen, wenn auch auf den Betriebsversammlungen mehr Arbeiter und Angestellte das Wort ergriffen haben und sich gegen die Wochenendarbeit ausgesprochen haben. – (gea)



Reifenabförderung aus der Heizung

Stilllegung Kaltwalzwerk Maxhütte

Langfristig nicht profitable Betriebsteile werden abgestoßen

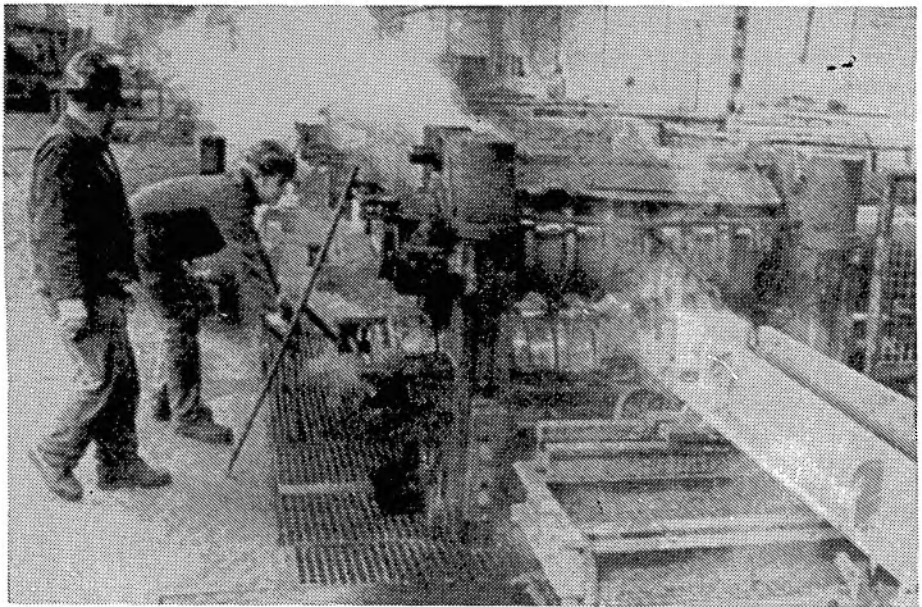
Regensburg. Ende September beschließt der Vorstand der Maxhütte, das Kaltwalzwerk in Maxhütte-Haidhof an Klöckner zu verkaufen. Man erwartet einen Erlös von 100 bis 150 Mio. DM, der zur weiteren Modernisierung des Profilstahlbereichs in Sulzbach-Rosenberg verwandt werden soll. Das Kaltwalzwerk selbst wirft zwar zur Zeit Profit ab, sei aber langfristig nicht konkurrenzfähig zu halten. Die Klöckner AG wird das Kaltwalzwerk stilllegen und dessen Produktionsquote ihrem Bremer Hüttenwerk zuschlagen. — Im Aufsichtsrat stimmen nur die Kapitalvertreter für diesen Plan. Belegschaft, Betriebsrat und IG Metall wenden sich strikt gegen den Verkauf. Dies sei der erste Schritt zur Schließung der ganzen Maxhütte. Protestkundgebungen werden durchgeführt in München vor dem Wirtschaftsministerium und in Schwandorf. Im Kaltwalzwerk arbeiten 720 Arbeiter. 244 von ihnen sollen nach dem Plan des Vorstands über den Sozialplan "ausgeschieden werden", insbesondere Arbeiter über 55 Jahre. 260 Arbeiter sollen nach Sulzbach-Rosenberg versetzt werden (etwa 55 km Entfernung), die anderen auf anderen Plätzen in Haidhof eingesetzt werden. Betriebsrat und IGM sind aber gleichzeitig für das geplante neue Strukturprogramm in Sulzbach. Sie schlagen zur Finanzierung den Verkauf des Grund- und Waldbesitzes der Maxhütte vor. Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Zustimmung zu diesem Verkauf zu versagen, die bisherigen Subventionen an die Maxhütte zurückzufordern und das Kaltwalzwerk selbst aufzukaufen. Die CSU-Fraktion lehnt eine Staatsbeteiligung ab. Anfang Dezember beschließt die Staatsregierung: das neue Investprogramm der Maxhütte mit zunächst 6,3 Mio. DM zu fördern. Die Vorstände der Maxhütte und von Klöckner werden aufgefordert, den Verkauf des Kaltwalzwerks rückgängig zu machen. Bisherige Fördermittel sollen einstweilen nicht zurückgefordert werden.

In den letzten Jahren

Seit Anfang der 70er Jahre wird bei der Maxhütte rationalisiert, umstrukturiert und die Arbeit enorm intensiviert: Mitte der 60er Jahre sind noch etwa 9500 beschäftigt, heute sind es 5800. Ein Schwerpunkt hierbei ist 1971 die Schließung des Siemens-Martin-Werks, des Blechwalzwerks und der Gießerei in Maxhütte-Haidhof, wodurch 1300 Beschäftigte wegrationalisiert werden. Nach sieben Jahren

Kurzarbeit folgen dann ab 1981 Schließungspläne und schließlich ein 279-Mio-DM Strukturprogramm zur Modernisierung. Es sieht als Kernstück eine Vorblock-Stranggießanlage vor, durch die die Umstellung auf 100% Strangguß erfolgen soll. Vorgeesehen ist dabei die "Einsparung" von 1000 weiteren Arbeitsplätzen und damit eine weitere brutale Intensivierung der Arbeit. Für dieses Programm werden der Maxhütte ca. 55 Mio. DM Fördermittel von Bund und Land zugesagt und nochmal weitere 19 Mio. DM

Gelder zurück. Der Maxhütte-Vorstand fährt eine Erpressungspolitik: Wenn ein Kredit der bayerischen Landesanstalt für Aufbaufinanzierung über 35 Mio. DM nicht termingerecht und bedingungslos gezahlt werde, könnten die Weihnachtsgelder für die Belegschaft nicht ausgezahlt werden. Ende Dezember wird auf Dreischicht-Betrieb umgestellt, die Stranggießanlage läuft Probe. Anfang 1984 wird sie eingeweiht. — Inzwischen hat Klöckner den Eschweiler Bergwerkverein (EBV) (Arbed) mit



Arbeit im Kaltwalzwerk der Maxhütte: Schichtarbeit, Unfallgefahr

Forschungsunterstützung je Bund und Land. 1983 gerät die Durchführung dieses Programms ins Stocken, nachdem die Stahlmoderatoren ihren Plan zur Konzentration der westdeutschen Stahlindustrie auf zwei große Monopole vorgelegt haben. Für die Maxhütte ist in diesem Plan die Einschränkung auf die Produktion von "leichten Profilen" vorgesehen, was auf die Schließung über kurz oder lang hinausläuft. Das bis jetzt andauernde "Sachern" um die Maxhütte beginnt. Die Belegschaft fordert mit Arbeitsniederlegungen und einer Großkundgebung mit 10000 in Burglengenfeld das Bestehenbleiben des Werkes. Die Staatsregierung wird aufgefordert, mindestens 50% der Anteile aufzukaufen. Das bayerische Wirtschaftsministerium verhandelt mit den Moderatoren und mit dem Klöckner-Vorstand über die weitere Durchführung der geplanten Investitionen. Im August 1983 erklärt sich Klöckner dazu bereit. In Anbetracht der ungeklärten Lage halten Bund und Land die vorgesehenen

15% am Kapital der Maxhütte beteiligt und dieses aufgestockt. Im März 1984 steigt auch der australische Konzern CRA bei der Maxhütte ein, Klöckner hat keine Aktienmehrheit mehr. Darauf werden der Maxhütte eigene Produktionsquoten zugeteilt. Im Oktober 1984 werden die Fusionspläne von Klöckner, Krupp und CRA bekannt. Dabei sollen u.a. die Georgsmarienhütte in Osnabrück und das Kaltwalzwerk der Maxhütte stillgelegt werden. Der Maxhütte-Betriebsrat sammelt 45000 Unterschriften. Strauß bezeichnet in einem Brief an Kohl die geplante Stilllegung als "politischen Skandal ersten Ranges". Im Juli 1985 wird das vorläufige Scheitern der Fusion bekannt. Die Stilllegung des Kaltwalzwerks ist damit keineswegs vom Tisch. Im Juli 1985 werden 90000 t flüssiger Rohstahl produziert, das ist die höchste Menge, die jemals auf der Maxhütte erschmolzen wurde, was mit der geringsten Anzahl von Beschäftigten geleistet wurde und auf die enorme Steigerung der Ausbeutung hinweist.

Rolle des Klöckner Konzerns

1976 kauft die Klöckner AG die Maxhütte vom Flick-Konzern. Das Ziel ist, für sich höhere Produktionsquoten zu erreichen und "Überkapazitäten" stillzulegen. Gesichtspunkte beim Beschluß des Strukturprogramms sind u.a. die Tatsache, daß die Maxhütte über eine eigene Erzgrube (Produktion 840000 Jahrestonnen) verfügt, und der Abnehmermarkt der Maxhütte im süddeutschen Raum. Den Stahlmoderatorenvorschlag begrüßt die Klöckner AG. Ihr Bestreben ist es, durch weitere Rationalisierungen, Stilllegung veralteter Anlagen, Zusammenfassung vorhandener Produktionsquoten ihre Ausgangsposition für die Profitproduktion zu verbessern. Dies um so mehr, als Ende 1985 das bisherige EG-Produktionsquotensystem endet und die westdeutschen Stahlindustriellen ihre bisher führende Position auf dem EG Stahlmarkt auch durch Verhinderung der staatlichen Subventionen (vor allem der Nachbarländer) sichern wollen.

Die Forderung nach Verstaatlichung

Diese Forderung wird von der SPD stets mit dem Argument "Rettung der Maxhütte" vorgetragen. Eine Stilllegung im Rahmen des Klöckner-Kahlschlags könne so verhindert werden. Verbunden ist das immer auch mit der vollen Unterstützung der staatlichen Subventionen an die Maxhütte, mit Vorschlägen an den Vorstand, wie man konkurrenzfähiger werden könnte, so wenn z.B. der SPD-Europapolitiker Dr. G. Schmid den Vorstand auffordert, mehr für den Export in Comeconländer und arabische Staaten zu tun. In bezug auf die Stärkung der Konkurrenzposition der westdeutschen Stahlindustrie, also auch der Maxhütte besteht keine grundsätzliche Differenz zur CSU. So gerät die SPD auch politisch in die Defensive, wenn die CSU-Politiker ihre Argumente gegen die Staatsbeteiligung vortragen: "Ist es denn so schwer zu begreifen, daß eine Staatsbeteiligung zunächst noch nichts daran ändert, daß die Stahlindustrie derzeit

unzureichende Erträge und gleichzeitig zu hohe Kosten hat?" – "Oder möchte Bayerns SPD etwa, daß die öffentliche Hand der Stahlindustrie das gesamte Risiko abnimmt?" (Jaumann, April 1983) Die CSU zieht es vor, die "Rettung der Maxhütte" unabhängig vom Besitz des Unternehmens zu betreiben. So ist sie auch eher in der Lage, sich immer wieder als Interessenvertreter der Bevölkerung der Oberpfalz darzustellen. Zu befürchten ist, daß bei dieser Auseinandersetzung die Interessen der betroffenen Belegschaft auf der Strecke bleiben. Wichtig wäre, daß der Kampf gegen die Stilllegung von Teilen und perspektivisch der ganzen Maxhütte ausschließlich für die Wahrung des sozialen Besitzstandes der Belegschaft und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen geführt wird. Nur in diesem Sinne kann die Forderung nach Vergesellschaftung einen Sinn haben.

Quellenhinweis: Mittelbayerische Zeitung, versch. Ausgaben von 1982 bis 1985; Politische Berichte 17/84 und 21/85; Nachrichtendienst Metall 14/85 u. 24/85 – (ikh, ola, uth)

Maxhütte bestimmend für die Region

Bei der Einweihung der Stranggußanlage der Maxhütte Sulzbach-Rosenberg im Februar 1984 erklärte der Präsident der IHK Regensburg, Lersch, daß das Bruttoinlandsprodukt in der Region Oberpfalz je Einwohner um 15 bis 20% unter dem Bundesdurchschnitt liege, die Arbeitslosigkeit 1983 hier durchschnittlich 15,5% betragen habe gegenüber 9,2% auf Bundesebene und 8,2% im Land Bayern. Im Raum Amberg/Sulzbach und Schwandorf gab es ein Wanderungsdefizit zwischen 1978 und 1982 von rund 3000 Personen. – Dazu trug neben der Stilllegung des Braunkohlebergbaus in Wackersdorf vor allem die Rationalisierung der Maxhütte erheblich bei. Sie ist laut Lersch der zweitgrößte "Arbeitgeber" im Kammerbezirk und der wichtigste in der Oberpfalz.

Die Maxhütte hat eine monatliche Lohnzahlung von rund 19 Mio. DM; 40000 leben direkt und indirekt von der Arbeit für die Maxhütte-Kapitalisten. Als 1971 in Maxhütte-Haidhof 1300 Arbeiter entlassen wurden, ging auch die Einwohnerzahl in der Stadt Maxhütte um rund 1000 zurück. Die Betroffenen können oft ihre Häuser nicht aufgeben und werden zu Fernpendlern, die nur am Wochenende nach Hause kommen. Der Bürgermeister von Sulzbach-Rosenberg, Göth, berichtet in der Zeitung, daß die sieben Jahre dauernde Kurzarbeit auf der Maxhütte für die Geschäftsleute im Ort einen "Kauf-

kraftschwund" von 25% gebracht habe.

Das Lohnniveau wird ebenfalls von Siemens (dem größten Kapitalist) und der Maxhütte entscheidend bestimmt. Es liegt hier unter Bundes- und Landesdurchschnitt. Im Vergleich zur Industrieregion Mittelfranken sind Lohn und Gehalt pro Kopf in der Oberpfalz um 5400 DM jährlich niedriger. Im April 1984 besuchte eine Arbeitsgruppe Haushalt der SPD Bundestagsfraktion Amberg. Die Mittelbayerische Zeitung berichtete darüber: "Erstaunt zeigten sich die Besucher über das niedrige Lohnniveau, das deutlich unter dem Bundesdurchschnitt liege und wofür beispielsweise ein VW-Arbeiter 'keinen Hammer' anrühre." Die Maxhütte hat einen Haustarif. Nach diesem verdient ein erster Schmelzer in

Rosenberg ca. 17 DM, der zweite Schmelzer 15 DM und der dritte 14,30 DM in der Stunde. Nachdem die Maxhütte seit über 100 Jahren in der Oberpfalz produziert, hat sich eine einseitig auf die Maxhütte ausgerichtete Struktur nicht nur in den Städtchen Sulzbach-Rosenberg und Maxhütte-Haidhof herausgebildet. So arbeiten oft innerhalb einer Familie mehrere Generationen auf der Maxhütte.

Da es keine andere Arbeit gibt, bleibt nur die schwere körperliche Arbeit in glühender Hitze, in ohrenbetäubendem Lärm. Nachdem die Maxhütte inzwischen kaum mehr Lehrlinge übernehmen will – es gibt hier einen ständigen Kampf zwischen Betriebsrat und Geschäftsleitung – und die älteren Arbeiter zuerst über die Sozialpläne ausgesondert wurden, liegt das Durchschnittsalter bei 46 bis 47 Jahren. Mitte 1984 gab es im Werk Rosenberg nur noch 17 Arbeiter über 55 Jahre. Über die verrenteten Kollegen berichten Betriebsratsmitglieder, daß viele kurz nach der Verrentung gestorben sind, einer sogar am nächsten Tag. Der Betriebsrat berichtet auch, daß im Werk 11% Schwerbehinderte arbeiten, die erst durch jahrelange Schinderei auf der Maxhütte zu Schwerbehinderten wurden. Sie dürften eigentlich nicht im Akkord oder in Schichten arbeiten, tun es aber, da in der Maxhütte keine anderen Arbeitsplätze für Schwerbehinderte vorhanden sind und im Umkreis auch nicht. (Betriebsbesichtigung Juli 1984)



Kundgebung für Maxhütte

4-Schichtbetrieb bei Bosch

Waiblingen. Der Dreischichtbetrieb an den Spritzgußanlagen im Kunststoffwerk wurde auf vier Schichten umgestellt. Alle sechs Stunden beginnt die neue Schicht. Eine Wohltat? Kaum, denn diese Arbeiter haben eine 37,5-Stundenwoche, wofür andere 39,5-Stunden arbeiten müssen, und alle Pausen, außer drei Minuten stündlicher Pinkelpause, wurden ans Ende der Arbeitszeit gelegt, so die bezahlte halbstündige Vesperpause und 35 Minuten Akkordpausen. Bisher lehnte die IG Metall solche Zusammenfassung der Pausen ab. — (ros)

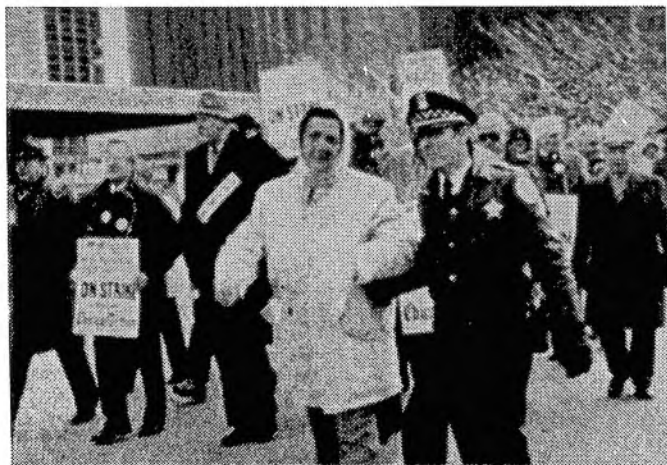
Bosch: Streit um Lohngestaltung

Stuttgart. Einen heftigen Streit über die innerbetriebliche Lohngestaltung ficht der Betriebsrat von Bosch in Feuerbach derzeit mit der Geschäftsführung aus. Seine Kritikpunkte: Junge Facharbeiter bleiben zu lange in der Stammlohngruppe 7 anstatt nach einem Jahr Tätigkeit in die Lohngruppe 8 zu kommen. Die Höhergruppierung um eine Lohngruppe für Einstellertätigkeit bei mindestens zwei Beschäftigten bleibt zu lange vor- enthalten. Akkordarbeiter

Hamburg. Am 16.12. protestierten 250 Arbeiter der Müllverbrennungsanlagen mit Warnstreiks gegen die Absicht des Senats, den Tarifvertrag über Prämienentlohnung nicht zu verlängern. Bei Wegfall der Prämien erhalten die Arbeiter durchschnittlich 700 bis 750 DM weniger Lohn im Monat. Beschäftigte der Müllabfuhr unterstützten die Aktion. Bild: Warnstreik vor der Müllverbrennungsanlage Stelling Moor. 140 Müll-Laster blockierten kilometerweit die Schnackenburgallee. — (bab)



werden bei Einsatz an verschiedenen bewerteten Arbeitsplätzen nicht in die höhere Stammlohngruppe übernommen. Die Obergrenze der übertariflichen Zulage bei Zeitlöhnern wird nicht jährlich angehoben. Die Überprüfung der speziellen Facharbeiterzulage ist seit zehn Jahren überfällig. Der MTM-Bonus, ein Bestandteil des Bosch-Lohns, wurde nicht entsprechend den Lohnerhöhungen dynamisiert. Die hartnäckigen Initiativen von Betriebsrat und Belegschaft haben ergeben, daß vom 1.1.85 bis 26.11.85 in Feuerbach 581 Höhergruppierungen vorgenommen wurden bei einer Belegschaft von 10800 Beschäftigten. — (ros)



USA, Chicago. 600 Mitglieder der US-Stahlgewerkschaft unterstützten mit einem Marsch den Streik gegen die Zeitungskapitalisten der Chicago Tribune (Bild). Sie überbrachten 1 500\$ für die Streikkasse. Seit dem 18. Juli 1985 streiken 1 200 Beschäftigte. Die Kapitalisten verlangen die Zustimmung der vier örtlichen Gewerkschaften, die im Betrieb vertreten sind, für eine dreifach gespaltene Lohnstruktur, die Beseitigung der Rentenkasse und des BeschwerdEVERFAHRENS sowie größere Kürzungen bei der Krankenversicherung. In einem Beschluß hatte im November der Stadtrat von Chicago die Kapitaisten verurteilt, weil sie Streikbrecher einsetzen. — (gba)

Handwerk gegen Ladenschlußänderung

Freiburg. Die Handwerkskammer Freiburg hat Pläne zur Änderung des Ladenschlußgesetzes kritisiert. Dies würde zu einer Konzentration im Einzelhandel führen, die eine Gefährdung der ortsnahen Versorgung mit sich brächte. Z.B. hat die Zahl der Bäcker in den letzten zehn Jahren im Kammerbezirk von 744 auf 618 abgenommen, die der Fleischer von 586 auf 540. Es gäbe etliche Stadtteile, in denen nicht eine einzige Bäckerei oder Metzgerei zu finden sei. Ursache sei die Konzentration, die sich mit einer Lockerung des Ladenschlußgesetzes weiter verschärfen würde. — (sas)

Zwangsarbeit bei Sozialhilfeempfängern

Freiburg. Die Stadt Freiburg geht zunehmend dazu über, die Gewährung von Sozialhilfe von der Ableistung "gemeinnütziger und zusätzlicher Arbeit" (§ 19 II Bundessozialhilfegesetz) abhängig zu machen. So wurden Sozialhilfeempfänger, die seit längerer Zeit nicht in einem sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis standen, zur Zwangsarbeit verpflichtet, weil sie von Gelegenheitsarbeiten lebten. Das Verwaltungsgericht Freiburg hat in mehreren Beschlüssen festgestellt, daß die Stadt verpflichtet sei anzugeben, ob es sich bei der Arbeit um eine tariflich entlohnte Arbeit (§ 19 I BSHG) oder um "gemeinnützige und zusätzliche Arbeit" handle, für die das "übliche Arbeitsentgelt" oder eine "angemessene

Entschädigung" gezahlt werde. Zudem müsse die Stadt — im Gegensatz zu ihrer bisherigen Praxis — zunächst darauf hinwirken, daß die Hilfsempfänger einen normalen Arbeitsvertrag erhalten (§ 18 II BSHG). — (ulb)

Warnstreiks der Redakteure

Hannover. Zum fünften Verhandlungstermin über einen neuen Manteltarif für die 10000 Tageszeitungsredakteure organisierte die dju (IG DruPa) am 16.12. bei mind. zehn Zeitungen Warnstreiks. Bei Madsack legten ca. 25 Journalisten die Arbeit nieder und versammelten sich für eine Stunde am Tor. Die Verleger hatten den Termin platzen lassen, weil 50 Journalisten in den Verhandlungsraum bei Frankfurt demonstriert waren. Am 20. Januar ist der nächste Termin angesetzt. Strittig sind die Regelungen zur 38,5-Stunden-Woche. Die Redakteure fordern eine Umsetzung in freien Tagen. — (ard)

NRW: Zunahme von Leiharbeit

Düsseldorf. Nach Angaben des Landesarbeitsamtes Nordrhein-Westfalen hat die Leiharbeit 1985 in NRW stark zugenommen. Die Zahl der legalen Verleihfirmen erhöhte sich gegenüber 1984 um 25%, die Zahl der Lizenzanträge stieg sogar um 40%. 669 Verleihfirmen beuteten 1985 17000 Lohnabhängige aus. 1985 wurden 4000 Verfahren wegen illegaler Leiharbeit angestrengt. (Aus: Nachrichtenheft Stahl- und Metallindustrie, Woche 02/1986)

Isolationshaft

Nur geringe Unterstützung des Kampfs der Gefangenen

Freiburg. Im Oktober 1985 forderten sechs Gefangene in der Freiburger Vollzugsanstalt die Auflösung der "geschlossenen Abteilung". Sie traten in einen Hungerstreik. Nach einem verlängerten Hofgang von ca. 100 Gefangenen, die diese Forderung unterstützten, wurden mindestens 20 von ihnen in andere Anstalten in Baden-Württemberg verlegt, teils in das Vollzugskrankenhaus Asperg, teils in Isolationshaft nach Stammheim u.a. Gegen einige soll wegen "Gefangenenmeuterei" ermittelt werden. Die Staatsanwaltschaften und das Justizministerium schweigen sich darüber aus. (vgl. Pol. Berichte 22/85, S. 29).

Das Justizministerium hat das Konzept der Isolationshaft gegen nicht unterwerfungsbereite Gefangene nicht aufgegeben, wie aus der Antwort des Staatssekretärs Volz (s.u.) hervorgeht. Um der in Wirklichkeit nicht vorhandenen "relativ weitgehenden Freizügigkeit" der Mehrheit der Gefangenen Raum zu geben, müßten "dafür nicht geeignete" Gefangene isoliert werden. Isolationsfolter wird zu einer Wohltat für die Mehrheit erklärt.

Inzwischen liegen mehrere Berichte von Gefangenen aus ganz Baden-Württemberg über ihre Haftbedingungen vor, die sie an den Landtagsabgeordneten der GRÜNEN, Thilo Weichert, schickten. In Stammheim wurden bis vor kurzem zwei ausländische Gefangene in Isolationshaft gehalten mit der Begründung: Teilnahme am "verlängerten Hofgang" in Freiburg. Ein Gefangener aus Heilbronn berichtet u.a.: "Als das Sicherungskommando da war, nahmen die meine Zelle auseinander, rissen das WC aus der Verankerung, schnitten die Matratze auf... Als ich mich beschwerte und andeutete, so nicht mit mir, sagte mir der eine 'Halts Maul. Haben wir Ihnen was beschädigt?' Das Resultat und der Kommentar, ich habe für die Schäden jetzt aufzukommen. Matratze zerschnitten 112 DM. Wann kommt: Zelle demoliert 1172 DM?"

179 Gefangene aus der Vollzugsanstalt Bruchsal forderten in einem Brief an Justizminister Eyrich die Aufhebung der im November 1985 bereits 19 Monate dauernden Isolationshaft eines Mitgefangenen. Begründung für diese Maßnahme: die "besondere Gefährlichkeit" und "erhebliche Ausbruchgefahr". Daher wird dieser Gefangene 23 Stunden am Tag in einer sieben qm großen Zelle untergebracht, eine Stunde hat er unter Aufsicht von zwei Beamten Einzelhofgang. Kommentar der Gefangenen: "Folter 1985 – perfekter als das Mittelalter!"

Das Justizministerium kennt natürlich genau die physischen und psychischen Folgen der Isolationshaft. Darüber liegen seit 150 Jahren etliche Untersuchungen vor. In der Schweizerischen Zeitschrift "Weltwoche" wurde z.B. 1983 eine Untersuchung der Universität Zürich wie folgt zusammengefaßt: "Der Gefangene bekommt zu essen, zu trinken, kein Härchen wird ihm gekrümmt, und doch wirkt sich die erzwungene Einzelhaft derart grausam aus, daß innert kurzer Zeit psychopathologische Störungen auftreten können."

Weiteres Mittel, um die "aufmüpfigen" Gefangenen zu "beruhigen", ist die Anwendung von Psychopharmaka. Es liegen mehrere Berichte vor, wonach z.B. in Bruchsal bei zwei Gefangenen Psychopharmaka in Getränken beige-mischt wurden. Einer der beiden Gefangenen befindet sich in Einzelhaft; ihm wurde kürzlich wieder mit einer Zwangsbehandlung mit Haloperidol oder Neurocil gedroht. Der neue Vollzugsarzt in der Vollzugsanstalt Bruchsal, der für 420 Gefangene verantwortlich ist, ist bezeichnenderweise Nervenarzt und war vorher im psychiatrischen Landeskrankenhaus in Wiesloch beschäftigt. Ein weiterer Gefangener in Bruchsal befindet sich dort seit 22 Jahren und soll sich inzwischen in einem physisch und psychisch völlig desolaten Zustand befinden; auch er wird seit geraumer

Zeit mit Medikamenten "behandelt" und ist inzwischen davon abhängig. Staatsanwaltschaft und Landesregierung stellen die Behauptung auf, die Gefangenen hätten sich die Psychopharmaka möglicherweise selbst besorgt und verabreicht. Die GRÜNEN haben inzwischen Milch, die einem der Gefangenen in die Zelle gestellt wurde, für eine gerichtsmmedizinische Untersuchung zur Verfügung gestellt.

Nach den Demonstrationen zur Unterstützung der Forderungen der Gefangenen nach Auflösung der "geschlossenen Abteilungen" kam es nicht zu einer kontinuierlichen Zusammenarbeit gegen die Haftbedingungen außerhalb der Anstalten, insbesondere nicht zu einer dringend notwendigen Unterstützung der vielfältigen Bemühungen der GRÜNEN mittels Landtagsanfragen, Abgeordnetenbriefen und Presseerklärungen.

Im folgenden ein Auszug aus der Antwort des Justizministeriums auf die kleine Anfrage des MdL Weichert (GRÜNE). Die Frage, wann, in welchen Vollzugsanstalten und mit welcher Kapazität "geschlossene Abteilungen" eingerichtet worden sind, wurde nicht beantwortet; ebenso nicht die Frage, ob die Landesregierung Untersuchungen über die psychischen und physischen Schäden von Einzelhaft anfertigen ließ. In der Antwort von Staatssekretär Volz heißt es:

"Innerhalb der Vollzugsanstalten werden entsprechend den Leitgedanken des Strafvollzugsgesetzes im Rahmen der recht breit gefächerten Möglichkeiten Lebensverhältnisse für die Gefangenen angestrebt, die sich unter Berücksichtigung der Belange von Sicherheit und Ordnung bis zu einem gewissen Grad an jenen in der Freiheit orientieren... Dieses System relativ weitgehender Freizügigkeit wird in den großen Vollzugsanstalten wesentlich erleichtert und gefördert, wenn jene Gefangene, die sich hierfür nicht eignen, vorübergehend in besondere Haftbereiche verlegt werden. Es handelt sich dabei um Gefangene, gegen die aufgrund ihrer Verhaltensweise entsprechend den gesetzlichen Vorschriften für eine beschränkte Zeitdauer vom Anstaltsleiter oder Haftrichter eine der folgenden Maßnahmen verhängt werden muß:

- a) wegen der Gefährlichkeit des Gefangenen als besondere Sicherheitsmaßnahme die Absonderung von anderen Gefangenen;
- b) wegen erheblicher Verstöße gegen ihre Pflichten nach Gesetz oder Anstaltsordnung als Disziplinarmaßnahme
 - der (teilweise) Entzug der Teilnahme an gemeinschaftlichen Veranstaltungen,
 - die getrennte Unterbringung während der Freizeit oder
 - Arrest.

Die großen Vollzugsanstalten des Erwachsenenvollzugs sind dazu übergegangen, die von den genannten Maßnahmen betroffenen Gefangenen in bestimmten Haftbereichen zusammenzufassen. Die Gründe für die Zusammenfassung sind im wesentlichen folgende:

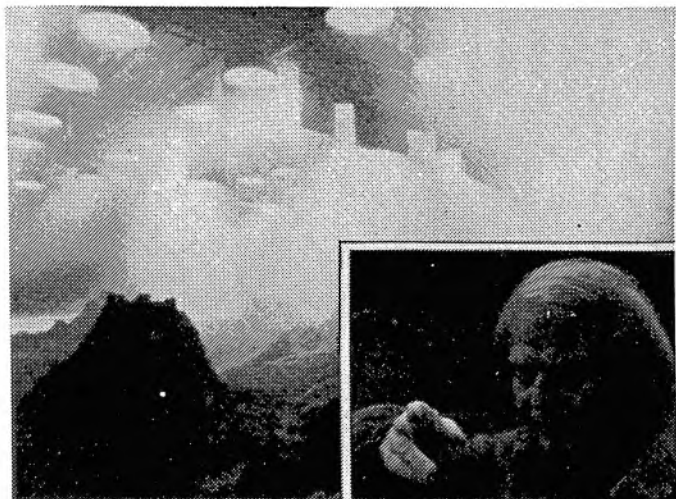
- Die Zusammenfassung trägt dazu bei, daß das Gemeinschaftsleben innerhalb der anderen Abteilungen weiterhin relativ freizügig gestaltet werden kann;
- der Zweck der erforderlichen Maßnahmen ist bei einer solchen Zusammenfassung besser zu verwirklichen als in räumlichen Bereichen des 'Normalvollzugs', in dem die betreffenden Anordnungen unschwer unterlaufen werden können;
- meist befinden sich die baulich besser abgesicherten Einzelhaftsräume in dem betreffenden Bereich, jedenfalls zu ihrem überwiegenden Teil;
- umgekehrt liegen die Freizeit-, Ausbildungs- und sonstigen Gemeinschaftsräume in anderen Bereichen der Anstalt, in denen sie vorwiegend benötigt werden...

Es liegt in der Zweckbestimmung der oben genannten Sicherungs- und Disziplinarmaßnahmen, daß sie die Teilnahme an Gemeinschaftsveranstaltungen u.ä. weitgehend ausschließen."

Quellenhinweis: Landtag Baden-Württemberg, Drucksache 9/2224 – (ulb)

Kinofilm: "Enemy mine – geliebter Feind"

Fremde christlich versöhnen zum Kampf gegen den wahren Feind



Wolfgang Petersen, Regisseur dieses Science-Fiction-Films, gilt als Spezialist für Filme, deren Herstellungskosten so groß sind, daß sie auf einem nationalen Markt nicht mehr einspielbar sind. Mit seinen beiden vorigen Filmen – "Das Boot" und "Die unendliche Geschichte" – hatte er das für diese Art Monumentalfilme lange Jahre bestehende Monopol von US-Gesellschaften und US-Regisseuren gebrochen. Von Innenminister Zimmermann kräftig filmgefördert hatte dabei die Bavaria Film unter Beweis gestellt, daß die westdeutsche Filmindustrie selbst aufwendigste Propagandaprodukte in eigener Regie erstellen kann. Seinen neuen Film "Enemy mine" hat Petersen im Auftrag einer US-Gesellschaft unter Benutzung der Produktionseinrichtungen und des Personals der Bavaria Film gedreht.

Die Geschichte scheint im Kontrast zu rassistischen Machwerken wie etwa "Rambo" entwickelt. Im Krieg zwischen den Menschen und den "Drags", intelligenten Wesen mit echsenähnlicher Gestalt, schießt sich je ein Pilot der beiden Seiten gegenseitig ab und landet auf einem unwirtlichen Planeten, wo sie bald lernen, daß es besser ist, gemeinsam ums Überleben zu kämpfen als sich gegenseitig an die Gurgel zu gehen und dann alleine zu sterben. Die Basis für dauerhafte Gemeinsamkeit

scheint auch bald gefunden: Die echsenähnlichen Wesen glauben an so was wie den Lieben Gott, dessen Existenz niemand mehr bezweifeln kann, wenn auch so fremdartige Intelligenz eine bis hin zum Gebot der Feindesliebe identische Heilige Schrift besitzt. Die Versöhnung der einander Fremden findet ihren Höhepunkt, wenn der Außerirdische im Sterben seinen gerade zur Welt kommenden Sprößling (die "Drags" pflanzen sich ungeschlechtlich fort) dem Menschen zur Erziehung überantwortet.

Derweil wird der Zuschauer in die aufgestellte Falle gelockt. Die Versöhnung auf christlicher Grundlage ist einem höheren Zweck untergeordnet: dem Kampf um die Existenz. Das beginnt harmlos mit Selbstverständlichem, etwa daß man gegen Meteoriten vom Himmel sich besser zu zweit wehrt, ebenso gegen andere Unbilden der Natur wie fallenstellende Scheusale. Die Darstellung ist bei solchen Szenen stark aufs Gefühl zielend: Der Zuschauer fühlt sich mitten im Meteoritenhagel, blutige Verletzungen in Großaufnahme und dramatische Musik fördern die Identifikation mit den beiden Helden. So eingestimmt, soll man dann schlucken, daß genauso selbstverständlich und unerbittlich wie der Kampf gegen die feindliche Natur der Kampf gegen den feindlichen Menschen sein muß:

Einige Piraten plündern Bodenschätze und halten sich dafür Gefangene der Echsen-Intelligenz als Sklaven. Nachdem sie auch den dem Menschenhelden anvertrauten 'Drag'-Nachwuchs in ihre Gewalt gebracht haben, beginnt der Vernichtungskampf. Die Piraten enden

im flüssigen Erz, in der Gezeins-Zerkleinerungsanlage – warum sündigten sie auch gegen die Nächstenliebe – die Darstellung spart nicht mit grausigen Details. – So schärft man den reaktionären Grundsatz ein, daß der Zweck die Mittel heiligt. – (alk)

"Der Smaragdwald"

Film gegen Umweltzerstörung und Völkermord

Der Film spielt im brasilianischen Amazonasgebiet. Von den ehemals 4 Mio. Indianern leben heute nur noch 120000. Täglich werden Tausende von Hektar Wald abgebrannt oder gerodet. Diesem Thema widmet sich der Film, der auf einer wahren Begebenheit basieren soll. Der sechsjährige Sohn eines Ingenieurs, der ein Staudammprojekt leitet, wird von Indianern geraubt. Zehn Jahre später macht sich der Vater in Begleitung eines Journalisten auf die Suche nach dem "unsichtbaren Volk". Ein räuberischer Indianerstamm ermordet den Journalisten. Der Ingenieur trifft seinen Sohn, dieser rettet ihm das Leben und nimmt ihn zur Gesundheitspflege mit zu seinem Stamm. Alle Versuche, den Sohn zur Rückkehr zu bewegen, scheitern. Einige Zeit später überfällt das "wilde Volk" den Stamm seines Sohnes und raubt die Frauen, darunter auch die seines Sohnes. Mit Hilfe des Ingenieurs gelingt es den übriggebliebenen Kriegerinnen, die Frauen aus den Händen eines Bordellbesitzers in der

Nähe des Staudamms zu befreien. Beim Abschied warnt der Vater den Sohn vor den drohenden Gefahren. Die Indianer glauben, daß der Staudamm von einer Überschwemmung zerstört werden wird. Als es dazu kommt, hilft der Ingenieur mit einer Sprengladung nach. Zu den Schwächen des Films gehört, daß er der "Zivilisation" die Einfachheit



indianischen Lebens gegenüberstellt. Verursacher und Nutznießer des Landraubs und der Umweltzerstörung werden nicht einmal genannt. – (sie)

ARD: Jahresrückblick

Prognose '85
Stimmungsmache

Vertreter der Presse, die die großen bürgerlichen Parteien repräsentieren, überprüften ihre Anfang des Jahres abgegebenen Voraussagen für 1985. Die innenpolitischen Spekulationen hatten Carola Stern (Komentatorin und Redakteurin des WDR – SPD), Emil

Obermann (Pro und Contra – Süddeutscher Rundfunk – CDU/CSU-Mann) und Gross (Herausgeber von Capital, Liberaler) abgegeben. Sie hatten die Ergebnisse der Landtagswahlen im Saarland, in NRW und Westberlin im Blick. Die Prognosen waren von einer stärkeren

Stellung der GRÜNEN ausgegangen, als sie eingetreten ist. Am Jahresende stellten alle drei übereinstimmend fest, daß die GRÜNEN die Entwicklung der politischen Ereignisse kaum noch nennenswert bestimmen würden und daß die Regierung in Bonn nicht in Gefahr kommen werde. Gross ließ die unverschämte Bemerkung fallen, die Zeiten, da man dem Wähler "Typen wie Zeyer" oder später Worms noch hätte "andienen können", seien vorbei. Die Rückschau über die

Prognosen zur Außenpolitik nutzte der Moderator Thomas Reimer. Prof. Leonhard meinte, Libyens Revolutionschef Ghaddafi würde seine Macht behalten, wenn auch geschwächt. Kempfski (Chefkorrespondent der Süddeutschen Zeitung) und Sommer (Chef-Korresp. der Zeit) waren sich einig, daß Ghaddafi, da er "Terror protegiert, durch Terror umkommen wird", wenn nicht 1985, so irgendwann später. Reimers: Wir wollen hier nicht zum Attentat aufrufen. – (düb)

Verlagspolitik

Förderung von reaktionärer französischer Literatur

Anlaßlich des bevorstehenden Prozesses von Barbie, verantwortlich für die Vernichtung der Juden in Lyon, steht im "Kölner Stadt-Anzeiger" vom 20./21.11. 1985 ein Artikel, der sich mit französischen Schriftstellern befaßt, die während der Besetzung Frankreichs durch die deutschen Faschisten tätig waren. Der Verfasser scheint besorgt, daß durch den Prozeß einiges ans Licht kommt, was der deutsch-französischen Freundschaft schaden könnte, wie sie von beiden Regierungen zum Aufbau einer Großmacht Europa betrieben wird.

Wir können das nicht beurteilen. Wir können jedoch feststellen, wer in der BRD verlegt wird und wer nicht. Nicht verlegt werden Schriftsteller, die einen schlechten Ruf haben, weil sie mit den deutschen Faschisten kollaboriert haben und weil ihr Lebensende mit der Niederlage des deutschen Faschismus zusammenfiel. Sei es, daß sie Selbstmord begingen wie Drieu La Rochelle, Leiter der faschistischen Zeitung "Nouvelle Revue Française" während der Besatzungszeit, sei es daß sie zum Tode verurteilt und auch hingerichtet wurden wie Brasillach im Februar 1945. Dieser war 1938 und wieder 1941–43 Chefredakteur der Faschistenzeitung "Je suis partout". Er schrieb Romane über entwurzelte Kleinbürger und setzte dagegen reine Intellektuelle, die mit dem Leben als solchem verbunden sind und dessen Fortsetzung garantieren. Solche sind also für die Veröffentlichung unbrauchbar, da keine Möglichkeit zu ihrer Rehabilitierung mehr besteht.

Anders liegt der Fall bei reaktionären christlichen Elementen. Bernanos z.B. arbeitete an der ebenfalls faschistischen Zeitung "L'Action Française" mit. Sein Roman "Die Sonne Satans", mit dem er sich zu einem der Hauptträger der "katholischen Erneuerung" herausbildete, ist in diesem Winter wieder erschienen. Leute wie Genet, die bestimmte Zwänge der kapitalistischen Gesellschaft als unabänderlich darstellen, erleben Neuauflagen, werden besprochen und gelesen. Dies gelingt, indem man auf angesehene Verteidiger und Förderer zurückgreift, die philosophisch meist der existentialistischen Richtung angehören. Im Falle Genets hat Sartre ein Buch über diesen "Heiligen" geschrieben. Dabei wird der Existentialismus von vornherein als positive und nicht zu kritisierende Richtung bewertet. Politisch werden seine Vertreter ausgewiesen als Teilnehmer der Résistance, also der äußerst verschiedene Richtungen umfassenden Widerstandsbewegung gegen den deutschen Faschismus, die de Gaulle benutzte, um an die Macht zu kommen.

Hat dagegen ein französischer Faschist, nämlich Céline, sein Todesurteil gut überstanden, weil die dänische Regierung ihn nicht auslieferte, weil er sogar rehabilitiert wurde und noch einige Zeit in Frankreich als Arzt und Schriftsteller wirken konnte, dann ist er reif für die öffentliche Wirkung. Rowohl tut sich hier hervor. Der Verlag hat in den letzten Jahren seine Romane veröffentlicht, in denen er über seine angeblich ungerechte Verfolgung tobt und Schmähungen über die Zeit, in der er in Sigmaringen und in Dänemark inhaftiert war, ergießt. In diesem Winter ist sein Buch "Guignols Band" erschienen. Beachtenswert ist, daß dieses Werk das letzte war, das er 1944 noch unter der faschistischen Herrschaft und vor der Befreiung von Paris veröffentlichte. Seit 1937, nach seiner Reise in die Sowjetunion, hatte sich Céline hemmungslos in antikommunistischen und antisemitischen Schriften ergangen, in denen er offen den sofortigen Mord an allen Juden propagierte und

Pazifismus

Im Einklang mit der Natur für das Fortbestehen des Reiches

Christina von Brauns Dokumentation "Die Waffen Nieder! Die Geschichte des Pazifismus im Deutschen Reich" (WDR III, 29.12.85) sollte helfen, "die Stärken und Schwächen des Pazifismus der Gegenwart" zu verstehen. Als Wurzel für den europäischen Pazifismus wurde die Aufklärung, speziell Kants Schrift "Zum ewigen Frieden" benannt. Gezeigt wurde die Fortschrittgläubigkeit früher deutscher Pazifisten wie Alfred Hermann Fried, der 1911 den Friedensnobelpreis erhielt und der z.B. in den Eisenbahnen ein völkerverbindendes und friedensschaffendes Element sah. v. Braun kritisierte sie als technikhörige Illusionisten, die in ihrem Fortschrittswahn sogar den Kolonialismus gerechtfertigt hatten. Sie verschweigt, daß der Wunsch nach Frieden Illusion bleiben muß unter der Herrschaft des Kapitals und daß gerade deshalb im Namen des Friedens der Kolonialismus als Pazifizierung der Welt gepriesen werden konnte. Kant hat unter dem Schlagwort des "Weltbürgerrechts" und "der Hospitalität" (Wirtbarkeit) den Kolonialismus theoretisch begründet und dem Expansionsstreben der Bourgeoisie nur physikalische Grenzen gesetzt. Den zweiten großen Abschnitt in der Geschichte des deutschen Pazifismus – ab 1918 – skizzierte v. Braun als einen

einzigsten Niedergang. Das "Zeitalter der Massen" sei mit der Weimarer Republik angebrochen und "machte die Regierungen handlungs- und entscheidungsunfähig". Auch die Pazifisten konnten sich dem nicht verschließen, stellte die Autorin bedauernd fest. Die Deutsche Friedensgesellschaft arbeitete sogar mit der KPD zusammen im Volksbegehren gegen die Panzerkreuzer, anstatt im Kampf gegen den Antisemitismus den Untergang des Reiches zu verhindern, denn, so v. Braun, "der Sehnsucht einer künstlichen Nation nach Einheit fielen alle jene zum Opfer, die als Fremdkörper ausgestoßen und verfolgt wurden ... Mit dem Ausstoßen dieser Fremdkörper aber grub das deutsche Reich auch sein eigenes Grab". – (rub)



alle Vertreter von fortschrittlichen und proletarisch-revolutionären Richtungen als Juden, also als Mordopfer, denunzierte.

Man muß feststellen, daß die Propagierung einer Literatur, die in Brutalitäten wadet und dies als wahrhaftige Beschreibung von gesellschaftlichen Zuständen ausgibt, nicht zu trennen ist von der Förderung und Ehrung des Schriftstellers Ernst Jünger, der faschistische Ideologie entwickelte und verbreitete und bis heute daran festhält. Hier werden deutsch-französische Verbindungen gesucht, durch die gemeinsame Anschauungen von Rassismus und Herrenmenschtum wiederhergestellt und gefestigt werden sollen.

Quellenhinweis: Jean-Paul Sartre, Paris unter der Besatzung, Artikel und Reportagen 1944-45, Rowohlt TB; Walter Heist, Genet und andere, Exkurse über eine faschistische Literatur von Rang, Hamburg 1965 – (anl)

Berufsverbote in der BRD (I, 1948 – 73)

Rechtliche Grundlagen, Entwicklung und Anwendung

Nachfolgender Beitrag beschäftigt sich mit der Entwicklung der Rechtsnormen, die die besondere politische Diskriminierung und Verfolgung der Staatsbeschäftigten in der BRD erlauben. Dabei kommen die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die das jeweilige konkrete Handeln der Exekutive beeinflussen, nur stichwortartig zur Sprache.

Der Leser sollte berücksichtigen, daß die Staatsbeschäftigten wie die übrigen Staatsbürger in der BRD, den Artikeln zur "inneren-Feind-Bekämpfung" im Grundgesetz ausgesetzt sind, dessen Charakter der ehemalige Bundesrichter am Bundesgerichtshof, Günther Willms, in einem Vortrag vor der Juristischen Studiengesellschaft am 17.1.74 anlässlich des 25. Jahrestags der Verabschiedung des Grundgesetzes klar umrissen hat:

"Es (das GG, d.Verf.) ist der Versuch, vielleicht auch ein typisch deutscher Versuch, streitbare Demokratie nicht als politisches Lebensgefühl zu nehmen und zu entwickeln, sondern zu einer staatlichen Einrichtung zu machen, sie zu institutionalisieren. (...) Es hier einfach nur mit einem anderen Wahlrecht, nämlich der Mehrheitswahl, als einer wirksamen Hilfe zur Ausschaltung extremistischer Strömungen zu unternehmen, scheiterte an mannigfachen inneren Zwängen und komplexen Traditionen, und so kam es ... mit den drei Artikeln 9 Abs. 2, 18 und 21 Abs. 2 des Grundgesetzes zu einem verfassungsrechtlichen Konzept der Bekämpfung ideologischer Feindschaft gegenüber der freiheitlichen Demokratie. (...)

Dieses ... weitgehend offene Konzept des Staatsschutzes einer nicht mehr als wertneutral verstandenen Verfassung wurde allgemein und ganz einhellig als ein deutliches Mehr an Vorkehrungen, als etwas Zusätzliches verstanden. (...) Es sollte vielmehr im Sinne der Devise "Keine Freiheit den Feinden der Freiheit" und des *principii obsta* (lat.: wehre den Anfängen, d.Verf.) schon die Ansätze neuer totalitärer Bestrebungen im Keime ersticken." (1)

Der Parlamentarische Rat schafft mit Art. 33 Abs. 5 eine wohlüberlegte Generalklausel – die Adenauer-Regierung füllt sie zielstrebig aus

Nachdem die Beamtenapparate in den Westzonen, die sich größtenteils aus dem Personalstamm des faschistischen Staatsapparates rekrutierten, binnen weniger Monate wie-

derhergestellt waren, nachdem in den Länderverfassungen mehrheitlich das Berufsbeamtentum aufrechterhalten worden war, installierte der Parlamentarische Rat dieses Institut unstrittig.

Die 65 Mitglieder des Parlamentarischen Rats waren von den Länderparlamenten ohne Personaldebatte nach dem Vorschlag der Fraktionen und dem Proporz der Parteien bestimmt worden: 27 CDU/CSU, 27 SPD, 5 FDP, jeweils 2 KPD, DP und Zentrum; Präsident: Konrad Adenauer. 41 % waren Juristen, die ihren Carl Schmitt gelernt hatten.

Zwar stimmte die KPD gegen das GG, aber im wesentlichen mit der Begründung, damit würde die nationale Spaltung befestigt. Den von Willms eindeutig beschriebenen Charakter des GG kritisierte sie nicht. Damit war die KPD hinsichtlich ihres späteren Verbots, das sich am 17.8.86 zum dreißigsten Male jährt, weitgehend entwaffnet.

Art. 33 GG enthält u.a. folgende für die Ausformung des Staatsbeschäftigtenkörpers weitreichende Bestimmung: "Abs. 5 Das Recht des öffentlichen Dienstes ist unter Berücksichtigung der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums zu regeln." (2)

Mit der Formulierung "hergebrachte Grundsätze des Berufsbeamtentums" wurde der Exekutive ein weiterer Spielraum eingeräumt, welche dieser Grundsätze einzuführen und wie sie konkret zu interpretieren seien. Die geschichtliche Spannweite reicht hier vom Allgemeinen Preußischen Landrecht 1794, das für "Militär- und Zivilbedienstete" gegenüber "dem Oberhaupte des Staates besondere Treue und Gehorsam" verlangte, hin zum Deutschen Beamtengesetz (DBG) vom 26.1.1937, welches "ein im deutschen Volke wurzelndes, von nationalsozialistischer Weltanschauung durchdrungenes Berufsbeamtentum, das dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler, in Treue verbunden ist" (3) rechtlich faßte und "unbedingten Gehorsam und äußerste Pflichterfüllung" des deutschen Beamten als "Vollstrecker des Willens des von der NSDAP getragenen Staates" (§ 1 Abs. 2) forderte.

Mit Art. 33 Abs. 5 statuierte der Parlamentarische Rat, daß ein unter Sonderrecht stehender, ausschließlich von der Exekutive ausgewählter, Berufs- (d.h. zu lebenslanglichem Dienen verpflichteter) beamtenkörper geschaffen werden sollte.

Bis zur Verabschiedung des Bundesbeamtengesetzes 1953 galt provisorisch eine von speziellen Elementen der nationalsozialistischen Ideologie gereinigte Fassung des DEG von 1937. Allerdings erließen die Bundes- und Länderregierungen in diesem Zeitraum eine Reihe von Verordnungen, die von den Beamten eine spezifische "Treuepflicht gegenüber der Bundesrepublik Deutschland" for-

MAYER-VORFELDERS Beamtenfahrschule



aus: Schülerzeitung "Kopfstütze", 6/82

derten und auf Rechtsfiguren zurückgriffen, die im Dienst der Beamten von 1934 und im DBG von 1937 enthalten waren, jedoch keine explizite verfassungsrechtliche Grundlage hatten. So verordnete die Bundesregierung in ihrem Beschluß vom 19.9.1950 (sog. Adenauererlaß), daß jeder Beschäftigte aus dem Staatsdienst zu entlassen sei, der "an Organisationen oder Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Staatsordnung teilnimmt, sich für sie betätigt oder sie sonst unterstützt" oder "insbesondere im Auftrag oder im Sinne der auf Gewalthandlungen abzielenden Beschlüsse des 3. Parteitages der kommunistischen SED und des sogenannten 'Nationalkongresses' wirkt". (Das Programm der "Nationalen Front des demokratischen Deutschland" vom 15.2.49 forderte u.a. die "Schaffung eines einheitlichen, demokratischen, friedliebenden und unabhängigen deutschen Staates", d.Verf.) (4)

Als Organisationen, deren Unterstützung die Entlassung rechtfertigt, werden in dem Beschluß aufgeführt:

"1. die KPD mit allen ihren Unterorganisationen, 2. die sozialdemokratische Aktion, 3. die Freie Deutsche Jugend, 4. die Vereinigung der Sowjetfreunde, 5. die Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion, 6. der Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands, 7. der gesamtdeutsche Arbeitskreis für Land- und Forstwirtschaft, 8. das Komitee der Kämpfer für den Frieden, 9. das Komitee der Jungen Friedenskämpfer, 10. die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN), 11. die Sozialistische Reichspartei, 12. die sogenannte 'Schwarze Front' (Otto-Strasser-Bewegung), 13. die 'Nationale Front' (Dachorganisation)." (5)

Bei diesem Erlaß handelt es sich um die Vorwegnahme des KPD-Verbots-Urteils für die Staatsbeschäftigten, die teilweise Jahre nach ihrer Entlassung nochmals im Zuge tausender Verbotsprozesse mit mehrjährigen Haftstrafen belegt worden sind. Mit dem Erlaß erklärt die Exekutive in der BRD nach ihrem Gusto erstmals Organisationen und Gruppierungen (oppositionelle und sozialistische; ausgenommen die unter 11. und 12. feigenblatthaft beigemischten faschistischen Gruppen) zu fdGO-unvereinbaren Kräften und schöpft damit eine zweistufige Parteienlegalität.

Mit den in der nationalsozialistischen Beamtengesetzgebung erstmals geprägten Ausdrücken "jederzeit", "Gewähr dafür bieten", "in seinem gesamten Verhalten" knüpft das Bundesbeamtengesetz bewußt an erst im Faschismus voll durchgesetzte Rechtsfiguren an. Nach § 7 des Bundesbeamtengesetzes vom 14.7.1953 darf in das Beamtenverhältnis nur berufen werden, wer "2. die Gewähr dafür bietet, daß er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt" und "§ 52 Abs. 2: Der Beamte muß sich durch sein gesamtes Verhalten zu der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bekennen und für deren Erhaltung eintreten." In § 72 Abs. 2 werden für Ruhestandsbeamte entsprechende Pflichten und Sanktionen festgeschrieben. (6)

Der totale Zugriff auf die Person des Staatsbeschäftigten erscheint in dem superlativischen Begriff "jederzeit", d.h. 24 Stunden am Tag, an jedem Ort, bis zum Tode. Der Begriff "gesamtes Verhalten" umschreibt sämtliche Lebensäußerungen (v.a. in der Öffentlichkeit), für deren fdGO-Reinheit der Staatsbeschäftigte Bürgschaft (mhd: gewer) zu leisten, d.h. "Gewähr zu bieten" hat. Rückgekoppelt mit dem "grundsätzliche(n) sachliche(n) Verständnis des Staatsschutzkonzeptes des Grundgesetzes als Auftakt zu umfassender Repression verfassungsfeindlicher Ideologie" (Willms) ist in dieser Begrifflichkeit der totalitäre Gesinnungszwang angelegt, der geradezu nach den verfahrensrechtlichen und technischen Mitteln schreitet, die dann eingeführt werden.

Die Reaktion schärft als Antwort auf APO und revolutionäre Bewegung die Anwendung des bestehenden Beamtenrechts

Nachdem der DGB-Beamtentag 1968 und der DGB-Kongreß 1969 ein "einheitliches Dienstrecht" und darin enthalten das Streikrecht für alle Staatsbeschäftigten gefordert hatten und aufgrund der veränderten Lage durch die "Beinaherevolution in Frankreich" und die "Osterunruhen in Deutschland" (Rainer Barzel) – gemeint: Demonstrationen gegen die Notstandsgesetze, gegen die Unterstützung der US-Aggression in Vietnam und des Schahregimes durch die BRD –, fordert die CDU/CSU die Ausdehnung des Beamtenrechts auf alle Staatsbeschäftigten (Arbeiter, Angestellte). (7)

Mit den am 28.1.72 von den Regierungschefs der Länder und Bundeskanzler Willy Brandt verabschiedeten "Grundsätze(n) über die Mitgliedschaft von Beamten in extremen Organisationen" (sog. Radikalerlaß) geht es um einheitliche Verfahrensregeln, wie die geltenden beamtenrechtlichen Bestimmungen wirksam gemacht werden können, d.h. wie vor allem die kampferfahrenen, revolutionären Kräfte aus der Studentenbewegung hauptsächlich aus dem Schulbereich herausgehalten werden können und darüber eine entsprechende Einschüchterung und Domestikation der bereits in Anstellung Befindlichen erreicht werden kann.

Das KPD-Verbotsurteil war verfahrensrechtlich stumpf geworden, da die dort benannten 11 Organisationen zerschlagen worden waren bzw. nicht mehr existierten.

Im gemeinsamen Runderlaß der Ministerpräsidenten und aller Landesminister vom 18.2.72 (sog. Ministerpräsidentenbeschluß) wird verschärfend im Vergleich zum Beamtengesetz verlangt, sich aktiv innerhalb und außerhalb des Dienstes für die Erhaltung der fdGO einzusetzen. "2.1.2. Gehört ein Bewerber einer Organisation an, die verfassungsfeindliche Ziele verfolgt, so begründet diese Mitgliedschaft Zweifel daran, ob er jederzeit für die fdGO eintreten wird. Diese Zweifel rechtfertigen in der Regel eine Ablehnung des Einstellungsantrages." (8)

Die anschließenden Durchführungsbeschlüsse der Länder bestimmen, daß die Einstellungsbehörden eine Regelanfrage bei den Staatsschutzämtern stellen müssen, deren Auskunft sich auf gerichtsverwertbare Tatsachen zu beschränken habe. Gleichzeitig werden die Stigmatisierungen des Staatsschutzes, wer als verfassungsfeindlich (ein Begriff, der erstmals in o.a. Runderlaß geprägt wird und die "innere-Feind-Bekämpfungsnorm" des GG ausdrückt) zu gelten habe, nahtlos durch die Behörden übernommen. Die Staatsschutzämter beginnen ihrerseits mit der Veröffentlichung von Jahresberichten, gleichsam als Pflichtlektüre für künftige und bereits angestellte Staatsbeschäftigte gedacht, von wem sie sich vorsorglich fernzuhalten, zu trennen und ggf. zu distanzieren haben. Oberstgerichtlich sanktioniert und positiv begründet werden diese Verfahrensweisen durch den Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 22.5.1975 (sog. Radikalenbeschluß). – (z., Bildungspolitische Korrespondenzgesellschaft)

(1) Günther Willms, Das Staatsschutzkonzept des Grundgesetzes und seine Bewährung; ersch. als Heft 115 der "Schriftenreihe Juristische Studiengesellschaft Karlsruhe", hrsg. v. BGH, BAW, BVerfG, VGH Mannheim u.a.; (2, 3, 5, 6, 8) zit. n. Die politische Treuepflicht: Rechtsquellen zur Geschichte des deutschen Berufsbeamtentums, hrsg. v. Edmund Brandt (Karlsruhe, Heidelberg: Müller 1976), S. 135, 127, 139, 147f, 163; (4) zit. a. Weltgeschichte in Daten, 2. Aufl. (Berlin: Deutscher Verlag der Wiss. 1973), S. 924; (7) vgl. Politische Berichte – Sondernummer: Liberale Innenpolitik (Köln: GNN 1981), S. 14.

Antiiperialismus/Antifaschismus

Es gibt nur eine Rasse: die Menschenrasse (PAC) – Christliches Abendland und Rassismus –

"Unser nationaler Befreiungskampf richtet sich gegen das historisch gewachsene System von Rassismus und Kapitalismus, welches das Volk von Azania knechtet, zum Wohle der kleinen Minderheit der Bevölkerung", beginnt das "Manifest des azanischen Volkes". (1) Die unterdrückten azanischen Massen können sich nicht befreien, ohne die menschenverachtende Apartheid zu vernichten. Aber der Rassismus ist keine besondere Eigenschaft der südafrikanischen Siedler und der Kampf gegen den Rassismus keine Aufgabe, die sich allein der azanischen Befreiungsbewegung stellte. Im Gegenteil weist der Befreiungskampf, der nicht nur das Siedlerregime, sondern die imperialistischen Hauptmächte zum Gegner hat, auf die große Bedeutung, die dem Kampf gegen den Rassismus weltweit und gerade auch in der BRD zukommt.

Vielrassenbewußtsein oder Antirassismus?

Die azanischen Befreiungsorganisationen selbst sind in der Frage, wie der Rassismus geschlagen werden kann, gespalten. Der African National Congress (ANC) vertritt in seiner Freiheitscharta von 1955 die Forderung nach Gleichberechtigung der nationalen Gruppen und Rassen:

"Südafrika gehört allen, die darin leben, Schwarzen und Weißen ... Alle nationalen Gruppen und Rassen sollen den gleichen Status in staatlichen Körperschaften, in den Gerichten und in den Schulen haben; Alle sollen das gleiche Recht haben, ihre eigene Sprache zu sprechen und ihre eigene Kultur und Sitte zu pflegen; Alle nationalen Gruppen sollen durch das Gesetz vor Beleidigung ihrer Rasse und ihres Nationalstolzes geschützt werden; Es soll als Verbrechen bestraft werden, Diskriminierung und Verachtung von Nationalität, Rasse oder Farbe zu verbreiten und auszuüben; Alle Apartheids-Gesetze und -Praktiken sollen abgeschafft werden." (2)

Die Forderung der Gleichberechtigung der Rassen ermöglicht eine Kritik des Rassismus. Denn sie wendet sich gegen die Diskriminierung von Menschen aufgrund unveränderlicher Naturmerkmale wie Hautfarbe usw. Aber sie spricht sich nicht gegen die Unterscheidung der Menschen nach solchen Merkmalen aus und läßt damit auch Auffassungen zu, die der Unterscheidung von Menschen nach Rassen Bedeutung zumessen. Die Idee, daß jede Volksgruppe ihre Kultur pflegen können muß, ist populär, weil sie sich spontan aus den Verhältnissen in Südafrika ergibt. Aber gehört nicht zur

Kultur der Europäer in Südafrika der afrikanische Diensthof? Die Freiheitscharta des ANC löst den Widerspruch nicht auf. So vermag die Idee die Europäer nicht zu beruhigen; den Kampf der afrikanischen arbeitenden Klassen erschwert sie eher, als daß sie ihn erleichtert.

"Die auf den ersten Blick verblüffende, weil der gewöhnlichen Auffassung auch nicht-rassistischer Menschen widersprechende, tatsächlich jedoch fortgeschrittenste Kritik des Rassismus leistete der Pan Africanist Congress (PAC). In seinem Manifest von 1959 heißt es unter Punkt J:

"Eine Rasse: Die menschliche Rasse. Die afrikanischen Völker sind sehr stolz auf ihre Rasse – die Menschenrasse."

Begründet wird die im Gegensatz zum multirassischen Konzept des ANC als Antirassismus bezeichnete Auffassung, die den Begriff der Rasse ausdrücklich nur im Singular und nur bezogen auf die Menschheit verwendet:

Die Afrikaner "sehen keinerlei grundsätzlichen Unterschiede zwischen Mitgliedern der drei Hauptzweige dieser Rasse, zwischen den Kaukasoiden, den Asiaten und den Afrikanern. Die Afrikaner halten nichts von der Theorie, daß es unter den Mitgliedern der verschiedenen Zweige der menschlichen Spezies irgendwelche inhärenten (unmittelbar zugehörigen – Red.) verstandesmäßigen, emotionalen und psychologischen Unterschiede gibt." (2)

Große theoretische Anstrengung war nötig, um eine eigentlich so einfache Wahrheit herauszufinden, die eine scharfe Waffe im Kampf gegen den Rassismus ist.

Harmonische Koexistenz von Herren und Knechten

Ein früherer Generalkommissar für die sog. Homelands, ein kompetenter Mann also, beschrieb die Apartheid, die Politik der "getrennten Entwicklung", so:

"Wir werden eher versuchen, ... Formen harmonischer Koexistenz zu entwickeln, als uns der Gefahr biologischer Integration und sozialer Degeneration auszusetzen ... Wenn alles im selben Tiegel zusammengeschmolzen wird, würde ... eine völlig neue Gesellschaft dabei entstehen, die jedenfalls nach Charakter und Kultur nicht europäisch wäre ... Die jetzige Regierung stellte mit voller Unterstützung der Wähler klar ... daß die Bantu keinen Anspruch auf feste Wohnsitze in Europäergebieten haben, daß sie sich dort als Arbeiter aufhal-

ten und daher außerhalb der Bantu-Reservate weder Grundbesitz noch politische Rechte haben können." (3)

Knapper äußerte sich 1954 der spätere Ministerpräsident der Republik Südafrika Verwoerd:

"Es gibt keinen Platz für ihn (den Afrikaner – Red.) in der Gesellschaft, abgesehen von gewissen Formen der Knechtsarbeit." (4)

Die europäischen Siedler haben dem in über 350 Jahren Kolonialherrschaft herausgebildeten System des Rassismus viele Bezeichnungen gegeben, z.B. "weiße Herrschaft", "christliche Treuhänderschaft" oder eben "getrennte Entwicklung". Bei allem Wechsel der Bezeichnungen blieb der Grundgedanke immer derselbe: die Überlegenheit der weißen Menschen, der Europäer, denen Gott die Aufgabe übertragen habe, über die schwarzen Menschen, die Afrikaner, zu herrschen. So schrieb etwa die burische Zeitung "volksstem" am 11.10.1912:

"Gott hat den Eingeborenen als Knecht für den Weißen deklariert, und es ist die Pflicht eines jeden Weißen, den Eingeborenen dies deutlich zu machen, und ich halte es für falsch, wenn Weiße als Knechte bei Weißen dienen, während wir in einem Land der Knechte wohnen, umgeben von Hunderttausenden von Knechten." (5)

Das Apartheid-System selbst ist der schlagende Beweis dafür, daß die Theorie von der Verschiedenheit der Rassen, der Ausgangspunkt jeglichen Rassismus, kein Naturgesetz ausdrückt. Was wäre denn das, was die Rassisten "Rasse" und "Rassenunterschied" nennen, ohne den gesellschaftlichen Schutz durch die Apartheid, die in einer Unzahl von Gesetzen besteht? Im Verbot der Ehe und aller Geschlechtsbeziehungen zwischen den verschiedenen Menschengruppen; in den Landenteignungsgesetzen, den Gesetzen, die die sog. weißen Gebiete frei von Afrikanern halten, den Zwangsarbeitsgesetzen, den Staatsschutzgesetzen usw. und schließlich in der Verfassung selbst, die die Afrikaner von den bürgerlichen Rechten, v.a. dem Wahlrecht ausschließt.

Die westliche Wertgemeinschaft

Kritik an der Apartheid hält die Reaktion in der BRD, derzeit jedenfalls, für opportun, aber ... "Sehr komplizierte Zusammenhänge" – dies Stichwort taucht noch in jeder Betrachtung über Südafrika auf – machten einfache Lösungen schwierig. Worin die "sehr komplizierten Zusammenhänge" bestehen? Eine einzige Bundestagsdebatte über Südafrika, und man ist be-

lehrt: Ohne die Weißen kann aus den Schwarzen nichts werden.

Der CSU-Bundestagsabgeordnete Althammer verweist zum Beispiel darauf: "Viele Länder in Schwarzafrika haben es erlebt, daß die Beseitigung der Zusammenarbeit mit den Weißen zum Schaden der eigenen Bevölkerung war." (6)

Frau Hamm-Brücher, FDP, weiß sogar: Afrika "ist ein Kontinent, dem es, wie so viele Beispiele leider gezeigt haben ... bisher nicht gelungen ist, seine bessere Zukunft nur auf sich selbst gestellt zu gestalten". (7)

Althammer wiederum sieht: "Immerhin hat die schwarze Bevölkerung in der südafrikanischen Republik mit Abstand den höchsten Lebensstandard in ganz Schwarzafrika." (6) Und sein CDU-Kollege Marx prangert mit dem Zwischenruf: "Die Transkei könnte ein Brotkorb sein!" (7) an, daß die Afrikaner nicht in der Lage seien, auch nur für die eigene Ernährung selbständig zu sorgen.

In den unverhüllten Worten des früheren Präsidenten des Hamburger Weltwirtschaftsinstituts, Ortlieb, klingt das dann so:

"Man bleibt dort (in Südafrika – Red.) auf unbestimmte Zeit auf steti-ge Initiative und Sachverstand weißer Manager und Fachleute angewiesen. Daraus folgt: Soll Südafrika nicht in die gleiche wirtschaftliche Katastrophe steuern, die Schwarzafrika bereits droht, dann darf die Beteiligung der Nichtweißen an den Führungsaufgaben in Politik und Wirtschaft nur so weit gehen, wie diese im Stande sind, die ihnen dabei zufallenden Aufgaben gleichwertig zu übernehmen." (8)

Man muß nicht einmal Strauß, den offenen Freund des Apartheidregimes, zitieren – das ganze Regierungslager ist einig, daß das allgemeine Wahlrecht, dieses elementare bürgerliche Recht, in Südafrika keinen Fortschritt bedeute, sondern dem wahren Fortschritt entgegenstehe.

So Graf Lambsdorff, FDP, in "Quick": "Es geht jetzt nicht darum, ein demokratisches Wahlrecht nach unserem Vorbild einzuführen. Schwarze und Weiße wären damit überfordert. Auch die Weißen sind Afrikaner, seit über 300 Jahren im Land. Ich verstehe, daß sie Sicherheit wollen." (9)

Oder der CDU/CSU-Abgeordnete Klein: "Für die Schaffung eines Staatswesens, das allen Südafrikanern Heimat ist, Gleichheit vor dem Gesetz garantiert und die vollen Menschenrechte gewährleistet, ist in diesem Stadium ... die Formel 'One man, one vote' ebenso untauglich wie etwa bei uns bei den Europawahlen." (10)

Was dann will die westdeutsche Reaktion für Südafrika?

Dr. Stercken (CDU/CSU): "Die Konflikte zwischen den Ländern, Stämmen und Rassen werden nur durch eine föderale Integration ein Lösung finden." (7) Was wird die "föderale Inte-

gration" anderes sein als Apartheid, "getrennte Entwicklung"?

Außenminister Genscher, FDP: "Die Minister (EG-Außenminister – Red.) sind der Auffassung, daß alle Bürger gleiche Rechte genießen und – darauf haben wir besonderen Wert gelegt – daß Minderheitenschutz gewährleistet sein muß; denn ... für uns bedeutet der notwendige Wandel nicht, daß ein Akt der Machtübernahme durch eine neue Bevölkerungsgruppe stattfindet ..." (10) Was ist der Minderheitenschutz anderes als die Fortsetzung der "weißen Herrschaft" unter einer neuen Bezeichnung!

Ganz deutlich wird Prof. Werner Kaltefleiter, ein politischer Berater der CDU/CSU: "Südafrika könnte wahrscheinlich viel internationale Kritik vermeiden, wenn die politische Differenzierung weniger auf das for-

der Rassendiskriminierung, das Herrenvolk-Dasein der europäischen Siedler in Südafrika zu erhalten. Das südafrikanische Regime habe den Anspruch verwirkt, als Teil der westlichen Wertegemeinschaft zu gelten, hat in einer Debatte der SPD-Abgeordnete Verheugen geäußert. (6) Hätte doch die SPD nur ein einziges Mal die westliche Wertegemeinschaft und ihre Träger im Bundestag kritisiert! Aber sie hat, ebenso wenig wie die GRÜNEN, kein Wort der Kritik an dem rassistischen Dreck von CDU/CSU/FDP geäußert.

Ein früher rassistischer Kreuzzug

Die westdeutsche Bourgeoisie hat an der Ausplünderung der reichen Bodenschätze in Südafrika/Azania und an der Ausbeutung der azanischen Arbeiter maßgeblich teil. Deshalb unter-



Europäische Kultur in Südafrika / Azania

male Kriterium der ethnischen Zugehörigkeit (die häufig ohnehin dubios ist) als vielmehr auf die tatsächliche sozialkulturelle Orientierung aufbauen würde ... Vielleicht könnte als erster Schritt die Errichtung einer vierten Kammer für westlich gebildete, urbanisierte Schwarze treten." (11)

Nicht genug, daß er die Rassendiskriminierung rechtfertigt: Er propagiert die Spaltung der Afrikaner in "Wilde" (Nicht-westlich-Gebildete, Nicht-Urbanisierte) und "Abgerichtete", die, wenn sie den Unbedenklichkeitsschein der westlichen Bildung und Urbanisation erhalten haben – in einer vierten Kammer wenigstens so machen dürfen, als ob!

Die scheinheilige Kritik der Apartheid, wie die westdeutsche Reaktion sie entwickelt, ist selbst rassistisch. Sie zielt allein darauf, den status quo

stützt sie das südafrikanische Regime. Doch die oft geäußerte Kritik, daß sie ihre wirtschaftlichen und politischen Beziehungen trotz der Apartheid aufrechterhalte, trifft nicht. Denn diese Kritik unterstellt, daß sich die westdeutsche Bourgeoisie eigentlich an der Apartheid stört und daß sie in der Verfolgung ihrer Interessen in Südafrika/Azania auf den Rassismus leicht verzichten könnte.

Zum einen argumentiert, wie gesehen, die westdeutsche Reaktion selbst rassistisch. Zum anderen beruft sich die südafrikanische Siedlergesellschaft auf ihre Zugehörigkeit zum europäischen Kulturkreis. Tatsächlich sind die Siedler nicht nur europäischer Herkunft. Auch ihr Rassismus ist das Produkt des christlichen Abendlandes, so wie es sich in vielen Jahrhunderten herausgebildet hat.

Zur Rechtfertigung von Unterdrückung taucht der Begriff der Rasse erstmals in der spanischen Reconquista auf. In der Ende des achten Jahrhunderts einsetzenden und über Jahrhunderte dauernden Reconquista (Wiedereroberung) wurde die arabische Kultur in Spanien zerschlagen. Die Mauren wurden von dem Land vertrieben, auf dem sie lebten, und, sofern sie nicht ausgerottet wurden, in Ghettos gepfercht. Mit ihrer zunehmenden – und auch zunehmend rassistisch begründeten – Unterdrückung setzte auch die Verfolgung der Juden ein, den Vermittlern zwischen der christlichen und islamischen Kultursphäre. Der Sieg über die Mauren durch die Eroberung Granadas 1492 fiel zusammen mit dem Zwangsbekehrungsedikkt gegen die sog. jüdische Rasse, das in die fast vollständige Vertreibung der Juden aus Spanien mündete.

So stellte die Reconquista die Herrschaft des spanischen Adels über Land und Leute her. Erstens brachte der spanische Adel den Boden vollständig an sich, verwandelte ihn durch die Vertreibung der Mauren in seinen Grundbesitz und führte ein eigenes Feudalsystem ein. Zweitens drängten die herrschenden Familien die Juden aus dem Handel, den diese bis dahin beherrschten, und brachten ihn an sich; denn die Reconquista erreichte ihren Höhepunkt in der Zeit der Entdeckungen und der neuen Blüte des Welthandels und ging bruchlos über in die Conquista, die spanische Eroberung Nordafrikas und Amerikas.

Mit der Berufung auf fremde Rasse wurde die Enteignung der Mauren und Juden, der Widersacher und Konkurrenten des spanischen Adels, rechtfertigt – mit der Berufung auf das "reine Blut" umgekehrt die Eigentumsrechte der herrschenden Adelsfamilien und ihre Vererbbarkeit begründet. Als Ideologie zur Rechtfertigung von Enteignung und Unterdrückung enthält der Rassismus stets auch die Züchteridee von der Erbllichkeit des Eigentums.

Deshalb ist der Rassismus auch älter als der Begriff der Rasse. Schon die Ideologen der frühen Klassengesellschaften haben das edle Blut entdeckt zur Begründung von Herrschaft, Eigentum, Erbfolge. Allgemein sind solche Theorien als rassistisch zu bezeichnen, die Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse aus der Menschennatur herleiten und das Recht auf Eigentum für wenige (verbunden mit der Besitzlosigkeit vieler) und den Anspruch auf Herrschaft aus Natureigenschaften und Naturmerkmalen.

Rassismus – eine Herrschaftsideologie

Die Begründung der Notwendigkeit von Herrschaft aus der Menschennatur ist der allgemeinste Ausgangspunkt, den der Rassismus mit

anderen Herrschaftsideologien aus der Geschichte des christlichen Abendlandes teilt. Der Philosoph der griechischen Sklavenhaltergesellschaft Aristoteles schreibt zur Begründung des Staates, d.h. der Herrschaft der Sklavenhalter:

"Wie nämlich der Mensch, wenn er vollendet ist, das beste der Lebewesen ist, so ist er abgetrennt von Gesetz und Recht das schlechteste von allen ... Der Mensch besitzt von Natur als Waffen die Klugheit und Tüchtigkeit, und gerade sie kann man am allermeisten in verkehrtem Sinne gebrauchen. Darum ist der Mensch ohne Tugend das gottloseste und wildeste aller Wesen und in Liebeslust und Eßgier das schlimmste." (12)

Daß der Mensch ähnlich oder schlimmer wie ein Tier von wilden Instinkten getrieben ist, wenn er nicht durch staatliche Gewalt gezügelt wird, wird seither immer wieder behauptet. Z.B. vertritt der britische Theoretiker des Absolutismus Hobbes (1588–1679), daß die natürlichen Triebe die Individuen unvermeidlich in einen Bürgerkrieg stürzen, und er sieht entsprechend die wichtigste Begründung des Staates in der Friedenssicherung. (13) Eine leicht abgewandelte Fassung solcher Theorien liefert das Christentum. Augustinus etwa (354–430) "deutet alle Herrschaft als Folge des Sündenfalls, um mit ihrer Hilfe dessen Folgen niedrig zu halten". (13) Nach ihm greift u.a. auch Luther auf die Sünde als Ursache der Schlechtigkeit der Menschen zurück, um weltliches Gesetz und Herrschaft zu rechtfertigen.

All die niederen Eigenschaften des im buchstäblichen Sinne des Wortes unbeherrschten Menschen, aus denen die Ideologen der jeweils herrschenden Klassen in den verschiedenen Epochen des christlichen Abendlandes die Notwendigkeit von Herrschaft begründen, finden sich dann konzentriert in den Beschreibungen europäischer Kolonialisten vor allem über die

afrikanischen Völker. Stellvertretend für viele andere seien aus der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts der deutsche Missionar Schlegel über das Ewe-Volk (heute Togo und Ghana) und ein Geistlicher der Norddeutschen Mission über die Afrikaner allgemein zitiert:

"Sie sind in jedem Betracht in ein fast thierisches Wesen versunken. An Verstand sind sie sehr arm; sittlich im Allgemeinen unter jeglicher Schätzung. Ein Gedanke, welcher über Bauch und Erdboden und thierisches Begehren hinausginge, ist selten in ihrem Kopfe." – "... unter ihnen hat der Teufel so lange sein unumschränktes Reich gehabt, daß sie seine Sklaven geworden und in thierische und dämonische Zustände hinabgesunken sind." (14)

Die zweite Gemeinsamkeit, die der Rassismus mit anderen Herrschaftsideologien hat, ist die Begründung der Klassenspaltung und Klassenherrschaft aus Natureigenschaften. Der schon zitierte Aristoteles verteidigt die Sklavenhaltergesellschaft mit dem Argument, daß von Natur ein Unterschied zwischen Herren und Sklaven bestehe, wobei von Natur aus die Griechen die Herren und die Barbaren die Sklaven sind. Das Naturgesetz, das den Menschen entweder zum Herren oder zum Sklaven bestimme, definiert er dabei so:

"Denn was mit dem Verstand vorzuschauen vermag, ist von Natur das Regierende und Herrschende, was aber mit seinem Körper das Vorgeordnete auszuführen vermag, ist das von Natur Regierte und Dienende. Darum ist auch der Nutzen für Herrn und Diener derselbe." (15)

Das Recht der römischen Sklavenhaltergesellschaft kann die Sklaven, denen der Verstand abgesprochen ist, vom Vieh praktisch nicht unterscheiden. Auch durch das ganze Mittelalter hindurch ist es üblich, der sozialen Ungleichheit der Menschen natürliche Ungleichheit als Ursache zu unter-



Wilhelm II. über den Boxeraufstand: "Es ist der Kampf Asiens gegen das ganze Europa!" Und: "Peking muß rasiert werden!" Bild: Gefangene Chinesen.

stellen. Dante Alighieri gab 1559 die vorherrschende und z.B. auch von Erasmus von Rotterdam vertretene Auffassung wieder, die der des Aristoteles entsprach:

"Eben die leut, so da vor andern eyn wackern verstand habend, die seind von natur Herren über andere menschen." (13)

Und nochmals später spricht der Philosoph Leibniz (1646–1716) in seinen Schriften über "Natürliche Gesellschaften" den Knechten zwar die unsterbliche Seele zu und anerkennt sie damit als Menschen im Unterschied zum Vieh, den Verstand aber ab, wodurch ihm der Unterschied der Knechte zum Vieh verschwindet und womit er die Knechtung begründet.

Die Periode, in der die Bürgerlichen – im Angriff auf die feudale Herrschaft – die Theorien von der natürlichen Ungleichheit der Menschen kritisieren, ist nur kurz. Ihre gegen die arbeitenden Klassen und gegen fremde Völker gerichteten Herrschaftsinteressen schlagen sich im 19. Jahrhundert im kolonialistischen Rassismus auf der einen Seite und in den Theorien z.B. eines Nietzsche über Herrenmenschen und Herdentiere auf der anderen Seite nieder. Beides treibt alle bis dahin vertretenen Vorstellungen über natürliche Unterschiede als Berechtigung für Herrschaft und Knechtung auf die Spitze.

Der Rassismus begründet das europäische Recht auf koloniales Eigentum, d.h. auf Landraub, und auf Kolonialherrschaft, d.h. Unterwerfung fremder Völker und Vernichtung oder Zwangsarbeit. So der deutsche Geistliche und Kolonialist Rohrbach:

"Unsere Kolonisation in Afrika steht vor der Aufgabe, sich mit der untergeordneten Rasse, die wir im Besitz der vorhandenen wirtschaftlichen Produktionsmittel des Grund und Bodens und der Arbeitskraft fanden, im doppelten Sinne auseinanderzusetzen ..." (16) – mit dem Ergebnis, daß "wir" am Ende das Land hatten und die Afrikaner nichts, so daß "die in dem Eingeborenen steckende physische Leistungsfähigkeit mit dem größtmöglichen Nutzeffekt für die kolonisierende Nation zur Anwendung" (16) gebracht werden konnte.

Die Rechtfertigung liefert der Rassismus, indem er natürlichen Merkmalen wie Hautfarbe oder Schädelform, nach denen sich die Hauptzweige der Menschenrasse in statistisch relevantem Ausmaß unterscheiden, gesellschaftliche Funktionen zuweist. Der deutsche Kolonialist und einer der bedeutendsten Missionsgeistlichen Fabri geht dabei folgendermaßen vor:

"Wenn uns ein Neger gegenübersteht, schwarz wie Ebenholz, mit krausem, wolligem Haupthaar, mit gedrücktem Schädel und rückwärts gestreckter Stirn, das Hinterhaupt und die unteren Gesichtsteile dagegen massiv entwickelt, die Lippen

breit aufgeworfen, die Nase plattgedrückt, wenn ich ihn betrachte, jetzt belebt von der tiefsten sinnlichen Gluth, dann wieder in stumpfer, träger Gleichgültigkeit ... so bekommt man den unwiderstehlichen Eindruck: das sind nicht nur die Züge des durch die Sünde überhaupt verunstalteten und materialisierten Urmenschen, hier liegt noch ein ganz besonderes, über alle Aufzeichnungen der Geschichte hinausreichendes Geheimniß zu Grunde." (17)

Schon Fabris Beschreibung biologischer Merkmale ist diskriminierend und diskriminierend gemeint. Aus ihr spricht das Interesse, den Afrikaner aufgrund seiner äußeren Merkmale als niederes Wesen darzustellen. Das "Geheimnis" wird dann auch schnell aufgeklärt: Nach Gottes Wille sei der Afrikaner dazu verdammt, Knecht des Europäers zu sein, wobei sich Gottes Wille eben in der natürlichen Verschiedenheit zeigt.

Daß zwischen den verschiedenen Völkern kulturelle Unterschiede bestehen bzw. bestanden, soll nicht bestritten werden. Die Unterschiede resultieren aus dem unterschiedlichen Entwicklungsgrad der Produktivkräfte und dem unterschiedlichen Gang der Geschichte. Der moderne Rassismus aber führt die Unterschiede nicht auf geschichtliche Umstände zurück. Als kolonialistische und imperialistische Ideologie leitet er Kolonialherrschaft und koloniales Eigentum aus Naturmerkmalen von Menschen ab, die jeglicher Bestimmung durch den Menschen entzogen sind. Danach steht es dem Afrikaner an, für andere zu arbeiten, aber nicht zu, in eigener Regie zu produzieren und seine Geschichte selbst zu leiten. Darin sind sich der hinterwäldlerische Bure und der hochzivilisierte Abgeordnete des deutschen Bundestages einig. Ihr Rassismus gibt die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse in Südafrika und anderswo als Naturordnung aus, um sie der Kritik und Umwälzung zu entziehen.

Kritik des Rassismus entfalten!

In der Unterscheidung der Menschen nach "Rassen" liegt schon der Versuch, in jeder Hinsicht belanglose Unterschiede hervorzuheben und rein äußerliche Naturmerkmale als Unterscheidungsmerkmale zu benutzen. Welchem Zweck soll das dienen außer dem Interesse, zu einer Rangordnung der verschiedenen Spielarten der Menschenrasse zu kommen? So wie etwa der deutsche Philosoph Kant, der sich verschiedentlich über die Naturmerkmale verschiedener Menschengruppen ausläßt, die er auf Umweltbedingungen zurückführt, und dann die Schlußfolgerung zu präsentiert:

"Die Menschheit ist in ihrer größten Vollkommenheit in der Race der Weißen. Die gelben Indianer haben schon

ein geringeres Talent. Die Neger sind weit tiefer, und am tiefsten steht ein Teil der amerikanischen Völkerschaften." "Der Einwohner des gemäßigten Erdstrichs, vornehmlich des mittleren Theiles desselben, ist schöner an Körper, arbeitsamer, scherzhafter, gemäßigter in seinen Leidenschaften, verständiger als irgend eine andere Gattung der Menschen in der Welt. Daher haben diese Völker zu allen Zeiten die anderen belehrt und durch Waffen bezwungen." (18)

Hieraus spricht das Interesse der Bourgeoisie in Europa, die Welt zu erobern und zu ihrem Eigentum zu machen und dies als ihr natürliches Recht auszugeben. Die Auffassung des PAC von der einen Menschenrasse ist eine schroffe Kritik des Rassismus. In ihr äußert sich das Emanzipationsinteresse der unterdrückten Völker, die den Rassismus als festen Bestandteil ihrer kolonialistischen und imperialistischen Knechtung erfahren haben.

Die antiimperialistischen Kräfte in der BRD können den azanischen Befreiungskampf wirkungsvoll nur unterstützen, wenn sie die Kritik des Rassismus entwickeln. Die Kritik des Rassismus aber muß entfaltet werden als Kritik an allen Theorien, die die natürliche Ungleichheit der Menschen behaupten, an den kolonialistischen und imperialistischen Varianten ebenso wie an den elitären und faschistischen. Insofern stellt sich dem antiimperialistischen Kampf und dem antifaschistischen Kampf, gleichwohl sie verschiedene Aufgaben verfolgen, doch eine gleiche Aufgabe.

Quellenhinweis: (1) Dokument des National Forum, zitiert nach: AKAFRIK /iz3w, Südafrika, S. 22; (2) zitiert nach: issa, Dokumente der südafrikanischen Befreiungsbewegung; (3) zitiert nach: issa, Südafrika in der Schule, S. 4; (4) ebenda, S. 28; (5) zitiert nach: Beckmann (Hrsg.), Rasse, Kirche und Humanum, S. 259; (6) Bundestagsprotokolle 10/40 vom 1.12.83; (7) Bundestagsprotokolle 10/54 vom 10.2.84; (8) Ortlieb, Südafrika – wohin, in: Criticon, September/Okttober 1985; (9) zitiert nach: Pressedienst der FDP vom 18.9.85; (10) Bundestagsprotokolle 10/157 vom 13.9.85; (11) Kaltefleiter, Einfache Antworten auf ein komplexes Problem?, in: Criticon, September/Okttober 1983; (12) Aristoteles, Politik, 1253a; (13) Geschichtliche Grundbegriffe, Bd. 3, Stichwort Herrschaft, S. 1ff; (14) beide Zitate nach: Weiß auf Schwarz, hundert Jahre Einmischung in Afrika, S. 32 und 34; (15) Aristoteles, Politik, 1252a; (16) P. Rohrbach, Deutsche Kolonialwirtschaft, zitiert nach: Weiß auf Schwarz; (17) F. Fabri, Die Entstehung des Heidenthums und die Aufgabe der Heidenmission; (18) I. Kant, Physische Geographie. Weitere Quellenhinweise: Volksfront Hamburg, Gegen die Wiederbelebung der Beganstungstheorien und Elitebildung – (scc)

Der gerechte Krieg— Rassistische Rechtfertigungen

Was rechtfertigt den Eroberungskrieg als gerechten Krieg? Eine höhere Ordnung, die es durchzusetzen, ein höherer Zweck, den es zu vollstrecken gilt. Seit Aristoteles berufen sich die Ideologen der herrschenden Klassen des christlichen Abendlandes, der Sklavenhalter, der Feudalherren, der Bourgeois, auf einen solchen höheren Zweck, um die Ausweitung ihrer Herrschaft und ihres Eigentums, die Unterwerfung fremder Völker zu rechtfertigen. Sie berufen sich, je nach dem, auf die Natur, auf Gottes Wille, auf den Weltplan, auf den Menschheitsfortschritt ... Aber immer ermöglicht der höhere Zweck, den Gegner als Abartigen im Gegensatz zur eigenen Art, als Minderwertigen im Gegensatz zum eigenen hohen Wert zu charakterisieren: als Barbaren— im Gegensatz zum Zivilisierten; als Heiden— im Gegensatz zum Christen; als Untermenschen— im Gegensatz zum Menschen; als Knechtvolk eben im Gegensatz zum Herrenvolk.

Die Sklavenhalterkriege

Die antike griechische Gesellschaft beruhte auf der Anwendung von Sklavenarbeit. Die räuberische Ausbeutung der Sklaven führte zu hohem Verschleiß an Menschenleben. Hauptsächlich durch Krieg beschafften sich die Sklavenhalter neue Sklaven. Der Philosoph Aristoteles (384–322 v.u.Z.) begründet, warum wie die Sklavenhalterordnung selbst auch der Krieg zur Beschaffung der Sklaven gerecht sei:

"Denn was mit dem Verstand vorzuschauen vermag, ist von Natur das Regierende und Herrschende, was aber mit seinem Körper das Vorgeordnete auszuführen vermag, ist das von Natur Regierte und Dienende." Die Barbaren besitzen "das von Natur Herrschende ... nicht ... Darum sagen die Dichter: 'Daß Griechen über Barbaren herrschen, ist gerecht', da nämlich von Natur der Barbar und der Sklave dasselbe sei." "Diejenigen, die so weit voneinander verschieden sind wie die Seele vom Körper und der Mensch vom Tier (dies gilt bei allen denjenigen, deren Aufgabe die Verwendung ihres Körpers ist und bei denen dies das Beste ist, was sie leisten können), diese sind Sklaven von Natur, und für sie ist es ... besser, auf die entsprechende Art regiert zu werden." "Wenn nun die Natur nichts unvollkommen und nichts zwecklos macht, so muß die Natur all dies um der Menschen willen gemacht haben. Darum ist auch die Kriegskunst von Natur eine Art von Erwerbskunst

(die Jagdkunst ist ein Teil von ihr), die man anwenden muß gegen die Tiere und gegen jene Menschen, die von Natur zum Dienen bestimmt sind und dies doch nicht wollen. Denn ein solcher Krieg ist von Natur gerecht." (Aus: Politik, Erstes Buch)

Die Sachsenkriege

Die Eroberungskriege des Frankenkönigs Karl (genannt der Große, 768–814) besiegelten den Ruin und Untergang des freien fränkischen Bauernstandes und die Verwandlung freier Bauern in Hörige. Zu den wichtigsten und blutigsten Kriegen zählen die Sachsenkriege. Ihr Ergebnis war die Einverleibung Sachsens ins Frankenreich, die Entstehung eines einheitlichen Rechtsraums und die Stärkung des Grundeigentums und der Grundherren. Den Gefolgsleuten Karls wurden Teile des Sachsenlandes, die von Sachsen befreit waren, als Eigentum überlassen.

Ihre höhere Weihe fanden die Sachsenkriege in folgendem: "Unsere Aufgabe ist es, gemäß dem Beistand der göttlichen Güte überall Christi heilige Kirche gegen Einbruch der Heiden und Verheerungen durch Ungläubige nach außen mit Waffen zu verteidigen ..." (Karl der Große, von Zeitgenossen auch "Glaubensverbreiter" genannt, zitiert nach: R. Wahl, Karl der Große)

Die Kreuzzüge

Byzanz war um die Jahrtausendwende der Umschlagplatz des damaligen Welthandels. Das emporkommende europäische Handelskapital mußte, um sich Platz zu verschaffen, die Vorherrschaft Byzanz' und des islamischen Ostens brechen. Dies waren die Triebkräfte für die Kreuzzüge, die ihre Ideologen folgendermaßen rechtfertigten:

"Es ist gut, wenn er (der wahre Krieger Christi— Red.) einen Bösewicht tötet ... Das Schwert der Christen soll über den Häuptern der Feinde geführt werden, um allen Hochmut zu zerbrechen, der sich gegen die Weisheit Gottes erhebt, die der christliche Glaube ist." (Bernhard von Clairveaux)

Und Papst Urban stachelte die europäischen Ritter an: "Das Land, das ihr bewohnt ... hat keinen Raum mehr für eine große Zahl. Es besitzt keine übermäßigen Reichtümer und vermag kaum seine Bebauung zu ernähren ... Zieht hin zum Heiligen Grabe! Entreißt das Land dem ungläubigen Volk und macht es euch untertan, jenes Land ... in dem Milch und Honig fließen." (Beide Zitate nach: Kommunistische Volkszeitung, Die Eroberungszüge des Deutschherrenordens gegen

die Völker des Ostens)

Die Ostkolonisation

Die Slawenkreuzzüge, geführt vor allem vom Deutschen Orden, leiteten ab dem 12. Jahrhundert die deutsche Ostkolonisation ein. In einer Jahrhunderte währenden blutigen Kolonisationsbewegung unterwarf sich das Deutsche Reich die slawischen Völker und Gebiete östlich der Elbe.

"Aufruf der Bischöfe von Brandenburg und Havelberg: Diese Heiden hier sind die allerschlimmsten, aber ihr Land ist das allerbeste an Fleisch, Honig, Mehl, Geflügel und, wenn es ordentlich bestellt wird, an Fruchtbarkeit für alle wirtschaftlichen Erzeugnisse. Wohlan denn, ihr Sachsen, Franken, Lothringer, Flamen, ihr ruhmwürdigen Bezwiner der Welt, hier könnt ihr zugleich für das Heil eurer Seelen sorgen und das fruchtbarste Land zur Siedlung erwerben!"

Aus der "Chronik des Preußenlandes" von Dusburg: "Sieh die wunderbare Kraft, durch welche alle Menschen, die einst Preußen bewohnten, deren ungezählte Menge wir unten aufführen, ausgelöscht sind und ihre Städte und Befestigungen bis auf den Grund zerstört sind und ihre Kriegsmacht zerbrochen ist; auf diese Weise hat der Herr sie vom unrechten Weg abgebracht, und wegen ihres Ungehorsams sind sie gedemütigt worden. Mögen sie vor den Menschen Zeugnis ablegen von der Gnade und Herrlichkeit des Herrn und ihm lobsingend." (Beide Zitate nach: KVZ, Die Eroberungszüge ...)

Spanien erobert Amerika

"Die Entdeckung der Gold- und Silberländer in Amerika, die Ausrottung, Versklavung und Vergrabung der eingeborenen Bevölkerung in die Bergwerke, die beginnende Eroberung und Ausplünderung von Ostindien, die Verwandlung von Afrika in ein Gehege zur Handelsjagd auf Schwarzhäute bezeichnen die Morgenröte der kapitalistischen Produktionsära", schreibt Marx in Kapital Bd. 1. Das Ergebnis einer längeren Diskussion in Spanien über die Frage, unter welchen Bedingungen der Krieg gegen die indianischen Heidenvölker gerecht sei, ist das sog. Requerimiento, das "Indianermanifest von 1519":

"Im Namen des Königs Ferdinand und der Königin Johanna, seiner Tochter, der Königin von Kastilien und Leon, der Unterwerfer der barbarischen Völker, geben wir, ihre Diener, euch nach bestem Können kund und zu wissen, was folgt: ... (Wir) bitten und ersuchen ... euch nach bestem Vermögen, daß ihr auf unsere Rede hört und eine angemessene Weile darüber berätet, daß ihr die Kirche als Oberherrn der ganzen Welt und den Papst sowie in seinem Namen den König und die Königin Johanna, unsere Herren, als

Oberherrn und Könige dieser Inseln und dieses Festlandes ... anerkennt und daß ihr euch einverstanden erklärt und zulasset, daß die hier anwesenden Ordensbrüder euch das Gesagte erklären und verkünden. Handelt ihr danach, dann tut ihr recht und erfüllt eure Pflichten gegen Ihre Hoheiten, dann werden wir in ihrem Namen euch mit Liebe und Güte behandeln, euch eure Frauen und Kinder und eure Äcker frei und ohne Dienstbarkeit belassen, damit ihr darüber nach eurem Belieben und Gutdünken verfügt. Wir werden euch in diesem Falle nicht zwingen, Christen zu werden ... Wenn ihr das aber nicht tut und böswillig Schwierigkeiten in den Weg legt, dann werden wir, das versichern wir euch, mit Gottes Hilfe gewaltsam gegen euch vorgehen, euch überall und auf alle nur mögliche Art bekämpfen, euch unter das Joch und unter den Gehorsam der Kirche und Ihrer Hoheiten beugen, euch selbst, eure Frauen und Kinder zu Sklaven machen, sie verkaufen und über sie nach Befehl Ihrer Hoheiten verfügen. Wir werden euch euer Eigentum nehmen, auch schädigen und auch Übles antun, soviel wir nur können, und euch als Vasallen be-

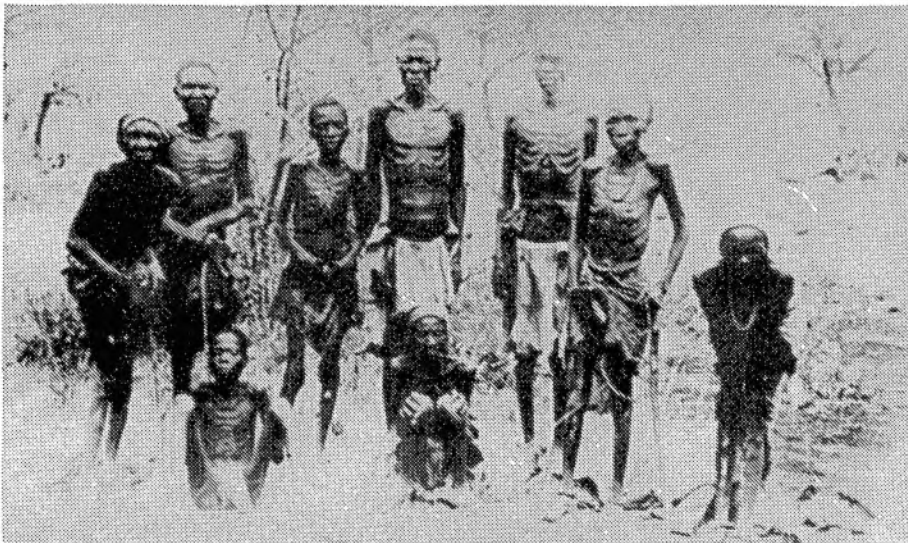
sten, überall anbauen, überall Verbindungen herstellen." (Manifest der Kommunistischen Partei) Die Rücksichtslosigkeit und die Brutalität, mit der die Bourgeoisie dabei gegen fremde Völker vorging, waren so offenkundig, daß sie nicht gänzlich verschwiegen werden konnten, sondern gerechtfertigt werden mußten. Die deutschen Philosophen nahmen sich dessen an:

Kant (1724–1804): "Auf der Stufe der Cultur also, worauf das menschliche Geschlecht noch steht, ist der Krieg ein unentbehrliches Mittel, dieselbe noch weiter zu bringen." (Vom ewigen Frieden)

Fichte (1762–1814): "So ungerecht diese Zwecke (eines Krieges – Red.) auch an sich erscheinen mögen, so wird dennoch dadurch der erste Grundzug des Weltplans, die allgemeine Verbreitung der Cultur, allmählig befördert." (Die Grundzüge des gegenwärtigen Zeitalters)

Der holländische Kolonialismus

Grotius (1583–1654): "Die Sache der Niederländer ist um so gerechter, als ihr Nutzen in Übersee mit dem der ganzen Menschheit zusammenfällt."



General von Trotha in Südwestafrika (Namibia): "Ich vernichte die aufständischen Stämme in Strömen von Blut und Strömen von Geld. Nur auf dieser Aussaat kann etwas Neues entstehen, was Bestand hat." Bild: Überlebende Hereros

handeln, die ihrem Herrn nicht gehorsam und ergeben, sondern widerspenstig und aufsässig sind. Wir bezeugen feierlich, daß das Blutvergießen und die Schäden, die daraus erwachsen, allein euch zur Last fallen, nicht Ihren Hoheiten ..." (zitiert nach: KVZ, Quellenheft zum Revolutionären Volksbildungsprogramm, Heft 02)

Das christliche Abendland erobert die Welt

"Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnten Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. Überall muß sie sich einni-

(De mari libero, zitiert nach: H. Gollwitzer, Geschichte des weltpolitischen Denkens)

Britischer Kolonialismus

Cecil Rhodes (1853–1902), zeitweilig südafrikanischer Premierminister: "Ich behaupte, daß wir die erste Rasse auf der Welt sind und daß es für die Menschheit um so besser ist, je größere Teile der Welt wir bewohnen ... Darüber hinaus bedeutet es einfach das Ende aller Kriege, wenn der größere Teil der Welt in unserer Herrschaft aufgeht." (Draft of Ideas, zitiert nach: W. Mommsen, Imperia-

lismus)

Der deutsche Kolonialismus

Mit Vernichtung überzog das Deutsche Reich die Afrikaner in seiner Kolonie Südwestafrika (Namibia). Der Kolonialist und Geistliche Paul Rohrbach schrieb 1907, nachdem die Kolonialtruppen unter General von Trotha die Freiheitskriege der Hereros in Blut ertränkt hatte:

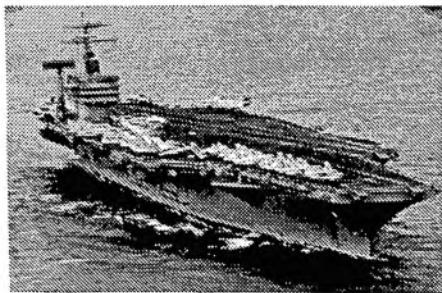
"Die Ausbreitung der weißen Rasse muß für uns der leitende Gesichtspunkt bleiben. In dieser Beziehung darf keine schwankende Sentimentalität gelten. Der Entschluß, in Südafrika zu kolonisieren, bedeutet nun einmal nichts anderes, als daß die Eingeborenstämme von dem Land, auf dem sie bisher ihr Vieh haben weiden lassen, weichen müssen, damit der weiße Mann auf diesem Land sein Vieh weiden läßt."

"Was den Gesichtspunkt der Humanität betraf ... so muß an sich zugegeben werden, daß unter Umständen, um die friedliche Siedlung der Weißen vor einem schlechthin kulturunfähigen, räuberischen Eingeborenstamm zu sichern, dessen tatsächliche Vernichtung erforderlich werden kann." (Deutsche Kolonialwirtschaft, zitiert nach: H. Jaenecke, Die weißen Herren, und: Weiß auf Schwarz, 100 Jahre Einmischung in Afrika)

Die Neuordnung der Welt Der deutsche Faschismus

Adolf Hitler: "Damit aber war der Weg, den der Arier zu gehen hatte, klar vorgezeichnet. Als Eroberer unterwarf er sich die niederen Menschen und regelte dann deren praktische Betätigung unter seinem Befehl, nach seinem Willen und für seine Ziele. Allein, indem er sie so einer nützlichen, wenn auch harten Tätigkeit zuführte, schonte er nicht nur das Leben der Unterworfenen, sondern gab ihnen vielleicht sogar ein Los, das besser war als das ihrer früheren sogenannten 'Freiheit'." (Mein Kampf)

Reichskommissar Koch in den besetzten Gebieten der UdSSR: "Wir sind das Herrenvolk und müssen hart aber gerecht regieren. Ich werde das Letzte aus diesem Lande herausholen ... Die Bevölkerung muß arbeiten, arbeiten und nochmals arbeiten ... Nun regen sich einige Leute auf, daß die Bevölkerung vielleicht nicht genug zu essen kriegt. Das kann die Bevölkerung nicht verlangen ... Wir sind ein Herrenvolk, das bedenken muß, daß der geringste deutsche Arbeiter rassisch und biologisch tausendmal wertvoller ist als die hiesige Bevölkerung." (Zitiert nach: Poliakov, Wulf, Das Dritte Reich und seine Denker)



Kriegsdrohungen gegen Libyen

Das Kriegsgeschrei, in das die bürgerliche Presse sowohl in den USA als auch in der BRD in den letzten Tagen gegen Libyen ausgestoßen ist, ist keine leere Drohung. Seit Monaten lassen die US-Imperialisten keine Gelegenheit aus, um gegen Libyen zu hetzen, den Sturz, ja die Hinrichtung Ghaddafis zu fordern. Sie lauern nur auf eine

Gelegenheit, wo sie diese Ziele ohne großen Widerstand im Innern und unter möglichst geringen militärischen Verlusten durchsetzen können. Warum sollten sie sich da durch die scheinbare Zurückhaltung der westeuropäischen Imperialisten und durch die Erklärung der arabischen Liga, man werde Libyen im Falle einer US-Intervention unterstützen, auf einmal zurückhalten lassen?

Für die Lostrennung Kurdistans?

Für die westdeutsche Bourgeoisie führt die Türkei in "Ostanatolien" einen Krieg gegen Terroristen auf eigenem Staatsgebiet. Die türkische Bourgeoisie bekämpft die Kurden, die für ein unabhängiges Kurdistan eintreten, als Separatisten und bringt sie in den Gefängnissen um. Für sie existieren keine Kurden, nur "Bergtürken". Unter den türkischen und kurdischen revolutionären Organisationen gibt es verschiedene Auffassungen darüber, ob die Lostrennung Kurdistans unterstützt werden soll. Wie sehen diese Auffassungen aus, worauf begründen sie sich? Diesen Fragen soll in dem Artikel im nächsten Heft nachgegangen werden.



Stadthaushalt Hannover

Von verschiedenen Seiten ist der Haushalt 1986 der Stadt Hannover unter Druck gekommen. Initiativen aus dem Kinder- und Jugendbereich fordern u. a. bessere finanzielle und personelle Ausstattung aller Kinder- und Jugendeinrichtungen sowie Planstellen statt ABM-Kräfte. Letzteres fordert auch die ÖTV. Sie kritisiert die

geplanten Stellenstreichungen und verlangt zusätzliche Stellen für Garten- und Fuhramt. Die DKP fordert die Erhöhung der Gewerbesteuer sowie niedrige Gas-, Strom-, Wasser- und Fernwärmepreise für Kleinverbraucher. Die GABL hat ein "ökologisches Umbauprogramm" vorgelegt. Darin tritt sie u. a. für die Instandsetzung städtischer Wohnungen und die Schaffung zusätzlicher Kitas ein.

Gewerbeaufsicht und Arbeitszeitpläne der Kapitalisten

Bei den Bestrebungen der Kapitalisten, die Arbeitszeit in den Betrieben immer weiter in die Nacht und ins Wochenende auszudehnen, spielen die Gewerbeaufsichtsämter eine wichtige Rolle. Immer wieder wenden sich einzelne Kapitalisten an sie, um z.B. die Genehmigung für Sonntagsarbeit zu bekommen. Die Gewerbeaufsichtsämter unterstehen den Arbeits- und Sozialministern der Länder. Faktisch entscheiden also in vielen Fällen die Arbeits- und Sozialminister der Länder über das Ausmaß der Sonntagsarbeit in dem jeweiligen Bundesland. Welche Tätigkeit haben z.B. die Gewerbeaufsichtsämter von Bayern und Nordrhein-Westfalen in dieser Hinsicht entwickelt?



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit sieben verschiedenen Heften, Preis pro Heft:

- Stahl- und Metallindustrie 1,20 DM
- Druckindustrie 0,50 DM
- Chemie und übrige Industrien 0,50 DM
- Handel, Banken, Versicherungen 0,80 DM
- Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr 1,20 DM
- Schul- u. wehrpflichtige Jugend 0,80 DM
- Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige 1,20 DM

Herausgeber

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 73 76
Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1, Kamekestr. 19

Tel.: 0221/51 74 57

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich: Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – **Nachrichten, Analysen, Protokolle** – Hrsg. Koordinationsausschuß der Arbeitsgemeinschaft. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte. Preis je Heft 0,80 DM

Bezugsbedingungen:

Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 42,90 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 85,80 DM (13 bzw. 26 mal Politische Berichte zu 2,50 DM plus Portopauschale von 0,80 DM je Lieferung). Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 0,80 DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft
5000 Köln 1, Kamekestr. 19

GNN Verlagsgesellschaft Schleswig-Holstein/Hamburg
Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin
Pritzwalkerstr. 10, 1000 Westberlin 21

GNN Verlagsgesellschaft Niedersachsen/Bremen
Große Düwelstr. 55, 3000 Hannover

BWK Nordrhein-Westfalen
Kamekestr. 19, 5000 Köln 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg
M2, 17, 6800 Mannheim

GNN Verlagsgesellschaft Bayern
Lerchenauer Str. 18a, 8000 München 40
Bestellungen für Politische Berichte wegen der Lokalbeilagen bitte an die Anschrift im jeweiligen Bundesland richten.

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Brigitte Düring, Martin Fochler, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 73 76
GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 74 57. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Wolfgang Müller; für Aus Verbänden und Parteien: Ulrike Detjen; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Spezialberichte, Sozialstatistik: Alfred Küstler. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei.